

aep

informationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

UNTER DEM BRENNGLAS

**Feministischer Blick auf Corona:
Geschichten, Fakten, Perspektiven**





Inhaltsverzeichnis

Editorial	5
-----------------	---

UNTER DEM BRENNGLAS. Feministischer Blick auf Corona: Geschichten, Fakten, Perspektiven

Zum Schwerpunkt	6
------------------------------	----------

Geschichten aus dem Corona-Leben

Lockdown als Befreiung Magdalena Baran-Szoftys	7
Corona und Mütter Stefanie Knoll	8
Elisabeth ist schwanger	9
Handelsreisende in Corona Zeiten Gerti Haslwanter	10
„Es ist wirklich anstrengend. Uns geht jetzt echt nach einem Jahr die Luft aus.“ Barbara Lindner	12
Lock down ohne Ende Bärbel Danneberg	13
Corona-Geschichte einer iBUS-Klientin	14

Bin ich sehr unglücklich? Marlene Streeruwitz	15
--	----

„Die Corona-Krise zeigt wie unter einem Brennglas die patriarchalen

Gesellschaftsstrukturen auf“ Monika Jarosch	18
--	----

Ein Jahr Corona-Pandemie – eine vorläufige Bilanz ihrer Auswirkung auf

soziale Ungleichheiten Max Preglau	21
---	----

Diverse Daten-Sammlungen zu Corona von sozialwissenschaftlichen Institutionen Sylvia Aßlaber	24
---	----

„Linksextremismus zerstört Polen“ oder was uns die Proteste gegen das

Abtreibungsverbot lehren Magdalena Baran-Szoftys	27
---	----

Die „Kernfamilie“ als Ort der Sicherheit (Vortragsabstract) Christine Klapeer	31
--	----

„Rolle vorwärts“ Progressiver Familienpodcast AK Wien Elisabeth Grabner-Niel	32
---	----

Platz für Sorge schaffen – Warum eine Care-Revolution nötig ist Gabriele Winker	33
--	----

Großputz! Care nach Corona neu gestalten Initiativkreis care-macht-mehr	36
--	----

Für einen massiven Ausbau des Gesundheitswesens statt

autoritären Maßnahmen Kollektiv feministischer Lookdown	39
--	----

Frauen sind die Verliererinnen der Corona-Krise Femme Fiscale	41
--	----

Alle Räder stehen still? Zero Covid vernachlässigt die Erkenntnisse

der feministischen Ökonomie sträflich Tove Soiland	43
---	----

Das setzt den Zuständen die Krone auf Birge Krondorfer	46
---	----

WortRaum Annemarie Regensburger	49
--	----

Aktuell

Barbara Hundegger erhält Literaturpreis	52
Anrufen – Aushandeln – Antworten. Tagung: Verletzbarkeit und Institutionen	53
Das Aus nach 32 Jahren: die Autonomen Frauenhäuser Salzburg Birgit Thaler-Haag	54
Die Medizinische Universität Innsbruck fordert mehr Diversität mit Kunstprojekt „Solange...“ Sylvia Aßlaber	56
Rechtskonservatismus und Genderpolitik in Österreich Elisa Fink	57
Brandaktuell: die neun Forderungen des Frauen*Volksbegehrens 2.0 Elisabeth Grabner-Niel.....	59
Rezensionen	60
Bücher zu Corona in der AEP Frauenbibliothek	74
Kurzmeldungen	76
Träume Judith Klemenc und Monika Maslowska	78

Impressum

Herausgeber und Verleger: Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck – (vertreten durch Dr. Monika Jarosch). Mail: informationen@aep.at

Für den Inhalt verantwortlich: die Redaktion.

Koordination: Elisabeth Grabner-Niel.

Grafik: buero54. **Druck:** dps Arnold.

Abonnentinnenverwaltung und Buchhaltung: Maria Reichholf. Mail: verwaltung@aep.at

Die in den namentlich gekennzeichneten Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit jenen der Redaktion identisch sein. Kürzungen und Änderungen vorbehalten.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 30.4.2021. Die nächste Ausgabe der AEP-Informationen erscheint Anfang September 2021 – Redaktionsschluss hierfür ist der 31.7.2021.

Redaktion: Elisabeth Grabner-Niel, Sylvia Aßlaber, Judith Klemenc, Monika Jarosch, Verena Huber, Lisa Warger.

Titelbild und Bilder: Monika Maslowska. Weitere: © Einzelnachweis jeweils bei den Fotos.

Offenlegung nach dem Mediengesetz

Medieninhaber und Verleger: AEP (s. Impressum). Die AEP-Informationen sind eine feministische Zeitschrift, die zur Auseinandersetzung mit der patriarchalen Mitwelt und zum Widerspruch anregen wollen. Sie möchten dazu beitragen, die widerständigen Kämpfe von Frauen zu dokumentieren und die vielfältigen Existenzweisen von Frauen sowie die Freiräume, die sich Frauen immer schaffen und geschaffen haben, sichtbar zu machen. Unser Anspruch ist es, Hierarchien in den Geschlechterverhältnissen aufzudecken sowie der Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen und den gewalttätigen Strukturen in Ökonomie, Politik und Gesellschaft entgegenzuwirken. Damit wenden sich die AEP-Informationen gegen alle Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, die weibliche Lebensmöglichkeiten einschränken und streben eine umfassende Veränderung des von Herrschaft gekennzeichneten Geschlechterverhältnisses an.

Die Zeitschrift AEP-Informationen besteht auf geschlechtersensibler Schreibweise. Jedoch ist es jeder Autorin überlassen, welche Form der geschlechtergerechten Sprache sie verwendet, z.B. Sternchen, Unterstrich oder auch Binnen-I.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Wahl des Schwerpunktthemas für diese Ausgabe der AEP Informationen, das Corona-Geschehen, ist zugegebenermaßen ambivalent, auch für uns Redakteurinnen:

Einerseits gibt es die Meinung: Nicht auch noch HIER dieses leidige Thema, wo können wir dem entkommen? Ich will auch was anderes denken/lesen, ich kann es einfach nicht mehr hören! Aber auch, andererseits: Es ist ein allgegenwärtiges Thema, das so tief in unseren Alltag eingedrungen ist, dass es sich aufdrängt und in eine feministische Perspektive gestellt werden will. Das Corona-Geschehen hat sich mittlerweile in unserem Verhalten und in den Emotionen verfestigt, sodass wir etwa bei Filmen, die aus der Zeit DAVOR stammen, unwillkürlich zusammenzucken und uns fragen: „Wie können die so nah beisammen stehen?“, „Wo haben die ihre Masken?“ oder auch lachen und uns gegenseitig sagen: „Schau wie die ‚damals‘ ungeniert gefeiert haben“, „Kannst du dich erinnern, wie...?“ „Es ist doch unvorstellbar, dass...?“

Bereits Anfang Juni hat der Vorstand des AEP seine Position unter dem Titel „Corona-Krise – ein feministischer Blick“ auf der Homepage veröffentlicht und in der Juni-Ausgabe der AEP Informationen (Heft 2/2020) zeigten wir entlang der Forderungen des Frauen*Volksbegehrens auf, wie die Maßnahmen der Politik in Reaktion auf die Gesundheitskrise progressive feministische Frauenpolitik zurückwerfen. Damals, im Sommer 2020, besprachen wir in der Redaktionsgruppe die Idee: Diese Corona-Maßnahmen tangieren die Lebenszusammenhänge von Frauen derart ungemein, wir wollen uns in einem AEP Heft genauer und ausführlicher anschauen, wie sich dieses Geschehen auf unterschiedliche weibliche Existenzweisen auswirkt. Damals schien es, als sei in einem Jahr alles vorbei. Heute sind wir noch mitten drin. Wir wissen etwas mehr darüber, aber noch immer sind Fragen offen: Wird das Impfen helfen? Wird „danach“ alles wieder „normal“ sein? Kann die tiefe krisenhafte Entwicklung beitragen Geschlechtergerechtigkeit zu befördern, oder werden wir zu traditionellen Strukturen zurückgeworfen? In jeder der folgenden AEP-Ausgaben tauchte Corona auf.

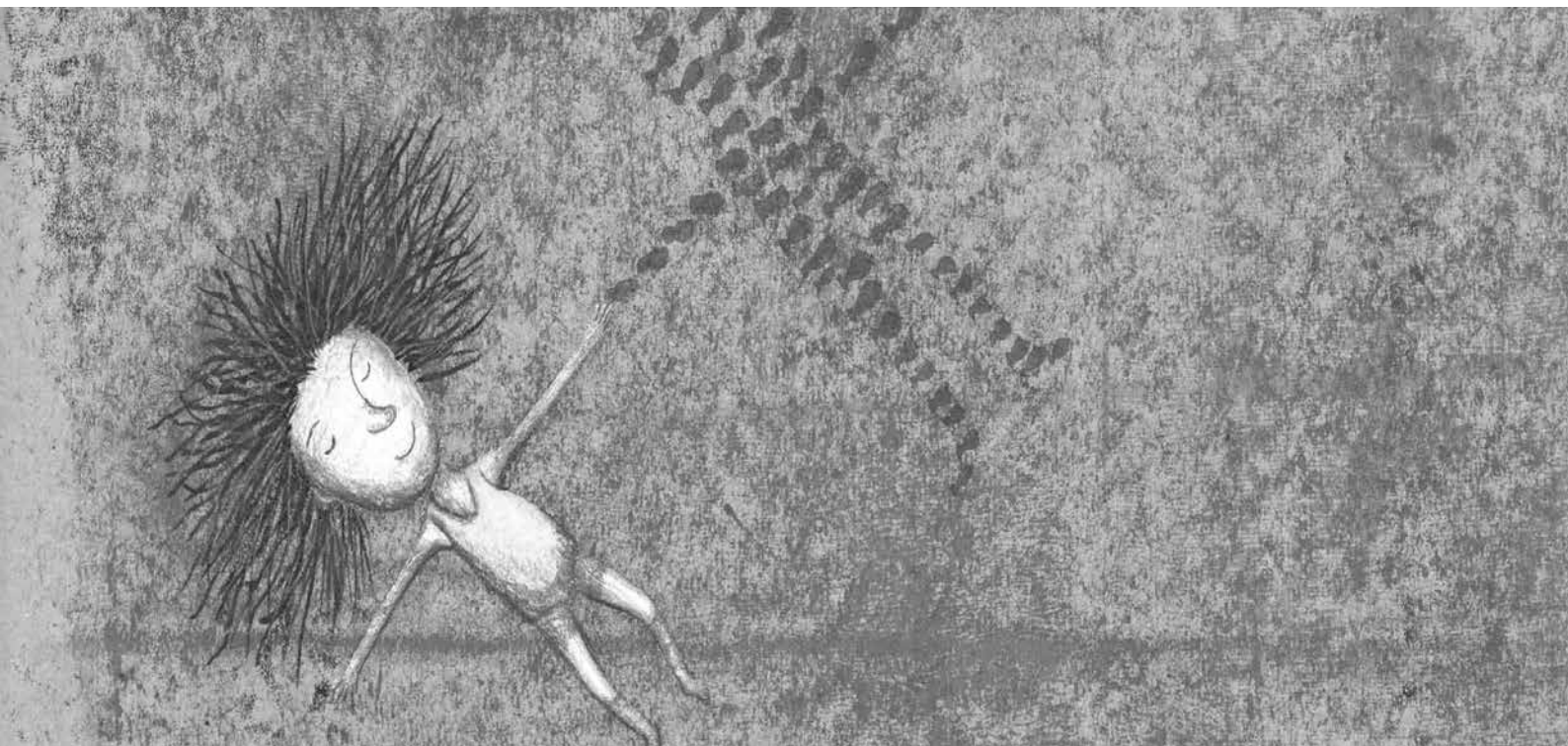
Wir diskutierten und sind dabei geblieben, aus unserem Ideen-Pool dieses Thema für Ausgabe 2/2021 zu wählen. Macht euch selbst ein Bild, wie sich das Thema für uns entwickelt hat. Wir hoffen, einige Aspekte und Perspektiven auf die Corona-Krise hier anzubieten, die einen anderen Blick darauf eröffnen.

Außerhalb dieses Schwerpunktes sind uns viele Ereignisse als berichtenswert erschienen: Der politische Umgang mit dem Konzept der Autonomen Frauenhäuser in Salzburg, rechtskonservative Genderpolitik, Barbara Hundeggers neuerlicher Preis und noch mehr. Die künstlerische Gestaltung verdanken wir wir Monika Maslowska.

Und schließlich freuen wir uns, ein neues Redaktionsmitglied vorstellen zu dürfen: Lisa Warger absolviert gerade im AEP ein Praktikum und hat sich unserem Team angeschlossen ☺

Das Redaktionsteam Monika Jarosch, Sylvia Aßlauer, Verena Huber, Elisabeth Grabner-Niel, Judith Klemenc – und Lisa Warger.

Zu den Bildern der Künstlerin Monika Maslowska s.S. 78



ZUM SCHWERPUNKT

Judith Klemenc, Sylvia Aßlauer, Verena Huber, Elisabeth Grabner-Niel, Monika Jarosch, Lisa Warger

Die Corona-Pandemie berührt alle und jede*n. Keine Katastrophe hat jemals so viele Menschen auf der ganzen Erde (zur selben Zeit) betroffen. Sie berührt jede*n einzelne*n von uns, jedoch immer unterschiedlich. Sie führt die Verletzbarkeit des Menschen und die Tatsache des Aufeinander-Angewiesen-Seins deutlich vor Augen. Dies kommt in den Erfahrungsberichten einzelner Frauen gleich zu Beginn des Schwerpunktes in dieser AEP Ausgabe zum Ausdruck. Es sind einzelne Stimmen, die hier zu Wort kommen. In ihren unterschiedlichen Stimmungslagen, Perspektiven und Berührungen durch Corona spiegelt sich die Komplexität dieses Themas wider. Uns lag daran, als Ausgangspunkt die ganz konkrete Erfahrung von Frauen sichtbar zu machen, die in unterschiedlichen Lebensphasen, in unterschiedlichen Punkten ihres individuellen Lebens ihre subjektive Betroffenheit und Auswirkungen der Pandemie schildern. Sogar die dem AEP sehr verbundene Autorin Marlene Streeruwitz folgte unserer Einladung. Wir machten allerdings auch die Erfahrung, dass manche Zusagen aufgrund einer akuten Corona-Erschöpfung kurzzeitig zurückgezogen wurden. Dieses „Mir-geht-die-Luft-Aus“ nehmen wir inzwischen als ein gesellschaftliches Phänomen wahr, selbst beim Kämpfen um wohlthuende Atempausen fehlt der Atem.

In einem nächsten Schritt folgen wir ebenfalls der feministischen Tradition: Die Analyse von gesellschaftlichen Reaktionen und politischen Maßnahmen auf Corona, die soziale Strukturen verändern, Schief lagen verstärken und verfestigen oder auch aufbrechen – hier betrachten wir die Makro- und auch die Mikro-Ebene u.a. auch die alltägliche Aufgabenverteilung in der Haushaltsführung und Familiensorge. Unsere Leitfrage

dabei lautet: Inwiefern zeigt die „Corona-Krise wie unter einem Brennglas die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen auf“? oder: Kann man von einer Re-Traditionalisierung von Geschlechterbildern sprechen? Kann die Corona-Politik der Regierung als Repression progressiver Frauenpolitik beurteilt werden? Hier richten wir unseren Blick auf das Zusammenwirken bzw. das Gegenspiel im Dreieck Politik – Wissenschaft – Praxis und beobachten, dass zu Beginn fast nur Männer in politischer Führung und in Entscheidungsgremien auftraten und hauptsächlich männliche Experten zu Wort kamen, das Thema Geschlechtergerechtigkeit, falls es denn überhaupt auftauchte, als „Luxusfrage“ beiseite gestellt wurde. Im Feld der Wissenschaft ging es zunächst vorrangig um Medizin, Virologie, Epidemiologie, erst im weit fortgeschrittenen Verlauf kamen auch Sozial- und – ganz vereinzelt auch Genderwissenschaften zu Wort, ihr Platz wurde jedoch in rein beratender Funktion gesehen. Die Lebenspraxis mit Homeoffice, Homeschooling, Übernahme der mehr anfallenden Haushaltsarbeit, die Zunahmen an häuslicher Gewalt, der Anstieg der Arbeitslosigkeit und die ökonomischen und psychischen Folgen musste sich gewaltig anstrengen, um Gehör zu finden.

Wichtig bei der Entfaltung des Schwerpunktes ist es für uns nicht nur das Klagen über negative Effekte auf weibliche Lebenszusammenhänge aufzunehmen und wiederzugeben, sondern darüber hinaus einen anderen Chor anzustimmen: Wir sehen auch die Chance, individuelle Erfahrungsprozesse als kollektive Gesellschaftsprozesse zu identifizieren. Hierzu geben wir sowohl erfahrungstragenden als auch mehr theorie-lastigen Stimmen einen Platz. Wir laden mit den Schwerpunkt-Beiträgen

dazu ein, sich selbst ein Bild zu machen, die eigenen Wahrnehmungen und Gedankengänge zu untermauern oder zu überprüfen. Zur Unterstützung bieten wir eine kommentierte Beschreibung von Internet-Plattformen, die sich mit wissenschaftlichen Studien, im Zusammentragen von einschlägigen Daten und entsprechenden Zahlen ausführlich mit den unterschiedlichen Facetten, Feldern und Aspekten der Corona-Krise auseinandersetzen.

Die Auswahl der Autor*innen, die wir für diesen Schwerpunkt anfragten, trafen wir mit der Motivation, uns der – vielleicht utopischen und unerreichbaren – Zielvorstellung etwas anzunähern: Eine Gesellschaft zu entwerfen, die Lebensbedingungen bietet, in denen sich alle Menschen entfalten können. Das, was wir ein „gutes Leben für alle“ nennen können. Entwürfe wie das feministische Konjunkturpaket für den Weg aus der Gesundheitskrise oder auch das Konzept der Sorgearbeit nach Corona bieten dafür eine solide Basis.

Im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel als feministische Zeitschrift für Gesellschaft und Politik möchten wir mit der Darstellung und Verbreitung von neuen Perspektiven mitwirken einen Druck für Veränderungen aufzubauen. Corona ist ein weltweites Geschehen, das vieles über den Haufen wirft, Herkömmliches zunichtemacht, Schief lagen krass zu Tage treten lässt. Suchen wir Allianzen, gehen wir politische und zivilgesellschaftliche Verbindungen ein, um in diesem Umbruch mehr Gerechtigkeit, mehr Geschlechtergerechtigkeit durchzusetzen. Setzen wir uns ein, um uns in unseren unterschiedlichen Verletzbarkeiten anzuerkennen, um solidarisch von-, unter-, für und vor allem miteinander da zu sein.

CORONA-GESCHICHTEN

Lockdown als Befreiung

Magdalena Baran-Szołtys

Meine Tochter kam am Samstag, den 21. März 2020, zur Welt. Am Montag davor, den 16. März 2020, begann der erste harte Lockdown in Österreich. Das Land wurde heruntergefahren. Es herrschte eine seltsame Stimmung – ruhig, solidarisch, erwartend und ängstlich. Diese passte mit meiner eigenen exakt überein. Die Wochen vor und nach der Geburt kapselten wir uns in unserer eigenen Wohnung ab, in unserem kleinen Familienheim bestehend aus drei Menschen und drei Zimmern. Der offizielle Grund war Covid-19, der wirkliche, das Bedürfnis alleine und in Ruhe durch diese für uns außergewöhnliche Zeit zu gehen. Wir wollten keinen Stress, keine Verabredungen, keinen Smalltalk, keine Ratschläge und keine frischgekochten Speisen. Wir wollten nur mit uns sein. Diese Freiheit, niemanden zu treffen, hätte ich mir nie zu nehmen erlaubt – aus Angst jemanden zu verletzen oder um potenziellen Konflikten aus dem Weg zu gehen. Die Aufregung, die mich das Durchsetzen dieses Bedürfnisses gekostet hätte, wäre mit so viel Anstrengung und Stress verbunden, dass ich als Mutter diese Emotionen meinem Kind nicht antun wollte und konnte. Noch bevor ich schwanger wurde, hatte ich Angst davor, dass mich nach der Geburt Massen an Menschen im Krankenhaus und später daheim besuchen würden. Natürlich würde ich es schön finden, mich geliebt zu fühlen und dankbar zu sein für die Menschen in meinem Leben, dennoch wäre es nicht meine erste Wahl. So nett wie ich bin, würde ich alle bedienen und mit allen über alles stundenlang sprechen, alle unterhalten und mein Bedürfnis mich auf mein Kind, meine Mutterschaft, meine Familie, meine Genesung und im Grunde mich zu konzentrieren unterdrücken. Ich wäre erschöpft und wütend, weil fremdbestimmt. Im Wochenbett mit Dammschnitt und Milchstau Kaffeekränzchen abhalten, davor noch Putzen und Kuchenkaufen – der Lockdown hat mich davor bewahrt.

Es ist lächerlich und absurd, einen Lockdown als Erlösung zu sehen, weil er die Freiheit bringt, die man sich selbst nicht zu nehmen traut. Gleichzeitig ist das die Realität für viele Menschen in einer Welt, die das Extrovertierte propagiert und würdigt. Viele haben mir davon erzählt, wie ihre Familienmitglieder beleidigt waren, weil sie diese nicht direkt nach der Geburt sehen wollten. Wie diese sie mit Anrufen bombardierten. Ich verstehe es: Es ist wichtig, geliebt zu werden, Familie und Freund*innen zu haben, mit denen man die wichtigsten



Momente im Leben teilt. Ich genieße es auch und bin dankbar dafür, dass mich liebevolle Menschen umgeben. Aber wie schön wäre es, wenn man einfach zunächst die intimsten Momente der Nähe und Neuheit alleine im engsten Kreis durchleben könnte und erst später, wenn man bereit dazu ist, mit den anderen geliebten und nahen Personen. Leider ist das nicht Usus und muss jedes Mal aufs Neue erkämpft werden. Nicht alle Menschen brauchen diesen Raum für sich, aber die eher Introvertierten, die es tun, sind in unserer extrovertierten Gesellschaft auf vielen Ebenen unsichtbar permanent benachteiligt.

Corona und Mütter

Stefanie Knoll

Viele Frauen haben vor mir schon ähnliches geschrieben. Daher ist dieser Beitrag als ein weiterer von vielen zu sehen.

Wir denken, in der westlichen „zivilisierten“ Welt, wären Frauen, vor allem junge Frauen, so gut wie gleichberechtigt. Es ist mittlerweile möglich, als moderne Frau, Mutter zu sein und trotzdem irgendwie Karriere zu machen, oder zumindest weiter arbeiten zu gehen. Zumindest theoretisch.

Doch sobald Frauen dann wirklich Mütter werden, schlägt das Patriarchat voll zu. Es ist nun einmal so, dass Frauen biologisch vorprogrammiert sind, ein Kind zu gebären und es auch zu stillen. Dadurch müssen wir uns automatisch mehr um das Baby kümmern als der Vater. Nur nicht-stillende Mütter entkommen dieser Falle ein wenig, doch die Gesellschaft kritisiert sie dafür, weil Stillen doch das Beste für das Baby sei. Die nächste Falle wartet im Kleinkindalter. Gibt man das Kind in (wenn man Glück hat und eine ergattert) Fremdbetreuung oder nicht, in unseren Breitengraden wird das immer noch gern skeptisch gesehen, ganz nach dem Motto „Wieso kriegt man ein Kind, wenn man eh wieder arbeiten gehen will?“. Was wiederum zur nächsten Falle führt: Teilzeit und damit einhergehende Altersarmut von Frauen.

Mit Corona wurde plötzlich für alle ganz offensichtlich, in welcher Welt wir (noch immer) leben. Die Mama bleibt ganz selbstverständlich zu Hause bei den Kindern, macht das Homeschooling, und nebenbei ein bisschen Teilzeit im Home Office, und natürlich den Haushalt mit allem, was dazu gehört. Als moderne Mama muss man das einfach können. Wenn es nicht geht, oder wenn sie sich weigert, stimmt irgendwas nicht mit ihr. Am besten wäre sie gleich daheimgeblieben und ihrer natürlichen Rolle der Gebärmachine, Erzieherin und Putzfrau hinterhergekommen. Aber nachdem sie ja eine moderne Frau sein will, muss sie jetzt auch beweisen, dass sich alles vereinbaren lässt. Nur, das tut es halt nicht, zumindest nicht auf längere Zeit. Und so schlittert man ins Mama-Burnout.

Vor 11 Monaten hab ich schon das erste Mal einen

Artikel zum Mama-Burnout in der Corona-Krise geschrieben und darüber, wie sehr ich damals damit gekämpft hab, sowohl eine starke Feministin, liebevolle Mutter und gleichzeitig auch noch solidarisch zu sein und das Kind nicht in die Krippe oder zur Oma zu schicken. Mittlerweile bin ich weniger solidarisch, oder mehr feministisch, vielleicht auch einfach egoistischer geworden und bringe das Kind in die Krippe, um in Ruhe arbeiten gehen zu können. Weil ich gerne arbeite und weil ich nicht immer Mama sein will. Und weil ich mittlerweile weiß, dass ich nicht alles gleichzeitig schaffe.

Trotzdem spreche ich aus einer privilegierten Position. Wir sind in der Corona-Zeit zum Glück in eine größere Wohnung mit einem größeren Balkon übersiedelt. Und ich hab auch nur 1 Kind (obwohl es ein sehr trotziges 3-jähriges Kind ist) und es braucht noch kein Homeschooling, nur volles Programm Unterhaltung. Trotzdem ist diese Situation eine so große Herausforderung, dass ich fast jeden Tag, kurz nachdem meine Tochter eingeschlafen ist, selbst erschöpft ins Bett falle. Jeden Tag sehne ich den Abend herbei und denke mir gleichzeitig, ob das der Sinn des Lebens ist. Ich kann nie meine Arbeitskraft reproduzieren, mich erholen, was trinken gehen mit Freunden oder mal in die Sauna und einfach abschalten. Ich muss nur funktionieren, muss mich an alle Regeln halten, niemanden treffen, und wenn doch ein schlechtes Gewissen haben, während die Reichen so leben wie davor und sogar auf Urlaub fahren. Doch ich hab genug vom schlechten Gewissen. Nicht ich als Einzelne muss Corona bekämpfen, sondern die politisch Verantwortlichen, die zu spät (Stichwort „die Behörden haben alles richtig gemacht“) und zu schlecht gehandelt haben und dann auch noch zu wenig Impfstoff bestellt haben. Und das meiste daran wird auf den Rücken der Kinder, Jugendlichen und Mütter ausgetragen, die zu Hause vereinsamen und verzweifeln. Weil unsere Lobby die schwächste ist. Ich bin bereit für einen Frauenstreik und ich bin bestimmt nicht die einzige.

STEFANIE KNOLL arbeitet bei iBUS – Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiter*innen.



Elisabeth ist schwanger



Meine Erfahrungen als Schwangere, die in einem Gesundheitsberuf, während der Corona-Pandemie arbeitet, waren sehr schwierig. Sofort nach Bekanntgabe der Schwangerschaft (was im Gesundheitsbereich traditionell früh ist, um sich vor Infektionskrankheiten zu schützen) wurde mir mitgeteilt, dass ich das Krankenhaus, an dem ich arbeite, nicht mehr betreten dürfe. Ich wurde also mit sofortiger Wirkung freigestellt und eine Arbeit im Home Office sei nur dann möglich, wurde mir gesagt, wenn ich es begründen könnte. Die Absurdität dieser Aussage wurde mir erst einige Zeit später, als ich den ersten Schock verdaut hatte, bewusst: Ich werde entweder freigestellt und bekomme die volle Bezahlung ohne zu arbeiten oder ich darf mich dafür einsetzen im Home Office bei ebenfalls voller Bezahlung weiterzuarbeiten.

Schwangere haben ein erhöhtes Risiko bei einer Covid-19 Infektion einen schweren Verlauf zu erleiden. Eine Infektion mit allen infektiösen Erkrankungen sollte natürlich möglichst vermieden werden. Als ich gegenüber meinen Vorgesetzten anmerkte, dass ich als Psychosoziale Fachkraft Abstand halten könnte und nicht an vorderster Front mit Corona-Patient*innen zusammenarbeite (im Gegenteil: alle Patient*innen, die ich betreue, sind mindestens einmal aber teilweise mehrfach getestet), wurde mir mitgeteilt, dass man in der Schwangerschaft keine FFP2 Masken tragen dürfe – zumindest nicht während der Arbeitszeit. Im öffentlichen Raum sei es für Schwangere nicht verpflichtend sich mit FFP2 Masken zu schützen. Meine betreuende Gynäkologin sagte mir über eine mögliche Gefährdung aufgrund der Maske, dass sie dazu nichts wisse. In meiner eigenen Recherche habe ich eine Stellungnahme der Österreichischen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (OEGGG) zum Tragen einer FFP2-Maske während der Schwangerschaft gefunden: Die Ergebnisse der – sehr wenigen – Studien dazu zeigen, dass es keinen Hinweis auf eine gesundheitliche Gefährdung für die Frau oder das Kind durch das Tragen einer FFP-2 Maske gibt. Das Tragen über einen längeren Zeitraum könne aus Mangel an Evidenz nicht beurteilt werden, solange man sich jedoch subjektiv wohlfühle, erscheine das Risiko für gesundheitliche Nachteile gering. (Pristauz-Telsnigg & Klaritsch, 2021)

Ich habe mich fürs Home-Office entschieden – da ich meinen Job gerne mache, auch als Schwangere! Der Schutz vor der Infektion ist nicht ausschlaggebend, sondern eine mangelnde Evidenz bezüglich der unwahrscheinlichen Gefährdung durch eine Schutzmaßnahme, führt dazu, dass manche Schwangere für eine deutlich längere Zeit aus dem Erwerbsleben gedrängt werden.

Handelsreisende in Corona Zeiten

Gerti Haslwanter

Freitag, der Dreizehnte: gerüchteweise von jeher, ein mit Unglück behaftetes Datum. Im März 2020 sollte es eine neue Bedeutung bekommen. Unser Bundeskanzler verkündet den ersten Lockdown.

Schock! Was bedeutet das für die Buchhandlungen? Was für die Verlage? Und was bedeutet es für meinen eigenen Brotterwerb, als selbstständige Verlagsvertreterin?

Die Frühjahrsreise für meine Verlage, die in der ersten Jänner-Woche beginnt und normalerweise Ende März endet, ist zwangsweise gestoppt. Alles nicht Systemrelevante, somit in Österreich auch die Buchhandlungen, ist bis auf Weiteres geschlossen.

Die Buchhandlungen selbst sind vorerst in Schockstarre und wissen nicht wie agieren. Aber nur für einen kurzen Moment, dann explodiert die Kreativität dieser Branche nachgerade und sie erfindet unzählige Wege, die Bücher, trotz geschlossener Rolläden, den geneigten Leser_innen zukommen zu lassen. Der Tenor der Buchhandlungsbranche: nie zuvor habe sie eine solche Solidarität erfahren, oder auch nur damit gerechnet, dass nicht nur die Stammkund_innen ihre Buch-Einkäufe vervielfachen, sondern, dass sie via Social Media sogar eine große Anzahl an Kund_innen dazugewinnen. Aber leider sind es nur einige, wenige Genres, die in dieser Zeit gefragt sind und somit kein Minus im Umsatz erfahren.

Die meisten der von mir betreuten Verlage gehören zu den „Verlierern“ der Branche. Den größten Rückgang gibt es bei der Sprach- und Reiseliteratur (minus 36%).

Doch zurück zum ersten Lockdown

Es gibt keine Lesungen, keine Messen, keine Veranstaltungen für Autor_innen, wo sie ihre Bücher promoten können und somit „bleiben die Bücher in den Verlagen eingesperrt“, wie es die Vertriebsleiterin eines meiner Verlage ausdrückt. Auch wir bleiben zu Hause eingesperrt.

Ab Ende März beginnt normalerweise der sogenannte Tagungstourismus für uns Vertreter_innen. Wir reisen von Stuttgart nach Wien, von Hamburg nach Bozen, von Düsseldorf nach München usw. Je nachdem, welche Verlage betreut werden und wo diese ihr Hauptquartier aufgeschlagen haben. Eine zwar anstrengende, aber auch sehr bereichernde Zeit, mit vielen Infos und regem Austausch. Vielfach ist es auch die einzige Möglichkeit, die Kolleg_innen aus den anderen Reisegebieten persönlich zu treffen. Diesmal nicht, alle

Verlagstagungen werden via Video in Szene gesetzt. Die Stimmung ist gedrückt und von Unsicherheit geprägt.

Die großen Fragen, die die Sitzungen beherrschen, sind: Wie kann man die Buchhandlungen am tatkräftigsten im Verkauf unterstützen? Wie viele von den bereits ausgelieferten Büchern vom Frühjahrsprogramm werden wieder zurückgeschickt werden? Und wird es möglich sein, die Buchhandlungen für die Vorstellung des Herbstprogrammes im Sommer besuchen zu können?

Im Buchhandel treffe ich auch auf eine relativ gute Stimmung. Jede und jeder erzählt gerne, wie sie/er die Krise erlebt hat, wie es für die betreffende Buchhandlung war und die meisten glauben, mit einem blauen Auge davon gekommen zu sein.

Eine gewisse, österreichische Sorglosigkeit stellt sich ein, die sich je nachdem, in welchem Bundesland ich mich gerade befinde, auf unterschiedliche Weise darstellt.

Am Wörthersee z.B. dürfen sich die Massen den ganzen Tag sorglos an den Seepromenaden entlang schieben (und es sind wirklich Massen, die sich schieben), aber ab 21h gilt Maskenpflicht, denn sobald es dunkel wird, scheint die Ansteckungsgefahr durch das Virus in Kärnten eine größere zu sein. Die Vorarlberger_innen zeichnen sich sowieso durch einen gewissen Rebellismus aus, und dort wird bereits keine Maske mehr verwendet, als diese eigentlich noch Pflicht ist. „Tu bloß dieses Mundwindel runter“, so werde ich dort begrüßt.

Und dann ist sie plötzlich da, die zweite Welle

Mit voller Wucht und viel heftiger, als es die erste in Österreich je war.

Bei mir stellt sich eine persönliche Betroffenheit ein. Meine Eltern infizieren sich beide und mein Vater erkrankt im September schwer. Erst am 4.ten Adventsamstag darf ich ihn nach vielen Wochen auf der Intensivstation als Rekonvaleszenten heimfahren.

Der zweite Lockdown steht ins Haus und tritt am 17.11.2020 in Kraft. Diesmal gibt es keine Erlaubnis für ein kontaktloses Abholen von Büchern vor Buchhandlungen, dafür werden Waffengeschäfte als systemrelevant eingestuft und bleiben offen.

Ein neuerliches Öffnen aller Geschäfte am 8. Dezember, um die Weihnachtseinkäufe nicht gänzlich dem Netz zu überlassen, mündet jedoch am 26. Dezember 2020 in den dritten Lockdown. Dieser bringt mir die herausforderndste Frühjahrsreise meiner



17-jährigen Vertreterinnen Laufbahn. Auch wenn für berufliche Handlungen das Haus verlassen werden darf und im 3.ten Lock-down das kontaktlose Verkaufen von Büchern wieder erlaubt ist, somit die Kolleg_innen in den Buchhandlungen sind, und ich einen großen Teil meiner Kund_innen besuchen darf, jede Woche canceln ca. 3 bis 4 Buchhandlungen ihren Termin, weil sie entweder in Kurzarbeit sind oder andere, Corona-bedingte Widrigkeiten sie davon abhalten. Was für mich beinah täglich zu Wartezeiten bis zu 3h zwischen den Terminen bei winterlicher Kälte bedeutet. Erst diesen Winter, bei teilweise minus 10°C am Parkplatz im (natürlich nicht laufenden) Auto wartend, eröffnet sich mir der wahre Wert von geöffneten Kaffeehäusern.

Kuschelig, warm und freundlich ist es dort. Wahrlich ein Eldorado für Vertreter_innen, deren Hauptaktivität im Warten besteht. Auch Restaurants bekommen einen neuen Stellenwert, wenn du dich auswärts wochenlang nur mehr von irgendwelchen Sandwiches, Dürums oder sonstigem Fastfood ernähren kannst. Nun, der Jahreskreislauf hat sich geschlossen. Ein Jahr Pandemie liegt nun mehr hinter uns.

Doch bei allen Widrigkeiten und Schwierigkeiten, die dieses Jahr in sich barg, bleibt doch ein großer Trost, den ich mitnehmen darf:

Bücher sind und bleiben systemrelevant

GERTI HASLWANTER ist selbständige Verlagsvertreterin

„Es ist wirklich anstrengend. Uns geht jetzt echt nach einem Jahr die Luft aus.“*

Barbara Lindner

Erst vor kurzem war eine Situation, die ist mir ziemlich nahe gegangen. Das war ein 37 Jahre alter Patient, mit dem ich zwei Nachtdienste lang quasi gekämpft habe. Dem es sehr schlecht gegangen ist. Und nach der letzten Blutabnahme dann um fünf in der Früh musste ich ihm dann sagen, dass er es jetzt nicht mehr schafft – dass seine Lunge jetzt versagt, und dass wir ihn jetzt in den künstlichen Tiefschlaf versetzen müssen. Der Patient hat Todesangst gehabt, hat zu weinen begonnen. Und da ist es mir so gegangen, nach 22 Jahren in diesem Beruf, dass ich Gänsehaut hatte, und dass ich mitweinen musste. Das war furchtbar. Der hat mir dann Fragen gestellt wie: ‚Werde ich noch einmal aufwachen? Es ist zu früh, ich kann noch nicht sterben. Werde ich aus diesem Zimmer wieder rauskommen?‘

Ich versuche aufzuklären. Aber manche sind unbeirrbar. Das ärgert mich. Mich ärgern diese ganzen Ignoranten. Mich ärgern Kommentare in den Sozialen Medien von Leuten, die glauben, es besser zu wissen. Mich ärgern die Leute, die demonstrieren gehen, die dann selbst erkranken, und die ich dann betreuen muss. Das ist alles ein Irrsinn.“

***Quelle:**

12.4.2021 Ö1 Morgenjournal und ZIB
BARBARA LINDNER ist Intensivpflegerin in Wien



Lock down ohne Ende

Bärbel Danneberg



Wie oft habe ich im vergangenen Jahr die beschwichtigenden Worte vom Licht am Ende des Tunnels gehört. Wenn wir brav alle Maßnahmen befolgen, dann geht uns am Ende ein Licht auf: dann werden wir dem Virus ein Schnippchen geschlagen haben. Ich sehe dieses Licht aber nicht. Ich höre nur die Warnrufe, die Angst und Schrecken verbreiten: überbelegte Intensivstationen, das Personal ist am Ende seiner Leistungsfähigkeit, Warten auf den Impfstoff, Vorsicht, Abstand, bleib mir vom Leib. Und Tote. Wir haben gelernt, unseren Alltag nach Inzidenzzahlen zu berechnen, wie der Wetterbericht werden in den Abendnachrichten die neuesten Covid-Statistiken in bunten Grafiken gezeigt. Und wieder eine steigende Kurve nach oben, und wieder die Unvernünftigen, die uns alle mit ihrem egoistischen Verhalten ins Verderben stürzen, wird gesagt, und wieder die Braven, die keinen Lohn für ihre Angst und für ihre Anstrengung erhalten. Noch vor einem Jahr beklatscht und plakativ von den Supermarktgiganten als Heldinnen affiziert, ernten sie heute den Frust der Einkaufswütigen, müssen Streit schlichten, und sie werden noch immer genau so mies für ihre Arbeit bezahlt wie immer, die Systemrelevanten.

Was macht ein solcher Zustand, der bereits ins zweite Jahr geht, mit uns Menschen? Wir gehen wie Maskenmarionetten durch die Straßen, düstere Blicke über den Maskenrand, Brillenträger*innen fluchen über die beschlagenen Gläser, wenn sie ins Warme kommen, ein Lächeln ist vielleicht manchmal zu erahnen, aber das kann täuschen, Misstrauen gegenüber allem und allen ist an der Tagesordnung. Nähe wird zu Bedrohung, das Alter wird zur Bedrohung, der Wohnort wird zur Bedrohung, und nun auch die Jugend. Konkurrenz im Impfmarathon, da schaffen es doch tatsächlich welche,

sich vorzuschwindeln, wie viele schwangere Väter plötzlich Risiko sind, wie viele Hochrisikozuckerkrankte haben noch immer keinen Impftermin. Der Egoismus gehört zur Überlebensstrategie, zuerst ich und dann ich...

Am schlimmsten ist die Isolation. Die Enkelkinder verstehen nicht, weshalb sie zu Ostern nicht zur Omi kommen durften, der sichere Internetabstand hält die Gefühle steril. Welches Bild gräbt sich bei den Jüngsten in die Gefühlswelt, wenn Mama und Papa wie vermummte Außerirdische unterwegs sind und Freunde sich nur mehr mit spitzen Ellenbogenkanten begrüßen? Wie wirkt sich das ständige Abstandhalten auf ihre Spontaneität aus? Nicht mehr auf die Großeltern zulaufen und von ihnen aufgefangen und im Kreis gewirbelt werden. Eine Vorsichtsgeneration wächst da heran, die gelernt hat, sich in der Nase zu bohren und stolz „negativ“ zu sagen, ganz das Gegenteil von bisherigen Schulnoten, negativ ist positiv.

Kein Licht am Ende des Tunnels. Ich selbst beobachte bei mir eine große Müdigkeit, der Alltag ist freudlos und isoliert. Eine Besuchsperson pro Haushalt. Und ich habe Angst vor der Zukunft, obwohl die mir mit meinen 78 Jahren eigentlich egal sein könnte. Wären da nicht meine Kinder und Enkelkinder und meine Freundinnen. Auf alle wartet eine düstere Zukunft, denn die Pandemiefolgen und die Umweltsünden müssen ja irgendwann auch bezahlt werden. Wenn sich nichts an den politischen, den sozialen und Verteilungsverhältnissen ändert, werden sie die Zeche begleichen müssen.

BÄRBEL DANNEBERG war Maßschneiderin, Wirtin, Diplomierte Krankenschwester in Berlin, ab 1974 Journalistin und Autorin in Wien. Sie schreibt heute für die Volksstimme, den Augustin und in anderen Medien, ist liebende Großmutter, Mutter und Freundin

Corona-Geschichte einer iBUS-Klientin

Als der Virus in meiner Heimatstadt in Italien ankam war ich wahrscheinlich gleich naiv wie alle anderen. Niemand nahm zu diesem Zeitpunkt die Gefahr, die vom Coronavirus ausging, richtig ernst. Im Nachhinein ist man dann klüger. Ich arbeitete zu dieser Zeit bereits ein paar Monate – mit kurzen Unterbrechungen, die ich für die Renovierung meiner Wohnung in Norditalien benötigte – in einem Club in Innsbruck. Hier in Tirol schien Corona noch ferner zu sein. Während in meiner Heimatstadt die Kliniken schon überlastet waren, herrschte hier noch reges touristisches Treiben und meine Kolleginnen und ich arbeiteten wie gewohnt. In dem Club, in dem ich arbeitete, war angesichts der Tatsache, dass uns eine Pandemie bevorstand – von der damals noch niemand etwas wissen wollte – noch viel los. Doch plötzlich war es so weit. Lockdown, Grenzen zu, Bars zu, Geschäfte zu. Totenstille auf den Straßen. Ich hatte mir davor keine Gedanken gemacht, ob ich noch nach Italien zurückkehren sollte. Dort hätte ich zwar für die Jahreszeit keine bewohnbare Wohnung vorgefunden, aber ich hätte bei Freunden unterkommen können. Nun war es zu spät und die Grenzen zu. Zum Glück hatte ich eine Bekannte hier, die mich bei ihr zu Hause aufnahm. Dort konnte ich auf der Couch schlafen und ich war ihr sehr dankbar. Viele der anderen Frauen vom Club schafften es noch heim nach Rumänien oder Bulgarien. Ein paar blieben aber hier, weil sie dachten, dass der Spuk bald vorbei sein würde. Ich war anfangs sehr froh über die Möglichkeit, bei meiner Freundin zu wohnen. Viele der anderen Frauen blieben in den Clubs oder zogen bei befreundeten Freiern ein – dies war für mich keine Option. Aber mit der Zeit wurde meine Wohnsituation immer schwieriger. Der Partner meiner Freundin fing an mich zu mobben. Vor allem wenn sie nicht daheim war. Er sprach immer wieder darüber, dass ich als Prostituierte nichts wert sei, und wollte mich so aus der Wohnung ekeln. Für mich war die Situation nicht einfach. Ich wollte keinen Keil zwischen meine Freundin und ihren Partner treiben und somit schwieg ich und ertrug es. Für mich war es schwierig so ganz ohne andere Option zu sein – selbst wenn ich Geld für ein Hotel gehabt hätte, war dies keine Möglichkeit gewesen. Ich verdiene in der Regel recht gut, seit ich in der Sexarbeit tätig bin, und mir fehlte es in den letzten zwei Jahren an nichts. Für mich war es eine große Umstellung so ganz ohne ein Einkommen zu sein. Es erreichten mich immer wieder SMS mit Anfragen von Stammkunden. Einmal sogar 1.000 Euro für ein Date. Es war schwierig für mich dies abzulehnen, weil ich kaum noch



Geld zum Essen hatte und meine Wohnsituation so prekär war. Aber ich hatte wahnsinnig Angst vor einer Ansteckung mit Corona und ließ es trotz meiner Notlage sein. Ich meldete mich dann bei iBUS, weil ich wissen wollte, ob ich irgendwelche finanzielle Hilfen erhalten kann. Ich bezahlte wie alle anderen Frauen in den Betrieben auch Steuern und erhoffte mir irgendeine Unterstützung, die mich über die Runden bringen könnte. Leider war nichts zu machen, da ich keine eigene Steuernummer hatte. Ich hoffte einfach, dass alles bald vorbei ist und dass ich bald wieder arbeiten könnte. Über einen Spendenfond, der von iBUS eingerichtet wurde, bekam ich eine kleine finanzielle Überbrückungshilfe, die mir half bis zum Ende des Lockdowns durchzukommen. Mit Ende der ersten Welle bin ich dann nach Italien zurückgekehrt, und seitdem arbeite ich hin und wieder in der Schweiz. Die Lage war und ist für mich sehr schwierig, obwohl in Italien nun alles wieder besser ist, weil ich dort eine eigene Wohnung habe und nicht mehr abhängig von jemand anderen bin. Aber ich kann es kaum erwarten, wenn alles wieder normal ist. Ich will uneingeschränkt arbeiten können, meine Freunde treffen und es einfach nur wieder fein haben wie davor.

BIN ICH SEHR UNGLÜCKLICH?

Wien, 8. April 2021*

Marlene Streeruwitz

Diese Frage beantworte ich mir täglich mit der Aufzählung der unzähligen Möglichkeiten, die mir offenstehen, mich im lockdown zu beschäftigen. Das ist eine wunderbar lange und erfreuliche Liste: Zoomen. Joggen. Lesen. Eine neue Sprache lernen. Vegetarische Köstlichkeiten kochen. Die dafür notwendigen Zutaten einkaufen. Lesen. Joggen. Eine neue Sprache lernen. Zoomen.

Aber

Aber. Es gelingt immer weniger. Dieses Lebens-Solitaire. Die gestrige Verkündigung der Verlängerung des lockdowns bis zum 19. April. Und die schon wieder herumschwirrenden Andeutungen, daß der lockdown sicher bis Ende April angeordnet werden wird. Diese so angeordnete Zukunft. Diese selbstverständliche Verfügung über meine Lebenszeit. Es macht mich nicht mehr wütend. Aber. Am Abend fand ich von dem riesigen Panettone nur noch Brösel vor. Der ganze Panettone. Aufgegessen. Von mir aufgeessen. Es kann ja nur ich gewesen sein. Es gibt ja nur mich. Hier. Überhaupt. Es bin also ich, die große Mengen Kuchen ißt, um ruhig bleiben zu können. Um nicht auf die Straße hinaus stürzen zu müssen und zu schreien. Zu klagen. Zu toben. Zu wüten. Kuchen essen!

Aber? Wie lange wird das Kuchenessen noch helfen? Die Migränen kommen ein bißchen regelmäßiger. Der Blutdruck bleibt immer ein bißchen zu hoch. Die kleinen Panikattacken werden stets ein bißchen dringlicher. An das Herzrasen kann ich mich nicht so richtig gewöhnen. Glücklicherweise sind die Apotheken offen. Das erste Mal in meinem Leben

brauche ich etwas gegen Sodbrennen. Ich bin nicht krank. Ich bin nicht gesund. Aber. Ich bin sicher nicht in dem Zustand, in dem ich mit einer Ansteckung problemlos fertig werden kann.

Aber! Ich kämpfe gegen diese vorgeschriebene Ohnmacht. Und vor allem. Ich will durch diese vorgeschriebene Ohnmacht nicht zu einer anderen werden. Ich will mich nicht an die Situation gewöhnen. In die Situation eingeben. Mich anpassen.

Gut

Gut. Ich möchte sozial bleiben. Also sage ich alle sozialen Argumente für diese vorgeschriebene Ohnmacht nach. Aber. Es sind Argumente, die zuerst einmal auf den Folgen neoliberaler Sparpolitik aufsetzen. Muß ich das nachplappern?

Und ist das nicht das eigentliche Problem? In der Geiselhaft einer Politik zu sitzen, die sich der sozialen Frage längst nicht mehr angenommen hat. Einer Politik, die durch und durch korrupt, sich gar nicht mehr erinnern will und deshalb auch nicht kann, daß es eine demokratische Verfassung gibt und deshalb seit 75 Jahren auf Geschlechtergerechtigkeit hinarbeiten gewesen wäre. Seit 75 Jahren sollte dieses demokratische Prinzip durchgesetzt worden sein. Wäre das der Fall, wir säßen anders in unseren lockdowns. Ja. Die Pandemie selbst kann auf die herrschende demokratieverhindernde Politik weithin zurückgeführt werden. Und. Die Frauen müßten nicht weltweit wieder einmal damit rechnen, wegen einer systemisch vorgesehenen Krise um ihre politischen Errungenschaften der letzten 30 Jahre umzufallen. Wieder einmal.

Lebten wir in realen Demokratien, es gäbe gar keine Möglichkeit dafür, die Lasten so ungleich zwischen den Geschlechtern zu verteilen, wie das immer noch und weiterhin weltweit und hier bei uns der Fall ist. Ja. Die Politik hätte geschlechtergerecht gedacht, sich nicht in diesem neoliberalen Kranksparen des Gesundheitssystems ergenken können. Schon die Entlohnung des Intensivpersonals wäre gerecht und es gäbe genügend Personen, die in den Pflegeberufen ausgebildet wurden, weil die Kultur der schlechten Bezahlung der Pflegeberufe als schlechter zu entlohnende Frauenberufe längst überwunden wäre. Frauen verdienen in einer demokratisch gedachten Wirtschaft immer gleichviel wie alle anderen. Frauen können dann auch nicht als die Schlechterverdienenden zwischen die Frage von Homeoffice oder Homeschooling der Kinder gestellt werden. Es wäre eine Frage, die nur gemeinsam gelöst werden könnte, weil es keine Unterschiede der Folgen der Lösungen gäbe. Die Bildung und Ausbildung von Frauen läge auch in keiner Weise zurück, weil gleichgedachte Personen gleich entlohnt gleiche Ausbildung selbstverständlich zur Voraussetzung der Gleichheit haben müssen.

Nach 75 Jahren

Nach 75 Jahren. Wäre der Verpflichtung auf Gleichheit in unserer demokratischen Verfassung Genüge getan. Wäre dieser Auftrag wirklich umgesetzt worden. Die Lebenskultur hätte sich mitverändert. Ich könnte keinen Aufsatz mehr darüber schreiben, daß Herrschaft und Patriarchat gleichgesetzt

werden müssen. Ich sollte eine solche Behauptung nicht mehr aufstellen können. Ich sollte nicht mehr feststellen müssen, daß wir dieser Herrschaft als kulturell anerkannter, wenn nicht sogar vorausgesetzter narzistischer Männlichkeit ausgesetzt werden. In einer demokratisch gedachten Politik könnten es Personen wie diesen Bundeskanzler gerade gar nicht geben. Wie es die Personenkonstellation rund um ihn nicht geben könnte. In einer realen Demokratie ginge es um Personen, die durch Empathie und Übernahme von Verantwortung den Willen der Bürgerinnen und Bürger in Regierung übertragen. In einer realen Demokratie würden Personen die Regierungsgeschäfte übernehmen, denen klar wäre, daß es sich um eine Phase in ihrem Leben handelte und nicht um eine Karriere der Idealisierung und Selbstüberschätzung. Die Politik der demokratisch agierenden Personen würde nicht den Sinn ihres Lebens beschreiben müssen. Diese Personen hätten ein persönliches Leben, aus dem sie hervortreten und in das sie wieder zurückkehren. Die Politik dieser Personen könnte ruhig und besonnen sein, weil das politische Theater nicht für die Lebenszufriedenheit herhalten muß.

Während wir jetzt Politiker in Machtpositionen finden. Und das ist in allen Parteien so. Während wir jetzt Politik als Macht ausgeübt vorfinden, statt den Willen der Bürgerinnen und Bürger in Politik umgesetzt sehen. Die Politiker in den Positionen der Macht statt der demokratischen Aufträge maßen sich ja an, aus der Ausübung dieser Macht über uns eine Art Werk zu konstruieren. Die Politik wird so zu einem Ort gemacht.

Ein Ort ist das dann, der verteidigt und erobert werden kann. Dieser Ort ist so gedacht, daß nur toxische Männlichkeit ihn auszufüllen vermag. Das selbsterfüllende System solcher Herrschaft ist als Kreiseln im Kreis zu denken. Demokratische Politik muß aber in der Zeit stattfinden und hat keinen Platz für die politische Inszenierung von Turnier und Krieg. Es ginge doch um die Leben der Bürgerinnen und Bürger. Um deren Lebenszeit und wie die zum größten Glück aller gestaltet werden kann. In einer realen Demokratie fänden sich kluge Frauen und Männer, die die Zusammenfassung der Gesellschaft in Politik übernehmen. Verantwortungsvoll und verantwortlich könnte das sein, wenn der Ort des Männlich-Politischen des 19. Jahrhunderts endlich verlassen und in die Verzeitlichung der Moderne eingetreten werden könnte. Und es ist die Verweigerung der Geschlechtergerechtigkeit, die die Politik an diesem altmodisch vormodernen Ort politischer Männlichkeitsgockelei festnagelt. Und. In einer realen Demokratie könnte verfassungsgerecht gehandelt werden. In einer realen Demokratie würde nicht so gegen die Verfassung regiert werden können, wie das in Österreich so selbstverständlich hingenommen wird. Erinnern wir uns an die Diskussionen um die Einführung des Kopftuchverbots für kleine Mädchen und wie die Aufhebung dieses Verbots durch den Verfassungsgerichtshof nicht einmal mehr erwähnt worden ist. Wir werden ja auch noch täglich nicht nur um unsere Verfassungsrechte gebracht. Wir werden täglich an der Nase herumgeführt und mit populistischer Beschäftigungstherapie in Schach gehalten.

In einer realen Demokratie würden alle Interessen abgewogen und überlegt werden. Denn. Diese Interessen könnten überhaupt erst für alle gedacht werden, wenn die Gleichheit als Voraussetzung angenommen ist. Die Rettung der Welt wäre selbstverständlich Grundlage aller Überlegungen, weil die Grundrechte die gerettete Welt voraussetzten. Das würde für Pandemien Gültigkeit haben, wenn in einer realen Demokratie nicht verordnet wird. Wir wären uns ja alle in unserem sozialen Selbstwert so gesichert, daß wir selbstverständlich den beweisbaren Notwendigkeit beitreten könnten. Wir könnten längst ganz anders leben und es einander ganz anders einrichten. In Wirklichkeit leben wir immer noch unter jener Art von Herrschaft, die mit dem Patriarchat deckungsgleich ist und müssen das auch spüren.

Was tun?

Was tun? Ich werde weiter Lotto spielen. Das letzte Mal habe ich 6,30 Euro gewonnen. Wenn ich die Euromillionen aber dann doch einstreife. Ich werde mein „Institute for the Critical Studies of Austrianness“ richtig groß aufblasen. Ich werde eine feministische Tageszeitung gründen. Ich werde. Grundlagen für eine feministische Partei organisieren. Und vielleicht übersiedle ich dann noch nach Innsbruck, weil es da die interessantesten FeministInnen gibt. Bis dahin. Die Frage stellt sich, ob Lottospiel ein ausreichender Grund für das Verlassen der Wohnung im strengen lockdown ist. Und weil Hoffnung eine christliche Lüge ist, erkläre ich diese Besorgung jetzt einmal zu den lebensnotwendigen Maßnahmen. Nächsten Sonntag ist wieder Jackpot. Ich wende mich also von einer



Hilflosigkeit zur anderen und die Psychosomatik wird ansteigen. Gut, daß die Apotheken offen sind.

Und ach ja. Ich habe keine Nachricht von einer Impfung. Alle so rundum. Sie haben irgendwelche Vorerkrankungen behauptet und sind längst geimpft „Es wird e nicht überprüft!“ heißt es da. Die Freundin mit der bösen Polyarthrit und ich haben keinen Termin. „Du musst dich

durchschummeln.“ sagt ein Freund und grinst. „Das läuft nicht wie Die sagen. Du musst für dich selber sorgen! Das ist wie auf der Flucht.“ So. Wir werden alle zu Antidemokraten gemacht. Die Politik der Geiselnahme über Maßnahmen, die zu Korruption einladen oder geradezu zwingen, erfrischt sich an der Pandemie. Bis zum Herbst sollen wir uns gedulden, sagt Dr. Fauci...

Anmerkung

*Die genaue Datierung ist die Voraussetzung, in der verordneten Zeit die Zeit der Person von den Verordnungen zu trennen.

Autorin

MARLENE STREERUWITZ. Freiberufliche Autorin und Regisseurin. Literarische Veröffentlichungen ab 1986. Ihr letzter Roman „So ist die Welt geworden. Der Covid-19-Roman.“ ist bei bahoe books Wien im Oktober 2020 erschienen.

„DIE CORONA-KRISE ZEIGT WIE UNTER EINEM BRENNGLAS DIE PATRIARCHALEN GESELLSCHAFTSSTRUKTUREN AUF“

Monika Jarosch

Eine Pandemie, global mit unterschiedlicher Betroffenheit

Eine Krankheit, hervorgerufen durch das neuartige Coronavirus (SARS-CoV-2), hat sich zu einer Pandemie ausgewachsen, mit einer weltweiten starken Ausbreitung dieser Infektionskrankheit, mit hohen Erkrankungszahlen und auch mit schweren Krankheitsverläufen und vielen Toten. Die gesamte Bevölkerung dieser Erde ist von dieser Krankheit betroffen, mehr oder weniger.

Das Virus macht nicht alle gleich

International gesehen sind alle Staaten betroffen, wie sehr, darüber werden wir mit Informationen überflutet und doch wissen wir wenig. Wir können die Statistiken lesen, wobei wir wenig Kenntnis darüber haben, wie z.B. die Frauen in Lateinamerika damit fertig werden oder auch nicht. Wir wissen zu wenig, welche Handlungsstrategien die einzelnen Staaten verfolgen, die dann zum Erfolg – nämlich die Bekämpfung des Virus und seiner Ausbreitung – führen sollen oder auch nicht. Wir wissen immer noch nicht, welche Strategien bzw. welche Maßnahmen erfolgreich sind.

Vor dem Virus sind nicht alle gleich. Es gibt Unterschiede nach ethnischen und sozialen Gruppen, nach Hautfarbe, nach sozialer Herkunft und nach Geschlecht, auch nach Jugend und Alter. Jeder Mensch ist unterschiedlich betroffen.

Welche Auswirkungen haben die Maßnahmen auf „die Bevölkerung“ – also

Frauen und Männer in ihrer Vielfalt? Welche gesellschaftlichen Gruppen sind stärker betroffen als andere? Welche dieser Gruppen sind vielleicht noch nicht im Blick? Eine analytische Durchdringung aller aktuellen Fragen dieser Pandemie, seien es die internationalen, die wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen oder individuellen/persönlichen Problemstellungen, ist eine Aufgabe, die noch nicht geschafft ist. Ich möchte hier einige Facetten dieser Dimensionen beleuchten. Sie sind bezogen auf Österreich – ähnlich Deutschland – vielleicht Europa – und auf Frauen.

Ein Desaster, ein schwerer Rückschlag für den Feminismus

Vielorts kann gelesen werden: „Die Corona-Krise zeigt wie unter einem Brennglas die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen auf.“ / „Die Corona-Krise hat dazu beigetragen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten mit einer unglaublichen Wucht sichtbar zu machen.“ / „Durch die Corona-Krise kommen die bestehenden strukturellen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern deutlicher denn je zu Tage.“ / „Viele reaktionäre Tendenzen wurden durch den Ausbruch von Covid-19 zusätzlich verschärft“.

Oder: „Markiert die Coronakrise also eine Rolle rückwärts in der Emanzipation?“ / „Die Frauen werden eine entsetzliche Retraditionalisierung weiter erfahren“. Der feministische Blick richtet sich auf Probleme, die schon lange in unserer Gesellschaft wirken und zu lösen wären,

die aber jetzt zu Corona-Zeiten besonders sichtbar werden. Die Corona-Krise führt uns deutlicher vor Augen, wo die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten liegen und zeigt auf, wie brüchig die Errungenschaften des jahrzehntelangen Bemühens und auch Kampfes von AktivistInnen, Frauenbewegung, feministischer PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen sind. Ein „Desaster für den Feminismus“, wie die Autorin Helen Lewis kürzlich schrieb.

Retraditionalisierung?

Die These der Retraditionalisierung ist wohl nicht zutreffend, da sie voraussetzt, dass vorher eine Enttraditionalisierung stattgefunden hätte. Kann die Pandemie uns überhaupt in traditionelle Stereotypen zurückdrängen, wenn wir sie schon aufrichtig überwunden hätten? Die hierzulande vorherrschende Trennung des Arbeitsmarktes in typische „Frauenberufe“ und „Männerberufe“ hat historische Gründe und beruht auf Geschlechterstereotypen. Noch immer beruht das Rollenbild der Frau auf der Annahme, dass Frauen pauschal als kompetenter für die Arbeit mit Menschen gehalten werden, während Männern ein besseres Verständnis von Technik und für den Umgang mit Maschinen zugeschrieben wird. Noch immer haben Frauen die Hauptverantwortung für Familie und Erziehungsarbeit und den Großteil der Hausarbeit, während den Männern die Ernährerrolle zukommt. Noch immer wird von Frauen erwartet, dass sie eigene Bedürfnisse zugunsten der Familie zurückstellen,

dass sie immer verfügbar sind und die Verantwortung für die Kinder und deren Förderung und gesunde Entwicklung, für das soziale Leben der Familie und ggf. die Sorge für zu pflegende Angehörige übernehmen, aber auch berufstätig sind. Diese Erwartungen setzen Mütter sehr stark unter Druck, denn scheinbar ist das alles zu schaffen und Versagen ein individuelles Problem.

Das Gegenmodell – die partnerschaftliche Aufteilung aller Aufgaben – gibt es, setzt sich aber nur schwer durch. Das zeigen Studien, die berechnen, wie die häusliche Arbeitsaufteilung weltweit abläuft: Einer Oxfam-Studie zufolge leisten Frauen und Mädchen drei Viertel der unbezahlten Care-Arbeit. Das entspricht über zwölf Milliarden Stunden Haus-, Pflege- und Fürsorgearbeit täglich. Gäbe es einen Mindestlohn dafür, käme man auf die Summe von knapp elf Billionen US-Dollar pro Jahr. Weltweit können 42 Prozent der Frauen keinem bezahlten Job nachgehen, weil sie so viel unbezahlte Arbeit leisten müssen. Bei Männern trifft das nur auf sechs Prozent zu.

Unbezahlte Arbeit ist systemrelevant – unbezahlte Arbeit ist Millionen wert

Inzwischen hat sich eine neue Sprache durchgesetzt: Die Frauenarbeit ist „systemrelevant“. Das gilt für die unbezahlte und bezahlte Frauenarbeit. Endlich schien die nötige Aufmerksamkeit da zu sein für den Pflegenotstand in Krankenhäusern und Altersheimen, für die schlecht bezahlten Kassierinnen, für

die überbelasteten Mütter, für all das, was Frauen – bezahlt oder unbezahlt – leisten.

„Der pandemische Lockdown hat uns vor Augen geführt, dass vorübergehend praktisch alles geschlossen werden kann, nur nicht, was mit der unmittelbaren Sorge für das tägliche Leben zu tun hat: Die Gesundheitsversorgung, die Betreuung von Kindern und gebrechlichen Menschen, die Sorge für Tiere und Pflanzen, die Sorge für die tägliche Nahrung, für Sicherheit und Hygiene. Die dafür notwendigen Arbeiten bilden die Basis für menschliche Gemeinschaften, weil wir alle auf die Fürsorge durch andere angewiesen sind“

In der Genderforschung ist dies seit vielen Jahren empirisch evident erforscht. Die entscheidende Frage wird sein, ob sich diese von den Balkonen aus „systemrelevant“ beklatschte Arbeit auch nach der Corona-Krise mit Anerkennung und besserer Bezahlung Geltung verschaffen kann. Aber auch die systemrelevante Arbeit von Männern sollte nicht vergessen werden, die aber wohl besser bezahlt ist.

Corona zeigt strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern ²

Max Preglau hat in seinem Beitrag in diesem Heft die vielen strukturellen Ungleichheiten aufgezeigt. Einige Punkte möchte ich besonders hervorheben.

- MitarbeiterInnen von schlecht bezahlten systemrelevanten Berufen sind überwiegend Frauen.

- Homeoffice ist insbesondere für Mütter eine Herausforderung, wenn die Kindergarten- oder Schulbetreuung wegfällt, auch für teilzeit-beschäftigte Mütter. Ebenso wenn der Mann gleichfalls in Homeoffice ist, bleibt der größere Teil der Aufgaben an Frauen hängen: Struktur in den Tag bringen, LehrerInnenrolle übernehmen, Kochen und Hausarbeit bewältigen.
- Großeltern fehlen als Entlastung (Ausgangssperren, Kontaktsperren etc.).

Wir stecken in einem ganzen Bündel an Krisen

Corona-Krise, Care-Krise^{3 4}, Demokratie-Krise⁵; feministisches Denken ist ganz besonders gefordert. Raus aus dem „Desaster“, raus aus der Krise, raus aus dem „backlash“. Wann, wenn nicht jetzt?

- Finanzielle Aufwertung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, im Gesundheitswesen, in der Erziehung und im Einzelhandel.
- Mehr Frauen in Entscheidungs-funktionen: BeraterInnen und EntscheiderInnen sind überwiegend Männer. Frauen kommen wesentlich seltener öffentlich zu Wort. Da geht – wie schon jahrhundertlang – ein großes Wissen unter.
- Eine bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen und Gewaltschutzeinrichtungen. Die genannten Punkte sind alle sehr wichtig, jedoch meine ich – und da bin ich nicht allein – wir sollten noch weiterdenken.

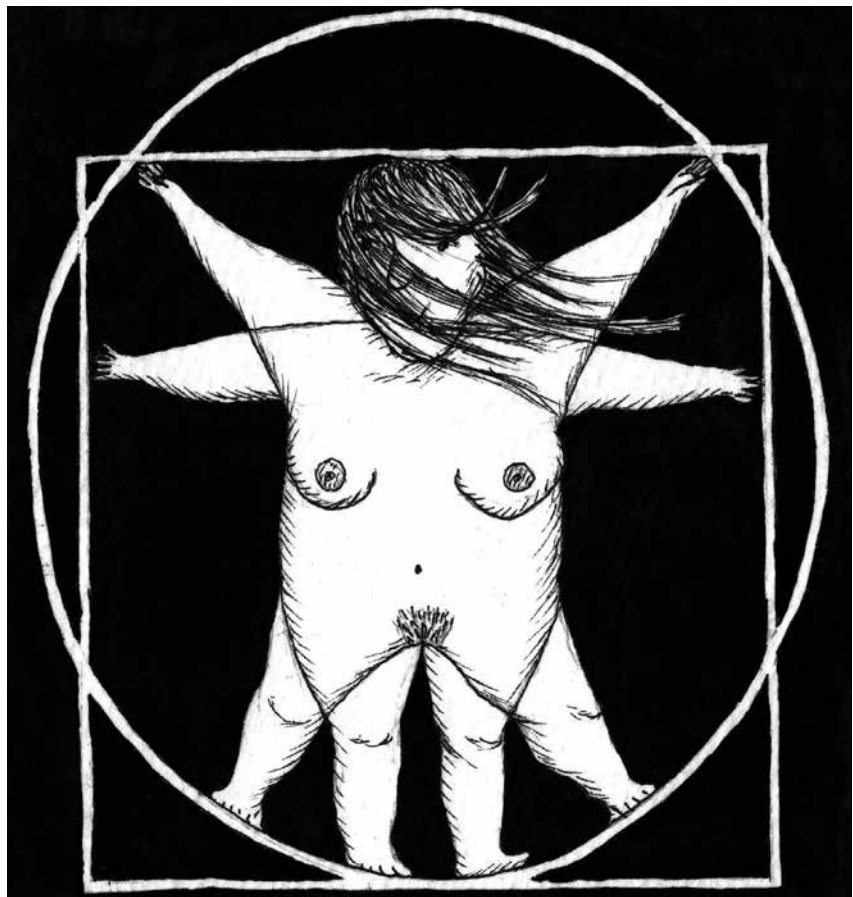
Wichtig erscheint mir, dass wir weiter daran arbeiten, die Geschlechterstereotype aufzudecken: wie unsagbar belastend es ist, wenn viele Männer und auch Frauen in Vorstellungen leben, die kaum je Realität waren und sind.

Es braucht ein besseres und neues Verständnis für menschliche Tätigkeit und gesellschaftliche Arbeitsteilung, für die Arbeit, die Frauen leisten. Ein besseres Verständnis und Anerkennung für die Care-, Sorge-, Fürsorgearbeit und Hausarbeit.

Die Wirtschaft, die gegen die Verkürzung der Arbeitszeiten ist, könnte z.B. rechnen, ob Zufriedenheit von Männern wie von Frauen bei verkürzter Arbeitszeit nicht auch zur Folge hat, dass effektiver und produktiver gearbeitet und damit auch der gewünschte Profit gemacht wird. Beispiele dafür gibt es schon.⁶

Die Grundsicherung für alle und die Verkürzung der bezahlten Arbeitszeit für alle wären ein guter Beginn für eine Welt, in der Männer wie Frauen ihre Aufgaben gerecht und gleich untereinander verteilen und sich gerecht und gleich verwirklichen können.

Es braucht das, was Feministinnen schon immer forderten: Gleiche Verwirklichungschancen für alle Menschen. Dem stehen jedoch Diskriminierung, Gewalt, strukturelle Benachteiligung und Stereotype entgegen (Meier-Gräwe 2020, 33) Schon Simone de Beauvoir warnte davor, dass Frauen, die nichts fordern, beim Wort genommen werden. Dafür braucht es Solidarität unter den Feministinnen. Es geht nur gemeinsam.



Anmerkungen

1 DENKNETZ, Perspektive Care-Gesellschaft. Plädoyer für eine Erneuerung des Gesellschaftsvertrags – lokal und global, in: Das Denknetz 7/20. S.4, www.denknetz.ch/wp-content/uploads/zeitung/DN_Zeitung_07.pdf.

2 PREGALU, Max. Ein Jahr Coronapandemie – eine vorläufige Bilanz ihrer Auswirkungen auf soziale Ungleichheiten. Beitrag in diesem Heft, und SORG, Uschi. Geschlechtergerechtigkeit in der Corona-Krise – muenchen.de

3 MEIER-GRÄWE, Uta. Wege in eine Care-zentrierte Ökonomie. in: APuZ, Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung, 45/2020, 70. Jg. S. 28-34.

4 WINKER, Gabriele. Platz für Sorge schaffen – Warum eine Care Revolution nötig ist. Beitrag in diesem Heft.

5 s. Beitrag von Birge KRONDORFER in diesem Heft

6 Als in Schweden ein Altenheim (ein Bereich, in dem vor allem Frauen tätig sind) 2015 die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausprobierte, fühlten sich die Betroffenen gesünder, die Produktivität stieg und die Krankenstände nahmen ab. Im kalifornischen Stockton wurde in einem zweijährigen Testlauf zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern bedingungslos 500 US-Dollar (450 Euro) ausgezahlt. Dies führte dazu, dass die Betroffenen ihre Schulden beglichen, Vollzeitjobs bekamen und sich psychisch besser fühlten. Vor allem von Frauen fiel Druck ab, da sie fortan ein gesünderes und beruflich erfolgreicheres Leben führten. (Noura Maan, in der Standard, 8.3.2021)

EIN JAHR CORONA-PANDEMIE – EINE VORLÄUFIGE BILANZ IHRER AUSWIRKUNGEN AUF SOZIALE UNGLEICHHEITEN*

Max Preglau

Über ein Jahr leben wir mit Corona, Stand 16. April 2021 gab es insgesamt über 580.000 und aktuell über 45.000 Infizierte und fast 9.600 Corona-Tote in Österreich. „Niemand wird zurückgelassen, koste es, was es wolle“, das war das Versprechen der Politik – Zeit für eine Bilanz, ob dieses Versprechen eingelöst wurde.

Tatsächlich hat die Regierung mit bisher fast 35 Mrd. Euro und über 11% des BIP viel Geld in die Hand genommen, um Schutzmaßnahmen und Hilfsfonds und -programme auf die Beine zu stellen. Dabei wurden auch bisherige Tabus durchbrochen – etwa Arbeitszeitverkürzung mit weitgehendem Lohnausgleich (Kurzarbeitsmodell) oder einem arbeitslosen Mindesteinkommen für bestimmte Gruppen (Härtefallfonds). Die Hilfsprogramme sind jedoch wegen bereits vorher bestehender Ungleichheiten und dank einem politischen System, in dem die jeweils Begünstigten an den Schaltebelen sitzen („weiße Männer“ in Kammern, Gewerkschaften, Sozialpartner, bürgerliche Regierungsparteien), keineswegs bei allen angekommen.

In diesem Beitrag möchte ich nicht in den Chor von Journalist*innen und Sozialexpert*innen (neuerlich B. Marin) einstimmen, die dem Krisenmanagement im Nachhinein neunmalklug Versagen attestieren. Auch die Querschüsse und Intrigen aus den Kreisen des eigenen Koalitionspartners und der populistischen Opposition, der Landeshauptlinge und der Lobbyisten, die ausgerechnet das integerste Regierungsmitglied, R. Anschöber, zur Aufgabe seines Amtes veranlasst haben,

sollen hier nicht ausgeleuchtet werden. Ich möchte hier vielmehr aus einer „intersektionalen“ Perspektive ungleiche Krisenbetroffenheiten in den Blick nehmen. Dabei soll entsprechend dem Themenschwerpunkt der aep-Informationen zunächst nur blitzlichtartig auf die Ungleichheitskategorien Klasse und Ethnische Zugehörigkeit bzw. Migrationshintergrund und globales Nord-Süd-Gefälle und dann etwas ausführlicher auf die Ungleichheitsdimension Geschlecht/ Lebensform eingegangen werden.

Ungleichheiten zwischen sozialen Klassen, Eingesessenen und Zugewanderten und globalem Norden und Süden

Bezüglich der klassenspezifischen Betroffenheit lassen sich signifikante Unterschiede zwischen Besitz- und Erwerbsklassen, innerhalb der Erwerbsklassen sowie zwischen Erwerbsklassen und den Gruppen am Rande und außerhalb der Erwerbsarbeitsgesellschaft feststellen. Während Großunternehmen durch Umsatz- und Fixkostensätze und Ausfallsboni z.T. überfördert wurden, ist das Arbeitslosengeld auf niedrigem Niveau geblieben.

Während die (überwiegend männlichen) durch Kammer und Gewerkschaft gut vertretenen Kernbeschäftigten in Gewerbe, Industrie und Infrastruktur vor Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten besser geschützt sind und von Kurzarbeitsmodellen mit weitgehendem Lohnausgleich profitieren, fallen prekäre Randbeschäftigte

um derartige Hilfsmaßnahmen um oder müssen sich mit bescheidenen Almosen aus dem Härtefallfonds begnügen.

Auch die Möglichkeit, Arbeitsplatzverluste und Einkommenseinbußen durch Verlagerung ins „Home Office“ zu vermeiden, ist bei gehobenen, qualifizierten und Büroarbeiter*innen in höheren Einkommensgruppen größter als bei minderqualifizierten Fabrikarbeiter*innen.

Durch die Umstellung des Schulbetriebs auf Fernunterricht fallen Kinder aus ressourcenschwachen und bildungsfernen Schichten noch weiter zurück.

Auch wer gegen die bürgerlichen Normen der Erwerbsarbeitsgesellschaft lebt – Sozialhilfeempfänger*innen, Obdachlose – ist beim Zugang zu Schutz- und Hilfsmaßnahmen benachteiligt. Besonders von Gesundheitskrisen betroffen ist die gesellschaftliche Randgruppe der 40.000 Nicht-Versicherten, die durch Lockdowns ihrer unstillen Bleibe im öffentlichen Raum beraubt ist, mangels finanzieller Mittel und e-Card erschwerten Zugang zu Masken, Desinfektionsmittel, Gratis-Tests und zur Behandlung chronischer Vorerkrankungen und zur Impfung hat.

Ungleiche Betroffenheit von Corona-Schutz- und Hilfsmaßnahmen ergibt sich aber auch in Abhängigkeit von der ethnischen Zugehörigkeit – zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund sowie zwischen Menschen aus dem globalen Norden und Süden:

Auch sind Migrant*innen durch Sprachbarrieren über Maßnahmen schlecht informiert und wegen ihrer häufigen Unterschichtzugehörigkeit, vielfach prekären

(z.B. Schlachthöfe) oder mitunter auch irregulären Beschäftigung (z.B. Sexarbeit) infektionsgefährdeter, schlechter geschützt und unterstützt.

Migrant*innen sind durch Grenzsicherungen von ihren transnationalen sozialen Netzen abgeschnitten, und ihre – in Österreich ohnehin chronisch vernachlässigte und durch fremdenfeindliche Agitation und Politiken behinderte – Integration in die Aufnahmegesellschaft hat unter den Corona-bedingten Kontaktbeschränkungen noch weiter gelitten. Geflüchtete Menschen in Massenquartieren sind besonders gefährdet, und ihre Arbeitsmarktintegration ist in Krisenzeiten noch schwieriger.

Menschen im wirtschaftlich und sozial benachteiligten globalen Süden trifft die Pandemie am Härtesten: Arbeitslosigkeit und Armut sind dramatisch gestiegen, die Ungleichheit in der Sterblichkeit und der Einkommen hat zugenommen, Schutz- und Hilfsprogramme sind kaum vorhanden. Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung hat bisher keine öffentlichen Unterstützungen gegen die Auswirkungen der CoV-Pandemie erhalten (Oxfam). Laut WHO sind bis Ende März 2021 76% aller Impfdosen an nur zehn reiche Länder gegangen. Bis es für die gesamte Weltbevölkerung genug Impfstoff gibt, könnten noch 3 bis 4 Jahre vergehen.

Ungleichheiten auf Grund des Geschlechts und der Lebensform

Eine zentrale Ungleichheitsdimension ist nach wie vor das Geschlecht – speziell in Gesellschaften, die wie Österreich, auf dem Leitmodell des ehe- und familienbezogenen Patriarchats, des

männlichen Familienernährers und der weiblichen Familienversorgerin und der Heteronormativität beruhen. Hier sind Arbeits- und Lebensbedingungen und in der Folge auch die Auswirkungen von Corona-Schutz- und Hilfsmaßnahmen für Frauen und Männer höchst unterschiedlich und größtenteils von zusätzlichem Nachteil für Frauen:

Frauen sind wegen ihrer Beschäftigungsschwerpunkte in besonderer Weise Corona-betroffen: So sind die Frauendomänen Pflege, Gesundheit und Bildung besonders ansteckungsgefährdet, andere frauendominierte Branchen wie Handel, Hotellerie, Gastronomie sind wiederum vermehrt von den Lockdowns und damit von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Einkommensverlusten betroffen. Corona-Arbeitslosigkeit und -Langzeitarbeitslosigkeit sind überproportional weiblich, der zu befürchtende kumulative Lebens-einkommensverlust ist bei Frauen doppelt so hoch wie bei Männern.

Der Wert bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit wurde zwar im öffentlichen Diskurs als „systemnotwendig“ erkannt und zumindest symbolisch anerkannt, diese Anerkennung hat sich jedoch trotz entsprechender Forderungen von Interessensvertretungen und Opposition nicht materiell durch entsprechende Ausgleichszahlungen niedergeschlagen.

Das Maßnahmenpaket der Regierung und der Sozialpartner für Wirtschaft und Beschäftigung kommt in erster Linie großen Betrieben und gewerkschaftlich gut organisierten „Normalbeschäftigten“ und damit vorzugsweise Männern zugute. So wurden bis September 2020 von den nach Geschlecht zuordenbaren Budgetmitteln für die Kurzarbeit nur ein gutes Drittel für

Frauen und knapp zwei Drittel für Männer aufgewendet. Als vielfach in Teilzeit oder geringfügig Beschäftigte sind Frauen zudem schlechter durch Hilfszahlungen geschützt. Als überproportional atypisch Beschäftigte – freie Mitarbeiter*innen, Werkvertragsnehmer*innen in Wissenschaft, Kunst und Medien etc. – gehen sie vielfach überhaupt leer aus.

Auch das Geld aus dem europäischen Wiederaufbauprogramm „Next Generation EU“ fließt vorwiegend in männerdominierte Branchen – Bauwirtschaft, Transportwesen und Infrastruktur. Ähnliches gilt auch für den bei der EU-Kommission eingereichten österreichischen „Comeback“-Covid-Wiederaufbauplan mit den Schwerpunkten Ökologisierung und Digitalisierung.

Frauen tragen weiterhin die Hauptverantwortung für die Familienversorgung, waren daher überproportional im Homeoffice und haben auch überwiegend die Zusatzbelastung durch das Home Schooling und die Ausfallhaftung für geschlossene Kinderbetreuungsstätten übernommen. Immerhin haben sich aber auch Männer in Kurzarbeit und Homeoffice mehr in Haushalt und Kinderbetreuung eingebracht.

Die zur Entlastung Sorgepflichtiger eingeführte Sonderbetreuungszeit gab es ursprünglich nur mit Zustimmung des Arbeitgebers, und sie kann auch als nunmehriger Rechtsanspruch nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die Betreuung nicht über die Notöffnung von Schulen oder auf informellen Wegen organisierbar ist.

Zudem sind Frauen Hauptbetroffene der dank Ausgangssperren gewachsenen Gewalt in Familien: 2020 gab es bis zu



70% mehr Anrufe pro Monat bei der Frauenhelpline und um ein Drittel mehr polizeiliche Betretungsverbote als 2019.

Jugendzentren haben in Lockdown-Zeiten einen verstärkten Rückzug von Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum, vor allem von Mädchen, beobachtet: Zwischen Mitte März und Ende Oktober ergab sich ein Minus an Kontakten von etwa einem Fünftel, bei den Burschen um 15%, bei den Mädchen mit 27% um fast das Doppelte.

Auch wer jenseits der bürgerlichen Arbeits- und Familiennormen oder der Heteronormativität lebt, ist durch die Corona-Kontaktbeschränkungen stärker belastet und/oder bei den Schutz- und Hilfsmaßnahmen benachteiligt: Auch „queere“ Menschen müssen sich bei ihren Kontakten am Modell von monogamer Ehe und Familie orientieren, und für alle, die Sozialhilfe oder Mindestsicherung beziehen, sowie für die Kinder von Alleinerziehenden, deren Unterhalt wegen Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit des Unterhaltspflichtigen gekürzt worden ist, gibt's keine Mittel aus dem Familienhärtetfond.

Frauen waren in der Krisenkommunikation krass unterrepräsentiert: Ihre Präsenz in Printmedien lag unter 20%, in Studiogesprächen und Talkshows haben sie nur 25% der Expert*innen und 35% der Politiker*innen gestellt.

Die UN haben zudem vor katastrophalen Auswirkungen von Corona auf Frauen des Südens hingewiesen: Auch hier sind wiederum Mädchen und Frauen überproportional von der Schließung von Bildungseinrichtungen und Arbeitslosigkeit betroffen. Für Hilfspakete fehlen weitestgehend die Mittel, durch den Aus-

fall der Lieferung von Verhütungsmitteln ist es u.a. zu Millionen nicht geplanter Schwangerschaften gekommen, Menschenhandel, Gewalt gegen Frauen und Zwangsverheiratungen von Mädchen haben stark zugenommen.

Fazit: Covid als Verstärker und Transformator sozialer Ungleichheit

Das Versprechen niemanden zurückzulassen ist von der Politik nicht eingelöst worden und die Welt ist noch ungleicher geworden.

Maßnahmen der Regierung gegen die Covid-19-Pandemie wurden im Kontext der bestehenden intersektionalen Ungleichheitsverhältnisse gesetzt – sie sind durch diese geprägt und wirken rekursiv auf diese zurück.

Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – Vereinbarkeitsmodell der Versorger-ehe – wurde grundsätzlich bekräftigt, aber z.T. in Richtung partnerschaftlicher Versorgung geöffnet: Für sie gilt weiter: „soviel Erwerbsarbeit wie mit der Rolle der Familienversorgerin vereinbar“, für ihn gilt nun „soviel Sorgearbeit wie mit der Rolle des Familienernährers vereinbar“.

Der Wert bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit wurde gesellschaftlich erkannt und zumindest symbolisch anerkannt, hat sich jedoch nicht materiell oder gar in Form einer geschlechtergerechteren Verteilung von Erwerbs- und Versorgungsarbeit niedergeschlagen.

Geschlechtsspezifische Ungleichheit wurde durch „Intersektion“ mit anderen Ungleichheiten – Klasse, Ethnizität/Nord-Süd-Gefälle – zusätzlich verstärkt.

Eine Agenda der Umverteilung – Arbeitszeitverkürzung, Grundeinkommen für alle, Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, Anerkennung queerer Lebensentwürfe, mehr Teilnahme- und Teilhabe-recht für Migrant*innen, Ausgleich von Reichtum und Macht zwischen Nord und Süd – wäre an der Zeit, ist jedoch auf Grund der kulturellen, sozialen und politischen Pfadabhängigkeit der Entwicklung eher unwahrscheinlich.

Anmerkung

* Wichtigste Quellen: Statistik Austria, Arbeitsmarktservice, Covid-Analysen vom Momentum Institut, Wifo, Austrian Corona Panel Project der Universität Wien sowie der Armutskonferenz.

Autor

MAX PREGLAU, Soziologe und Geschlechterforscher.

DIVERSE DATEN-SAMMLUNGEN ZU CORONA VON SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUTIONEN

Sylvia Aßlaber

Momentum Institut

www.momentum-institut.at

„Wir fordern den Status quo heraus.“ ist das Motto des Momentum Instituts mit Sitz in Wien. Der Maßstab der Initiative sind die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Vielen. Es werden konkrete und konstruktive Vorschläge für eine nachhaltige und gerechtere Gesellschaft erarbeitet und verbreitet.

Das Momentum Institut publiziert viel zu Corona und Gender, beispielsweise:

„Corona Hilfen im Gender Check“, „Das Strampeln von Familien durch die Corona Krise“, „Schichtbetrieb in Schulen – Unterstützung für berufstätige Eltern“. Es wird viel mit Stichproben, Zahlen und Ergebnissen aus dem BMF gearbeitet, aber auch selbst Studien durchgeführt, beispielsweise zum Thema Pflege.

Universität Innsbruck

Dieser Link <https://www.uibk.ac.at/geschlechterforschung/de.html> leitet zu einem Video-Kompodium mit dem Titel **De-/Gendering Corona: Kritische Geschlechterforschung und die Corona-Pandemie.**

Es ist eine Sammlung unterschiedlicher Stimmen, Analysen und Perspektiven von Wissenschaftler*innen, Studierenden und Aktivist*innen der Universität Innsbruck. Die einzelnen Beiträge zu den vergeschlechtlichten Implikationen und Effekten der Corona-Pandemie spiegeln somit die individuellen Positionen und Zugänge der jeweiligen Sprecher*innen wieder, zeigen aber auch die disziplinäre, thematische als auch theoretisch-epistemologische Vielfältigkeit der Gender Studies auf.

Dieses Projekt wurde vom Center Interdisziplinäre Geschlechterforschung Innsbruck (CGI) im Frühling/Sommer 2020 ins Leben gerufen.

Projektteam „De-/Gendering Corona“: Christine M. Klapeer, Gastprofessorin am CGI im Sommersemester 2020, Julia Tschuggnall, Koordinatorin des CGIs, Clara Sophie Bitter, Studentin und Praktikantin am CGI
Kontakt: gender-research@uibk.ac.at

Universität Wien

Unter der Internet-Adresse <https://blog.univie.ac.at/blogs-zu-covid-19/> bietet die größte Universität Österreichs eine eigene Plattform mit mehreren Blogs zu COVID-19

„In dieser Blogroll sammeln wir die Blogs von Wissenschaftler*innen der Universität Wien, die sich mit den aktuellen Herausforderungen rund um COVID-19 beschäftigen.“

Wie wird die Corona-Krise in der Bevölkerung wahrgenommen und welche Auswirkungen hat sie auf die Gesellschaft? Fragen wie diese untersucht eine interdisziplinäre Forschungsgruppe im Rahmen einer Panelumfrage zur Corona-Krise und präsentieren neue Ergebnisse dazu regelmäßig in diesem Blog. Schon allein die Hauptüberschriften zeigen die große Bandbreite an interessanten Untersuchungen, mehr als 100 Blogs laden ein zum Schmökern:

Überblick und Hintergrund / Wahrnehmung und Einstellungen zu Corona-Krise / Sozioökonomische Folgen / Psychosoziale Auswirkungen / Wirtschaft und Konsum / Politik / Medien und Kommunikation / Familien und Partnerschaft / Wohnen / Technologie, Umwelt und Migration / Zukunftserwartungen / Corona-Dynamiken



© Isabella Hafele

Bertelsmann Stiftung **www.bertelsmann-stiftung.de**

Die Bertelsmann Stiftung mit Sitz in Gütersloh ist eine operative Stiftung mit dem Ziel einen Beitrag zur Gesellschaftsreform zu leisten. Ihr Leitgedanke: „Menschen bewegen. Zukunft gestalten. Teilhabe in einer globalisierten Welt“. Diese Teilhabe setzt – dem Verständnis der Stiftung gemäß – handlungsfähige Menschen und eine Gesellschaft voraus, die allen gleiche Chancen eröffnet.

Diese Einrichtung beschäftigt sich auf den ersten Blick nur peripher mit Gleichstellungsthemen.

Im Zuge der Pandemie finden sich aber doch einige einschlägige Artikel. Einer beschäftigt sich beispielsweise mit den Lehren aus der ersten Corona-Welle und kommt zum Schluss: Die Pflege muss weiterentwickelt und nachhaltig gestärkt werden. Viel thematisiert wird der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Corona Krise.

Eine Studie zur Rollen- und Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern in Corona-Zeiten wurde durchgeführt. Hier zeigt sich, dass die Väter ihren Anteil an der Kinderbetreuung oft als gerecht wahrnehmen, viele Mütter aber unter der Situation leiden.

Eine weitere Umfrage widmet sich der Belastung von jungen Menschen und Jugendlichen.

Hier stellt sich heraus, dass sich Jugendliche durch Corona stark belastet und teils auch einfach übersehen fühlen.

Hans-Böckler Stiftung **www.boeckler.de**

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Studien- und Forschungsförderwerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes und befindet sich in Düsseldorf. Die Stiftung fühlt sich den Werten der Freiheit und der Selbstbestimmung der Menschen sowie der Gerechtigkeit und Solidarität in der Gesellschaft verpflichtet. Zweck der Hans-Böckler-Stiftung ist die Förderung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Erziehung sowie des Gedankens der Mitbestimmung.

Die Stiftung publiziert im Generellen viel zu Geschlechtergerechtigkeit: <https://www.boeckler.de/de/geschlechtergerechtigkeit.htm>

So auch zum Thema Gleichstellung in der gegenwärtigen Pandemie-Krise, hier ein paar Stichworte aus Publikationen:

Die im Home-Office liegenden Chancen werden häufig noch ungenutzt: Insbesondere Frauen könnten von Digitalisierung und Homeoffice profitieren. Doch „kulturelle Barrieren“ stehen dem in vielen Betrieben noch entgegen.

Corona und Gleichstellung: eine aktuelle Studie beleuchtet die Wirkung auf den Gender Pay Gap; Empfehlungen, um dem entgegenzuwirken: Bessere Vereinbarkeit, mehr Vätermomente in der Elternzeit, Reform von Kurzarbeitergeld und Ehegattensplitting (die in Deutschland gültige Form).

Als kurzfristige Maßnahmen aufgezählt:

Gewährleistung der institutionellen Kinderbetreuung / Förderung betrieblicher Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Loslösen des Kurzarbeitergelds und des Arbeitslosengelds von der Steuerklasse / Aufwertung der sozialen Dienstleistungsberufe

Als langfristige Maßnahmen gelten:

Reform des Ehegattensplittings / Ausbau der Partnermomente des Elterngeldes / Ausbau der 30-Stunden-Woche

Aufmerksamkeit wurde auch dem Stand der Gleichstellung geschenkt – ein Jahr mit Corona:

Auch hier werden die Folgen der Corona Krise für den Gender Pay Gap, Gender Time Gap und Gender Care Gap eruiert.



Heinrich-Böll Stiftung

www.boell.de

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin ist eine grüne politische Stiftung mit den Schwerpunkten Ökologie, Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und Menschenrechte.

Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung, orientiert an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen stellt die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter dar.

Die Stiftung beschäftigte sich viel mit Gleichstellung in der Pandemie und hat dazu nicht nur Texte, sondern auch Videos (zugänglich über Youtube) herausgegeben.

Beispiele:

Zum Recht auf Bildung in Zeiten der Pandemie

Sind die Feministinnen schuld an Corona? - Kein Virus ist schlimmer als das Patriarchat

Wie sich die Covid-19-Krise auf Frauen und LSBTIQ auswirkt

Eine interessante Initiative ist „Planet Berlin im Covid-19-Modus“ <https://www.boell.de/de/planet-berlin-im-covid-19-modus>

Hier wurden verschiedenste Personen an verschiedensten Orten Berlins zu ihrer Lage in der Pandemie befragt. Ein paar Beispiele:

Karl-Marx-Allee: Als gebürtige Berlinerin und Kind vietnamesischer Eltern durchstreift Chi Nguyen gerne die Straßen

auf der Suche nach Bedeutung, Hochgefühlen und Wundern. Zurzeit am liebsten auf der Karl-Marx-Allee.

Alexanderplatz: Annett Gröschner ist Stadtarchäologin, Chronistin und Palimpsest-Entschlüsslerin. Sie mag die Geheimnisse der Stadt, die Untergründe, die Hinterzimmer, Souterrains, die weitverzweigte Kanalisation. Und sie mag den Alexanderplatz. Auch in der Corona-Krise.

Wolliner Straße: Olga Bolycheva befindet sich gerade nicht in Berlin. Kurz vor der Verhängung der Ausgangssperre reiste sie nach Russland und ist seitdem dort. Sie denkt gerne an ihre Wohnung in der Wolliner Straße und die Offenheit, die Berlin für sie ausstrahlt.

Die Heinrich-Böll Stiftung schaut auch ins Ausland:

Mexiko: Feministische Proteste in Zeiten der Pandemie

Kolumbien: Auch während der Pandemie leben Aktivist/innen gefährlich.

„LINKSEXTREMISMUS ZERSTÖRT POLEN“ ODER WAS UNS DIE PROTESTE GEGEN DAS ABTREIBUNGSVERBOT LEHREN

Magdalena Baran-Szołtys

Zwischen 22. Oktober 2020 und 28. Januar 2021 herrschte in Polen nicht nur aufgrund der Pandemie ein Ausnahmezustand. Am ersten Datum begannen die größten Proteste seit den 1980er Jahren und der sogenannten Wende 1989, nachdem der polnische „Verfassungsgerichtshof“¹ mit einem Urteil eines der striktesten Abtreibungsgesetze der EU zusätzlich verschärfte – was einem fast vollkommenen Abtreibungsverbot gleichkam. Zuvor war in Polen laut Gesetz die Abtreibung nur in drei Fällen erlaubt: 1. Bei Gefahr für Leben oder Gesundheit der Frau (unabhängig von der Schwangerschaftswoche), 2. bei Begleitumständen beim Zustandekommen der Empfängnis (Vergewaltigung oder Inzest; bis zur Beendigung der 12. Schwangerschaftswoche), 3. bei embryopathologischen Gründen (bis zu dem Zeitpunkt, ab dem der Fötus lebensfähig ist). Laut Statistiken gingen rund 97 Prozent aller Abtreibungen auf diesen Paragraphen zurück.²

Vereinender Protest

Der Polnische Frauenstreik schaffte es hunderttausende Menschen in ganz Polen über Monate hindurch auf die Straße zu bringen und gegen das Urteil zu protestieren – Menschen aus allen Lagern, von Schüler*innen bis Fußball-Ultras aus Groß- und Kleinstädten sowie dem ländlichen Raum waren dabei. Schon 2016 schaffte es der Frauenstreik dezentral mithilfe zahlreicher feministischer Netzwerke

landesweite Proteste auszurufen, die als „Schwarzer Protest“ über die Landesgrenze hinaus bekannt wurden.³ Auch die neuesten Proteste wurden so organisiert und wurden, wie sich in späteren Umfragen zeigen sollte, zur stärksten prägenden Erfahrung für die junge Generation seit mehreren Jahrzehnten. Zuvor unpolitisierete Jugendliche und junge Erwachsene gingen nun täglich samt selbstgemalten Pappschildern mit aussagekräftigen Slogans auf die Straßen. Was zunächst ein Protest gegen das Abtreibungsverbot und somit für das körperliche Selbstbestimmungsrecht der Frauen war, entwickelte sich schnell zu einer Bewegung, die als Ventil der ganzen aufgeregten Wut der Bevölkerung gegen die zynischen Machthaber wirkte. Es ging dabei auch um die Unabhängigkeit der Justiz, die Dominanz der katholischen Kirche, um Pressefreiheit, um Diskriminierung von LGBTIQ-Personen und viele weitere Brennpunkte der Politik der seit 2015 regierenden Rechten, allen voran der nationalkonservativen sowie populistischen Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS). Jarosław Kaczyński, Chef der Regierungspartei PiS, stellvertretender polnischer Premierminister und gegenwärtig Strippenzieher des polnischen Staates, meldete sich zu den Protesten sogar mit einer Videobotschaft im öffentlich-rechtlichen Fernsehen TVP zu Wort, was sich als eine gewisse Staatskrise interpretieren ließe.

Ambivalenter und zerbrechlicher Erfolg

Zwischenzeitlich gingen Erfolgsmeldungen durch die internationalen Medien, die Proteste hätten Wirkung gezeigt, die Gesetzesänderung wäre zurückgezogen worden. Sogar österreichische Politiker*innen fotografierten sich mit schwenkenden Fahnen vor der polnischen Botschaft in Wien und teilten die Bilder in sozialen Medien, denn auch die internationale Unterstützung und somit der wachsende Druck auf die polnische Regierung war groß – es gab europaweit zahlreiche Proteste. Der vermeintliche Erfolg bezog sich auf die ausbleibende Publikation des Urteils, wodurch es nicht in Kraft trat, was aber gleichzeitig selbst eine Handlung gegen die Verfassung war, denn eine Nichtveröffentlichung des Urteils ist verfassungswidrig – demokratisch gesehen ein sehr ambivalenter und zerbrechlicher Erfolg. Dieser ging auch am 28. Januar 2021 schlussendlich tatsächlich zu Bruch, womit wir beim zweiten anfangs erwähnten Datum wären: der Tag der Urteilsveröffentlichung. Damit trat offiziell eine Bestimmung des sog. Antiabtreibungsgesetzes von 1993 außer Kraft, die einen Schwangerschaftsabbruch im Falle einer schweren und irreversiblen Schädigung des Fötus oder einer unheilbaren, lebensbedrohlichen Krankheit erlaubte. Der „Verfassungsgerichtshof“ wies in seiner Begründung darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit schwerer fötaler Defekte für die Zulässigkeit eines



Logo des Polnischen Frauenstreiks.

Ola Jasionowska, © Ogólnopolski Strajk Kobiet.

Schwangerschaftsabbruchs nicht ausreichend ist und somit verfassungswidrig. Anschließend herrschten noch tagelang Proteste, doch größtmäßig weit entfernt von jenen im Herbst. Die Regierung hat mit der Veröffentlichung strategisch abgewartet bis den Protestierenden aufgrund von Corona und Alltag die Motivation und Energie ausgeht. Denn die durch die Pandemie und dauernden Krisen ausgelöste soziale Erschöpfung wirkt teilweise depolitizierend.

Zynische Schein-Politik

Die Protestierenden wollten Freiheit und kompetente Regierende. Was bekamen sie? Nichts von beiden. Das Ergebnis ist ein fatales Zeichen für Demokratie und unsere Zukunft. Erstens ist die Lage von ungewollt Schwangeren sowie jenen mit einer wahrscheinlichen Schädigung des Fötus in Polen weiterhin prekär. Betroffene Frauen sind vorrangig auf Hilfe von Aktivist*innen aus den europäischen

Nachbarländern angewiesen, falls sie einen legalen Schwangerschaftsabbruch tatsächlich durchführen möchten.⁴ Zudem führten die Gesetzesveränderungen auch zu einer Verschlechterung der Lage der pränatalen Untersuchungen. Zweitens politisierten die Demonstrationen viele junge Menschen und zeigten ihnen, wie zivile Teilhabe in einer Demokratie aussehen kann. Gleichzeitig ließen sie sie schlussendlich an etwas teilhaben, was so viele Aktivist*innen und Menschen tagtäglich erleben: Ungerechtigkeit und Zynismus. Wenn sich Regierende nicht an demokratische Regeln halten, werden jene als beliebig und sinnlos empfunden. Das eigene und öffentliche Leben werden nicht mehr als authentisch, steuerbar und sinngelitet angesehen, sondern als großes Theater, das Einzelnen nutzt und vor allem zur Sicherung der eigenen Vorrangstellung (Macht!) genutzt wird. Beispiele gibt es auf der ganzen Welt genug. In Österreich ist wohl Sebastian Kurz als Meister dieses Handwerks, das als PR-, Schein- oder Überschriften-Politik bezeichnet werden kann, anzuerkennen. Inszenierung ist alles, politische Inhalte, falls überhaupt vorhanden, befinden sich in Überschriften. Lüge (als hemmungsloses Standardinstrument), Marketing und persönliches Gewinnstreben verbunden mit massiven Presseförderungen für regierungsfreundliche Medien machen heute Politik aus. Das letzte prominente Opfer dieser Haltung in Österreich war wohl Rudolf Anschober. Die finanziellen Ausgaben für PR der Regierenden (nicht nur in Österreich und Polen) sind immens. Der Soziologe und Politikwissenschaftler Colin Crouch beschrieb

diese Tendenzen mit dem Begriff der Postdemokratie: Es kommt zu einer Entmachtung der Bürger*innen, eben durch eine vorgespülte Politik, wo Wahlen zu folgenlosen Verfahren werden. In den Wahlkämpfen werden zwar in den Spektakeln gleichenden politischen Debatten bürgerbezogenen Themen besprochen, die Beteuerungen werden jedoch nicht eingelöst – nach den Wahlen unterliegt die Politik der Wirtschaft, denn deren Wünsche und nicht die der Bürger*innen werden schlussendlich ausgeführt.⁵ Im Fall Polens unterliegt die Politik oft nicht nur der Wirtschaft sondern auch der katholischen Kirche. Dies ist eine große Gefahr sowohl für demokratische Werte und politische Partizipation der Bürger*innen als auch für die Moralvorstellungen und psychische Gesundheit vor allem junger Menschen. Ein- und ausgesperrt durch den Lockdown, der Erfahrungen ihrer Jugend beraubt, erzeugt neben Corona auch die Politik eine Instabilität und Orientierungslosigkeit, die teils in psychischen Problemen mündet. Der Politik fehlt es nicht nur an klaren Regeln, Idealen und Utopien, die umgesetzt werden bzw. umzusetzen wären, viel mehr werden alle idealistischen und aktivistischen Handlungen von der politischen Realität verhöhnt.

Demonstrierende als „Säer des Todes“

Ein sehr gutes Beispiel dafür war die Berichterstattung über die „vulgären“ (O-Ton) Proteste des Frauenstreiks im mittlerweile von den Regierenden betriebenen polnischen Staatsfernsehen: Diese wurden als sogenannte Corona-Superspreader-Events und als Ursache für die



Der Frauenstreik auf der Piotrowska-Straße in Łódź, Oktober 2020. Mafo. © Wikimedia Commons

dramatische Covid-19-Situation in Polen dargestellt. TVP Info, der Informationssender des polnischen Staatsfernsehens, hat in seinen Materialien zusehends den Frauenstreik mit der Pandemie verbunden. Aus den Informationssendungen konnten die Zuschauer*innen u.a. erfahren, dass „die Demonstrationen eine biologische Bombe“ sind und dass „eine Viruswolke über den Demonstranten schwebte“. Zudem wurden die Demonstrierenden dort als „Säer des Todes“ bezeichnet. „Linksextremismus zerstört Polen“ war der Titel in den TVP-Hauptabendnachrichten, wo auch Oppositionspolitiker*innen für die Anstachelung zum Protest kritisiert wurden. Die TVP-

Sendungen suggerierten, dass sich die Straßenproteste auf das Wohl der Bürger*innen auswirken könnten und schürten Angst mit Aussagen darüber, dass dadurch weitere Industrie- und Gewerbebranche geschlossen werden müssen, was zu ausgesetzten Investitionen und geringeren Einnahmen für die Staatskasse führen würde und so zu Kürzungen von Sozialleistungen. Das Fernsehen nannte hier genaue Sozialprogramme: Familie 500+, Schulstarterpaket, 13. und 14. Rente für Senioren und viele andere.⁶ Es wurde öffentlich gedroht, wobei die Verantwortung für das schlechte Handling mit der Pandemie von den Regierenden auf die Protestierenden übertragen wur-

de. Doch während die Protestierenden stets Masken trugen, sichtete man viele Mitglieder der Regierung u.a. den Premierminister Mateusz Morawiecki, die als Vorbilder fungieren sollten, öffentlich in Trump-Manier ganz ohne Maske, was von der gleichen Seite des Staatsfernsehens als völlig problemlos eingestuft wurde – Manipulation und Doppelmoral par excellence.

Kapitalismus und Autoritarismus

Diese Tendenzen der Politik scheinen jedoch tief in unserem kapitalistischen System verankert zu sein. Lange Zeit bestand die Annahme, dass Demokra-

tie und Kapitalismus stets zusammengehören, heute müssen wir uns eine andere Frage stellen: Führt das kapitalistische (bzw. neoliberale) System nicht letztlich in den Autoritarismus?⁷ Dieser ist in Ungarn bereits angeht, in Polen wird er gerade etabliert. Die Krise spielt in diesem System eine wichtige Rolle, scheint sie ja auch essenzielles Element des Kapitalismus zu sein – ihre Wiederkehr ist für das System notwendig.⁸ Die Krise ist mittlerweile unser Normalzustand und dies nicht nur in Corona-Zeiten. Die kapitalistische Krisendynamik mit ihrer inhärenten Instabilität, Unvorhersehbarkeit und Unberechenbarkeit ist es, die populistische Parteien zusehends bei den Wahlen gewinnen lässt. Dies ist der Grund für das Gelingen von illiberaler Politik. Die Komplexität der Globalisierung, Digitalisierung und die dadurch entstehende Informationsflut stabilisiert paradoxerweise die Instabilität des Systems, wodurch Verschwörungsmymen und einfache Erklärungen und Versprechen populistischer Parteien bestärkt werden. Diese geben den Wähler*innen Klarheit, Orientierung und die ersehnte Stabilität. Diese suchen auch Jugendliche und junge Erwachsene und versuchen sie proaktiv einzufordern. Bewegungen wie „Fridays for future“ zeigen, dass die Jugend so politisch aktiv ist wie schon lange zuvor nicht mehr, dies sowohl auf der linken wie auch der rechten Seite des politischen Spektrums. Umso besorgniserregender ist, dass genau diese, die Zukunft repräsentierende Gruppe durch die Lockdowns ohne eigene Lobby größtenteils übergangen

wurde und nun mit psychischen Problemen zu kämpfen hat. Die Situationen in Polen und Österreich gleichen sich in all diesen Aspekten.

Solidarische Zukunftsvision

Für unsere Demokratie und Zukunft bleibt zu hoffen, dass die kapitalistische Krisendynamik bald durchbrochen wird. Doch momentan geht es in der öffentlichen Debatte immer noch nicht darum, andere Stimmen zu hören und zu verstehen, sondern vor allem diese zu übertönen, den eigenen Marktwert zu steigern oder die Umfragenwerte zu verbessern. Eine differenzierte Debatte ist nicht nur auf populären Plattformen wie Facebook oder Twitter beinahe unmöglich. Dieser Zustand ermöglicht keinen sinnvollen Dialog, denn das prioritäre Ziel bleibt Aufmerksamkeit, die eigene permanente Machtausbreitung und -stabilisierung und keinesfalls ein solidarisches Aufeinanderzugehen und inhaltliche Arbeit an einer besseren Zukunft. Solange wir uns im kapitalistischen, patriarchalen Teufelskreis bewegen, wird es zu keiner Veränderung kommen: Wir werden weiterhin in einer pathologischen Welt leben, in der Frauen gezwungen werden, nicht lebensfähige Föten zu gebären, oder in der man Menschen vor den Küsten der reichsten Länder der Welt einfach ertrinken lässt. Dies sind nur ein paar Beispiele. Die Liste lässt sich leider endlos weiterführen.

Lassen wir uns von der Pandemie nicht sedieren, realisieren wir unsere solidarische Zukunftsvision. Jede*r für sich und wir alle zusammen.

Anmerkungen

1 Der Begriff wird in Anführungsstrichen geführt, da nach einer umstrittenen Reform zur Neuordnung des Verfassungsgerichts durch die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), man nicht mehr von einem rechtmäßigen Verfassungsgerichtshof sprechen kann.

2 Doch sogar in diesen Fällen war bzw. ist es aus diversen Gründen für die Frauen nicht immer einfach eine legale Abtreibung durchzuführen.

3 Siehe dazu den Beitrag der Anführerin des Frauenstreiks: LEMPART, Marta (2020): #CzarnyPoniedzialek – Der polnische Frauenstreik am Schwarten Montag (3. Oktober 2016). In: Baran-Szołtys, Magdalena, Berger, Christian (Hg.): Über Forderungen. Wie feministischer Aktivismus gelingt. Wien: Kremayr & Scheriau, S. 148-159.

4 In Österreich hilft den Betroffenen die Organisation Ciocia Wienia: <https://ciociawienia.net/de#hero>.

5 CROUCH, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt/Main: Suhrkamp 2008.

6 Vgl. WPROST: „Wiadomości“ TVP straszą widzów. „Przez Strajk Kobiet mogą zniknąć programy socjalne w tym 500+“, 01.11.2020, <https://www.wprost.pl/kraj/10383224/wiadomosci-tvp-strasza-widzow-przez-strajk-kobiet-moga-zniknac-programy-socjalne-w-tym-500.html>.

7 Gedanke aus der Diskussion während des Vortrags „Transformation of Capitalism“ des Sozialhistorikers Jürgen Kocka bei der Opening Week des Research Center for the History of Transformations (RECET) am 20.04.2021 an der Universität Wien, online verfügbar auf dem YouTube-Kanal von RECET unter: <https://www.youtube.com/watch?v=20pkLkdmuE&t=5s>

8 Siehe hierzu den Artikel aus der letzten Ausgabe der AEP Informationen: REST, Magdalena; WINKLER, Alexander (2021): Im Krisenmodus. Von der notwendigen Wiederkehr der Krise im Kapitalismus. In: AEP Informationen, Nr. 1/2021, S. 6-9.

Autorin

MAGDALENA BARAN-SZOŁTYŚ ist promovierte Kulturwissenschaftlerin und forscht am Research Center for the History of Transformations (RECET) und am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien zu Reisen, Ungleichheits- und Transformationsnarrativen, der Beziehung zwischen Literatur und Politik sowie Ostmitteleuropa. Sie ist Vorstandsmitglied des Frauen*Volksbegehrens 2.0.

DIE „KERNFAMILIE“ ALS ORT DER SICHERHEIT

Zur biopolitischen Re-/Stabilisierung von Hetero- und Homonormativitäten während der Corona-Krise

Christine Klapeer (Vortragsabstract)

„Man soll zu Hause bleiben und nur noch mit der Familie in Kontakt sein“, so lautete der allgemeine Appell an die Bevölkerung anlässlich des sich ausbreitenden COVID-19 Virus im Frühjahr 2020. Auch wenn in Deutschland entsprechende Regelungen zugunsten dieser (Kern-)Familie an vielen Stellen vage blieben und (rechtliche) Unklarheiten aufwiesen, so wurde während der Corona Pandemie eines sehr deutlich: In einer gesellschaftlichen Krisensituation wurde (wiederum) die Kernfamilie und entsprechende (hetero-)normative Konzeptionen eines Haushaltes (zwei Eltern mit Kindern) zu einem Ort der Sicherheit, des solidarischen Zusammenhaltes und legitimer (körperlicher) Intimität und Fürsorge erklärt. Gerade weil queere Familien aus diesem Konzept der „sicheren“ (Kern-)Familie jedoch nicht dezidiert ausgeschlossen, sondern unter bestimmten Bedingungen mittlerweile auch eingeschlossen sind/waren, fungiert die Corona-Pandemie geradezu als Brennglas für bereits vorhandene Ambivalenzen in Bezug auf die (sozio-legale) Anerkennung queerer Verwandtschafts- und Familienkonstellationen. Demnach offenbarte sich in dieser Zeit der Krise die konstitutive Wirkkraft einer sogenannten „familialistischen“ Norm und Sozialstruktur besonders deutlich, was im Falle queerer Familien- und Verwandtschaftsverhältnisse bedeutet, dass ihre zunehmende (partielle bzw. begrenzte) Anerkennung um den „Preis“ ihrer homonormativen „Familialisierung“ angeboten wird. In dem Vortrag werden die Implikationen der Corona-Krise als produktive Momente (im Sinne von Foucault) hinsichtlich der Re-/Produktion und Stabilisierung familialistischer Normen und



Subjektivierungsformen den Blick genommen und insbesondere die biopolitische Anrufung der Kernfamilie als (rassierter) „Ort der Sicherheit“ aus einer queertheoretischen und postkolonialen Perspektive kritisch analysiert.

Anmerkung

Dieser Text ist das Abstract eines Vortrags, den Christine Klapeer am 27.11.2020 bei der Tagung „Corona verstehen. Understanding Corona. Die Pandemie aus der Sicht der Geistes- und Kulturwissenschaften“ an der Universität Innsbruck gehalten hat. Die Vorträge

wurden per Videostream übertragen.
<https://www.uibk.ac.at/congress/corona-verstehen/programm---abstracts/>

Autorin

CHRISTINE M. KLAPEER, Dr., Politikwissenschaftler*in und Geschlechterforscher*in am Studienfach Geschlechterforschung der Georg-August-Universität Göttingen; im SoSe 2020 Gastprofessor*in am CGI der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte u.a. feministische, queere und postkoloniale politische Theorie, transnationale Geschlechter-, Sexual- und Menschenrechtspolitik.

„ROLLE VORWÄRTS“ PROGRESSIVER FAMILIENPODCAST DER AK WIEN

Elisabeth Grabner-Niel

Corona wirbelt seit mehr als einem Jahr das Leben von Familien durcheinander: Homeschooling, Telekonferenzen, prekäre außerhäusliche Kinderbetreuung (die mal klappt, mal wieder unberechenbarer Weise nicht mehr zur Verfügung steht), die täglich anfallende Haushaltsführung, die zum ständigen Jonglieren herausfordert ... Alles ist neu zu denken und auszuhandeln, mit der übergroßen lauernden Gefahr: Unter dem Druck der Umstände wird im Stress auf die traditionelle Aufgabenverteilung der Haushalts- und Familienarbeit in ihren geschlechtsspezifischen Rollen zurückgegriffen.

Hier will die AK Wien mit einem am 11.1.2021 gestarteten „Progressiven Familienpodcast“ entgegenwirken. Etwa alle 14 Tage erscheint eine neue Episode, eine lebensnahe Geschichte aus dem Alltag, eingebettet in Analysen von Expert*innen im Interview. Die Beiträge dauern zwischen 30 und 45 Minuten und sind super lebendig und informativ gestaltet.

Und so liest sich das auf der Startseite unter <https://rolle-vorwarts-osterreichs-familienpodcast.simplecast.com/>

Es geht um die vor einem Jahr noch beklatschten „SystemerhalterInnen“, darum wie partnerschaftliche Kinderversorgung tatsächlich klappen und das Homeschooling doch halbwegs geschafft werden kann. Es werden die strukturellen Hintergründe erläutert, warum die Arbeitslosigkeit bei Frauen unter Corona so viel stärker angestiegen ist als jene der Männer. Ein anderer Beitrag behandelt die Vereinsamung von alten Menschen, wie sie reduziert und sogar verhindert werden kann. Auch die in Pandemie-Zeiten schwierigeren Bedingungen für das Ausleben von Sexualität kommen im Gespräch mit einer Fachfrau zur Sprache. Es ist eine Mut machende und hilfreiche Initiative, ein möglicher Wegweiser aus dem rundherum wogenden „Backlash“, gut fundiert und in einer angenehmen Weise präsentiert.

Episode 1: „Die Mama wird's scho' richten?

– **Familie in Zeiten von Corona**“. Wir begrüßen zum Auftakt die Philosophin Lisz Hirn im Podcast-Studio. Sie erzählt im Interview mit Lisa Mayr, Chefredakteurin des AK Contentcenters, warum die derzeitige konservative Wende für Frauen gefährlich ist.

Episode 2: „Härtefall Alleinerzieherinnen

– **wer hilft uns jetzt?**“ AlleinerzieherInnen in unterschiedlichen Lebenssituationen erzählen, womit sie zu kämpfen haben. Sarah Zeller vom Verein Juno ist danach zu Gast. Sie berät AlleinerzieherInnen in allen Lebenslagen und erklärt, wie wir ihnen helfen könnten.

Episode 3: „Und ehe ich mich versah

– **was tun bei sexueller Belästigung und Gewalt in der Familie?**“: In dieser Folge hören Interessierte die Stimmen mehrerer Frauen, die ihre bedrückenden Erlebnisse schildern. Anna-Melina-Hartmann vom Verein Sprungbrett ist danach zu Gast und erzählt über ihre Erfahrungen als Beraterin für Frauen. Sie erfahren, was Sie tun können, um sich selbst und andere zu schützen.



PLATZ FÜR SORGE SCHAFFEN WARUM EINE CARE REVOLUTION NÖTIG IST

Gabriele Winker

Die Corona-Pandemie zeigt in aller Deutlichkeit, wie wichtig Sorgearbeit für unser gesellschaftliches Zusammenleben, aber auch für jeden einzelnen Menschen ist. Unübersehbar wurde der Pflegegenotstand in den Krankenhäusern und den Pflegeheimen. Ebenso offensichtlich wurde, dass berufstätige Eltern zu wenig Zeit für ihre Kinder haben, wenn Kitas und Schulen geschlossen sind. Diese Probleme gab es auch bereits vor Corona. Doch gerade vor dem Hintergrund der Pandemie-Erfahrungen sehe

ich die Möglichkeit, Sorgearbeit, die zu jeder Zeit lebensnotwendig ist und in Deutschland zwei Drittel aller Arbeitsstunden umfasst, deutlich mehr ins Zentrum politischen Handelns zu stellen.

Abhängig von Pflegekräften

Denn derzeit erfahren die meisten, wie abhängig wir von der Arbeit insbesondere von Pflegekräften und Ärzt*innen, aber auch von Erzieher*innen, Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen sind. Viele Menschen sind beeindruckt, wie engagiert

sich das medizinische Personal in den Krankenhäusern für die Patient*innen einsetzt. Entsprechend gibt es deutliche Unterstützung für verbesserte Arbeitsbedingungen in allen Care-Berufen, das heißt auch für die Forderung nach mehr Personal und angemessene Entlohnung. Auch scheint es mir so, dass große Teile der Bevölkerung der Meinung sind, dass insbesondere Gesundheit nicht weiter eine Ware sein darf und deswegen die Privatisierung von Krankenhäusern gestoppt und zurückgedrängt werden muss. Auch nimmt die Kritik an der Finanzierung durch Fallpauschalen zu, da es dadurch zu einer Überversorgung von beispielsweise Knie- oder Hüftoperationen kommt, die beinahe wie am Fließband abgewickelt werden können, während Kinder- und Geburtsabteilungen schließen. Auch COVID-Intensivstationen lohnen sich nicht und werden nur offen gehalten, wenn dafür besondere finanzielle Mittel fließen.

Soziale Herkunft wird deutlich

Das Erziehungs- und Bildungssystem erhält in der Pandemie ebenfalls deutlich mehr kritische Aufmerksamkeit. In Zeiten, in denen Schulen und Kitas immer wieder geschlossen sind, spürt die Gesellschaft, wie wichtig diese Bereiche sind und wie schlecht sie mit Personal, digitalen Medien und angemessenen Gebäuden ausgestattet sind. Dass dort deutlich mehr öffentliche Mittel benötigt werden, ist derzeit kaum noch umstritten. Auch wird die selektive Wirkung des Bildungssystems, in dem Erfolge nach wie vor von der sozialen Herkunft abhängen, deutlicher als sonst problematisiert.



Leistungen von Eltern insbesondere der Mütter

Weiter wird in der Pandemie einer breiteren Öffentlichkeit deutlich, welche enorme Leistung Eltern, insbesondere Mütter, erbringen, die mit ihrer Sorgearbeit das Konzept der Kontaktbeschränkung überhaupt erst ermöglichen. Diese zusätzliche Anforderung belastet Eltern, weil nicht zuletzt aus finanziellen Gründen die Erwerbsarbeit im Vordergrund steht. Besonders betroffen davon sind viele Alleinerziehende, die meist ohne Hilfe anderer Home-Office und Kinderbetreuung verbinden müssen, ein eigentlich unmögliches Unterfangen. Es kommt zu andauernden Überlastungssituationen, die zu Erschöpfung bis hin zu psychischen Erkrankungen führen. Durch öffentlichen Druck konnte zumindest erreicht werden, dass die Zahl der Kinderkrankentage bei Fortzahlung von 90% des Nettoarbeitsentgelts ausgeweitet wurde und der Anspruch darauf nicht nur wie üblich bei Krankheit des Kindes, sondern auch dann gilt, wenn Kitas und Schulen geschlossen sind.

Worauf es im Leben ankommt

Mit all diesen Erfahrungen werden sich derzeit viele bewusst, worauf es im Leben ankommt: Auf ein funktionierendes Gesundheitswesen, auf sorgsame Pflege und Unterstützung im Alter, auf ein gutes Bildungssystem, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Aber spürbar wurde auch die Notwendigkeit einer grundlegenden existenziellen Absicherung, so dass sich alle, nicht nur in der Pandemie, in dem Maß um Kinder oder unterstützungsbedürftigen Ange-

hörige oder Freund*innen kümmern können, wie sie es für sinnvoll und notwendig halten. Ferner wird deutlicher, was viele Menschen durchaus wissen, aber viel zu selten aussprechen: Wichtig ist nicht, möglichst viele Konsumgüter zu besitzen, sondern wichtig sind soziale Beziehungen, die dank hinreichender Zeit und existenzieller Absicherung gelebt werden können.

Die Kunst besteht nun darin, all diese Erkenntnisse in der Pandemie ernst zu nehmen und in politisches Handeln umzusetzen. Notwendig sind Rahmenbedingungen, die Care-Beschäftigte gute Arbeitsbedingungen und allen ein Leben ermöglichen, in dem es Zeit gibt für die Sorge um sich selbst, die gegenseitige Unterstützung, das gemeinsame ehrenamtliche und politische Handeln, aber auch für die Muße. Auch bedarf es in Zukunft einer existenziellen Absicherung für Lebensphasen, in denen viel familiäre Sorgearbeit geleistet wird oder die berufliche Absicherung wegbreicht. Nur so lässt sich der weiteren Zerstörung sozialer Beziehungen entgegenwirken.

Breite Bündnisse mit der Kampagne „Platz für Sorge“

Mögliche politische Lösungen für die wahrgenommenen Probleme sind allerdings nur gemeinsam in großen Bündnissen durchzusetzen, in denen Initiativen aus der Frauen-, Care-, Klima- und Migrationsbewegung zusammenarbeiten. Diese müssen jetzt zügig ihre Vorschläge und Forderungen in die Öffentlichkeit tragen. Denn nach der Pandemie wird dies noch schwieriger, wenn für all das Wichtige wieder kein Geld da sein

wird. Deswegen hat das Netzwerk Care Revolution Ende 2020 die Kampagne „Platz für Sorge“ initiiert, die in Bündnissen vor Ort von möglichst vielen Initiativen und Einzelpersonen getragen werden soll. Mit dieser Kampagne wollen wir die noch kleine Care-Bewegung verbreitern. Denn unser Engagement für Sorge und Solidarität stößt bei vielen politisch Aktiven gerade in Zeiten der Pandemie auf große Resonanz.

Ziel der Kampagne

Ziel der Kampagne „Platz für Sorge“ ist es, auch vor Ort deutlich zu machen, dass die Arbeitsbedingungen und die Löhne der Pflegekräfte, der Sozialarbeiter*innen und der Erzieher*innen sich deutlich verbessern müssen: Benötigt werden mehr Care-Beschäftigte in Gesundheit und Pflege, in Bildung und Erziehung und in der Sozialen Arbeit. Gleichzeitig muss eine allgemeine Verkürzung der Vollzeit-Erwerbsarbeit auf maximal 30 Wochenstunden und die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens als erwerbsunabhängige Existenzsicherung durchgesetzt werden. So können Menschen mit umfangreichen familiären Aufgaben in der Erziehung von Kindern oder bei der Unterstützung pflegebedürftiger Erwachsener deutlich mehr Zeit und Sicherheit erhalten. Auch ist es jetzt wichtig, für die Zukunft vorzusorgen. Deswegen fordert die Kampagne Güterproduktion nur gemäß den planetaren Grenzen. Denn nur wenn es uns gelingt, die Klimazerstörung zu stoppen, können auch Jüngere und noch nicht Geborene ihre Lebensentwürfe verwirklichen.

Diese Kampagne hat gerade in den Vorbereitungen zum 8. März Fahrt aufgenommen. So wurden beispielsweise in Hamburg, Leipzig, Osnabrück, Köln, Frankfurt, Tübingen, Erlangen, Freiburg und in weiteren Städten, leider bisher nur in Deutschland, Plätze zum „Platz der Sorge“ umbenannt. Dort berichteten Menschen mit umfangreichen Sorgearbeiten wie Eltern oder pflegende Angehörige sowie körperlich eingeschränkte Menschen mit hohem Sorgebedarf von ihrem Alltag ebenso wie Care-Beschäftigte aus den Kliniken.

Als Auftakt wurde bewusst der 8. März gewählt, da Frauen ca. 80% der entlohnten Sorgearbeit in Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung sowie sozialer Arbeit ausführen und zu über 60% die familiäre Sorgearbeit tätigen, wobei sie allermeist die Hauptverantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige tragen.

Große Beteiligung

Die Beteiligung an der Kampagne „Platz für Sorge“ war überraschend groß. Zunächst ist das Thema Care ein feministisches Thema, zu dem feministische Streik- und 8. März-Gruppen aktiv sind und den Slogan „Platz für Sorge“ aufgenommen haben. Gleichzeitig gibt es schon länger eine Zusammenarbeit des Netzwerks *Care Revolution* mit den verschiedenen politischen Gruppen in den Krankenhausbündnissen, der Gewerkschaft *ver.di*, den Netzwerken pflegender Angehöriger, aber auch Initiativen von Menschen mit hohem Sorgebedarf wie Behinderteninitiativen. Teilweise waren auch Gemeinderatsfraktionen sowie die Partei die Linke oder

die Grüne Jugend für die Kampagne zu gewinnen. Ferner beteiligten sich Ortsgruppen von *Solidarity City* an der Kampagne, da auch geflüchtete Menschen einen schnellen Familiennachzug und Wohnraum benötigen, um für ihre Kinder und Angehörigen sorgen zu können. Neu ist zudem, dass es seit dem Klimastreik 2019 und der Corona-Pandemie mehr Kontakte zwischen Care- und Klimagruppen gibt; in Freiburg sind *Fridays for Future* und *Extinction Rebellion* in der Kampagne „Platz für Sorge“ vertreten. Das hängt damit zusammen, dass es auch zuvor erste Formen der Zusammenarbeit zwischen der Care- und der Klimabewegung gab. Auf der großen Klimastreik-Demonstration im September 2019 hatte sich ein Gesundheitsblock beteiligt. Denn unbestreitbar bedroht der Temperaturanstieg schon jetzt Leben und Gesundheit.

Die Kampagne will das Jahr über immer wieder deutlich machen, wo es auch auf kommunaler Ebene Handlungsbedarf gibt. So beteiligte sie sich in diesem Jahr in mehreren Städten an den 1. Mai-Aktivitäten, der von Care Aktivist*innen schon länger als „Tag auch der unsichtbaren Arbeit“ begangen wird. Auf 1. Mai-Demonstrationen gab es in mehreren Städten Care-Blöcke, auf denen Care-Beschäftigte ebenso wie familiär Sorgearbeitende ihre Forderungen in die Öffentlichkeit trugen.

Auch Kampagnenfeste auf öffentlichen Plätzen oder in Parks sind in verschiedenen Städten in Planung, sobald Corona das zulässt. Dort können Menschen gemeinsam tanzen und talken, essen und debattieren, spielen und sich gegenseitig schlau machen. Wir stellen

uns ein buntes Fest vor mit allen Generationen, mit Menschen jeder Hautfarbe, aller Geschlechter und Ethnien, mit Menschen, die schon lange vor Ort wohnen oder gerade erst hier angekommen sind. Dort sollen die vielfältigen Wünsche Raum bekommen und daraus gemeinsam politische Forderungen entwickelt werden.

Auf diesen Versammlungen auf öffentlichen Plätzen können wir der eigenen Sorgearbeit Beachtung schenken. Auch können wir uns dort über unsere konkreten Utopien austauschen. Das macht Mut, nicht locker zu lassen und weiter – auch wenn der Weg lang ist – für eine solidarische und ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu streiten. Ein solches Engagement, das sich für eine an Sorge und Solidarität orientierten Welt einsetzt und es mit der Einschränkung des individuellen Konsums und damit einer ökologischen Perspektive verbindet, kann dem eigenen Leben Sinn geben.

Wer sich für die Kampagne „Platz für Sorge“ interessiert, findet nähere Informationen unter <https://care-revolution.org/tag/platz-fuer-sorge/>. Mitstreiter*innen sind immer willkommen unter: platz_fuer_sorge@riseup.net.

Autorin

GABRIELE WINKER ist Sozialwissenschaftlerin, Care-Aktivistin und Mitgründerin des Netzwerks *Care Revolution*, das Ende 2020 die Kampagne „Platz für Sorge“ initiiert hat. Im März 2021 ist ihr neues Buch „Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima“ im transcript-Verlag erschienen. Siehe die Rezension in diesem Heft.

GROSSPUTZ! CARE NACH CORONA NEU GESTALTEN

Ein (hier gekürztes) Positionspapier zur Care-Krise aus Deutschland, Österreich, Schweiz August 2020

Initiativkreis: Margrit Brückner (Frankfurt), Eva Fleischer (Innsbruck), Claudia Gather (Berlin), Karin Jurczyk (München), Frank Luck (Basel), Maria S. Rerrich (München), Barbara Thiessen (Landshut), Bernhard Weicht (Innsbruck). www.care-macht-mehr.com

Die Auswirkungen der Corona-Krise im Care-Bereich sind nicht überraschend. Denn Krise war schon vorher im Erziehungs- und Gesundheitsbereich, in Sozialer Arbeit und im Familienalltag. Bereits im Sommer 2013 wurde dies von uns als Care-Krise skizziert.

Die Krise in Care-Bereichen, die durch die Corona-Pandemie nun noch viel deutlicher zu sehen und zu spüren ist, zeigt sich am ohnehin schon bestehenden Mangel an Pflegefachpersonen ebenso wie an der Not von 24-Stunden-Betreuerinnen aus osteuropäischen Ländern. Sie betrifft auch Familien mit Kindern, vor allem durch die Gleichzeitigkeit von Home-Office und Home-Schooling – insbesondere für Alleinerziehende eine unlösbare Aufgabe. Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige sind betroffen, letztere wurden nach der Schließung von Betreuungseinrichtungen als Unterstützungspersonal in Verantwortung genommen. Nicht zuletzt leiden Kinder und Jugendliche, die nicht mehr in Kindertagesstätten, Horte und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit gehen können. Zutage treten zudem Probleme, wenn Sozialarbeits-, Gesundheits- und Pflegestrukturen vor allem nach ökonomischen Kriterien ausgerichtet werden. Dies zeigt der eklatante Mangel an Personal und Ausrüstung. Deutlich wurde auch, dass diejenigen, die Care leisten, einerseits endlich als "systemrelevant" sichtbar und als solche auch beklatscht wurden, aber andererseits in den Krisenstäben und Expertengremien kaum vertreten waren.

Die Krise kann dann eine Chance sein, wenn nicht nur Prämien und Held*innen-

titel verteilt werden, sondern die Gelegenheit genutzt wird, unsere Gesundheits-, Sozial- und Wohlfahrtssysteme und somit die Gesamtheit von Care-Arbeit gesellschaftlich solidarischer zu organisieren und zu finanzieren.

Dazu wurden forschungsbasiert neun konkrete Arbeitspakete zusammengestellt.

Care-Reform-Arbeitspakete

I. Care Mainstreaming einführen!

Menschliches und gesellschaftliches Leben besteht aus Interdependenzen, denen mit unterschiedlichen Arten von Care begegnet wird. Eine faire Gesellschaft muss deshalb an diesen – für die Existenz aller – notwendigen Tätigkeiten und Bedarfen ausgerichtet werden. Care Mainstreaming heißt, dass bei politischen Maßnahmen aller Ressorts die Auswirkungen auf Menschen, die Care-Verantwortung tragen, die Care-Tätigkeiten leisten oder die Care benötigen, als verpflichtende Dimension bei Entscheidungen berücksichtigt werden.

II. Professionelle Care-Arbeit angemessen finanzieren und entlohnen!

Die Finanzierung von Kliniken, Pflege-, Sozial- oder Erziehungseinrichtungen muss am sozialpolitischen Auftrag orientiert sein und nicht an der Erwirtschaftung von Renditen.

Auch in Care-Berufen, die spezialisierte, oft hochqualifizierte Ausbildungen erfordern, ist eine angemessene Tarifierung von Care-Arbeit, die den spezifischen

Anforderungen der Tätigkeiten entspricht, wesentlich. Seit den 1980er Jahren gibt es ausgearbeitete Modelle der Arbeitsbewertung, die sowohl Beziehungskompetenzen als auch die unmittelbare Verantwortung für Menschen einbeziehen. Um mehr Macht in Tarifauseinandersetzungen zu haben, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen auszuhandeln, ist es erforderlich, dass sich deutlich mehr Beschäftigte aus dem Care-Bereich zusammenschließen und gewerkschaftlich organisieren. Solange dies nicht der Fall ist, ist die Politik gefordert, entsprechende Rahmenbedingungen und Mindeststandards zu setzen.

III. Arbeitsbedingungen in Care-Berufen verbessern!

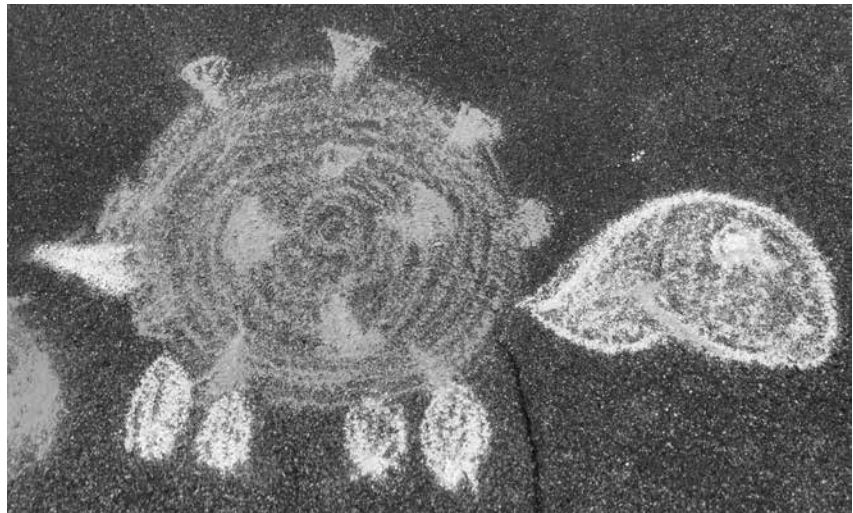
Der Mangel an Menschen, die in Care-Berufen wie Pflege, Soziale Arbeit oder Kindererziehung und -betreuung arbeiten wollen, ist über bessere Bezahlung allein nicht zu beheben. Ein wesentlicher Faktor sind die Bedingungen, unter denen professionelle Care-Arbeit heute geleistet wird. Das gesellschaftliche Image als zweite Wahl gegenüber der 'eigentlichen' Versorgung oder Betreuung in Familien ist ein weiterer Aspekt. Zudem sind flache Hierarchien, Mitbestimmung bei der Gestaltung von Arbeitsprozessen und kontinuierliche Weiterbildungsmöglichkeiten unerlässlich.

Prekarierte Angebote in Pflege und Betreuung, wie etwa die häusliche 24-Stunden-Betreuung, müssen neu geregelt werden: Ausreichende Sozialversicherung, angemessene Entlohnung, fairer Zugang zu Sozialleistungen, kontrollierte

Arbeitsbedingungen mit genügend Freizeit, menschenwürdige Lebensbedingungen in den Haushalten sowie ein sicherer Aufenthaltsstatus sind vorzusehen, ohne Pseudo-Selbständigkeit und Abhängigkeiten von Vermittlungsorganisationen. Ein erster Schritt wäre die Ratifizierung (Österreich) oder Umsetzung (Deutschland, Schweiz) der ILO-Konvention 189 für menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte. Darüber hinaus braucht es gesamteuropäische Zugänge, damit nicht die Lösung von Problemen in einem Land durch migrantische Arbeitskräfte zu einer Verschärfung der Care-Krise in deren Herkunftsländern führt.

IV. Mehr Zeit für Care im Alltag und im Lebenslauf!

Care braucht Zeit – im Beruflichen und im Privaten. Die jeweiligen Aufgaben sind nicht standardisiert, und die Qualität von Care hängt davon ab, situative Erfordernisse berücksichtigen zu können. Deshalb müssen Menschen unabhängig vom Geschlecht über ein Recht auf Zeit für Care-Aufgaben verfügen, das sie beim Berufseinstieg erhalten. Da ein erhöhter Pflege- oder Betreuungsbedarf jederzeit auftreten kann und oft nicht vorhersehbar ist, sind starre Regelungen - nicht besonders hilfreich. Das Care-Zeit-Budget sollte daher über den gesamten Lebensverlauf hinweg selbstbestimmt und flexibel für unterschiedliche Care-Aufgaben nutzbar sein. Und es muss mit einem Lohnersatzanspruch und sozialer Sicherung einhergehen. Ein solches "Optionszeitenmodell" (www.fis-netzwerk.de) zielt darauf, berufliche Unterbrechungen oder



Corona Tier. © Barbara Thiessen

Arbeitszeitreduzierungen für Care-Aufgaben für alle Menschen zu einer neuen Normalität zu machen. Wenn diese selbstverständlich werden, tragen nicht mehr vor allem Frauen die Risiken für Care-bedingte berufliche Auszeiten. Eine gleichere Verteilung von Care zwischen den Geschlechtern kann nur erreicht werden, wenn dieses Zeitmodell durch steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Regelungen (z.B. bei der Rente) und durch die Abschaffung des Gender Pay Gaps flankiert wird.

V. Digitalisierung und die Auswirkungen auf Care-Arbeit: Kritisch reflektieren und geschlechtergerecht organisieren!

Der hohe Ökonomisierungsdruck in Care-Institutionen treibt digitale Rationalisierungs- und Standardisierungsprozesse voran. Care-Arbeit ist aber nicht ohne weiteres durch digitale und virtuelle Angebote ersetzbar. Sie braucht unmittelbare

menschliche Interaktion, Kommunikation sowie Beziehungen aufgrund persönlichen Vertrauens. Neue Perspektiven sind nötig, um eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Technik zu entwickeln. Hierfür braucht es mehr Frauen als Entwickler*innen, die auch Care-Arbeiter*innen an der Technikentwicklung beteiligen, um ihr Erfahrungswissen einzubeziehen. Durch neue Online-Anbieter*innen, die flexibel buchbare Care-Arbeitskräfte vermitteln, bereitet sich aktuell ein neuer prekärer Markt in Privathaushalten aus. Eine Reihe von Start-ups der digitalen Plattformökonomie erzielen Gewinne mit App-basierter Vermittlung von Dienstleistungen. Die angepriesene Flexibilität bezahlen jedoch die Arbeitskräfte, auf die die sozialen Risiken abgewälzt werden. Deshalb braucht es spezifische arbeitsrechtliche Regulierungen in diesem Feld und einen umfassenden Schutz der Care-Arbeitskräfte in der Plattform-Ökonomie.

VI. Caring Communities: Sorgende Nachbarschaften fördern!

Wenn wir in der Corona-Krise eines gelernt haben, dann, dass es eine hohe Bereitschaft gibt, zusammen zu halten, aufeinander zu achten und füreinander zu sorgen. Nachbarschaften sind eine wichtige Ressource für das Alltagsleben, können aber nicht auf Dauer Leerstellen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates füllen. Deshalb braucht es heute und auf lange Sicht unterstützende Strukturen, z.B. Hauptamtliche aus der Sozialen Arbeit, die freiwilliges Engagement vernetzen und stärken. Zudem sind Anlaufstellen vonnöten, wie etwa Stadtteilcafés, Familienzentren oder Dorfläden. Beteiligungsprozesse in der Stadt- und Regionalplanung, um solche Begegnungsräume und ausreichende Infrastrukturen zu schaffen, sind dazu ebenso unumgänglich wie barrierefreies Bauen.

VII. Ausreichend Schutz vor Gewalt!

In Care-Kontexten müssen Wünsche, Ängste, Wut, Scham und andere Emotionen bearbeitet und Abläufe ausgehandelt oder zumindest gegenseitig akzeptiert werden. Care kann aufgrund von Missverständnissen, Vernachlässigung, Missbrauch oder Gewalt scheitern. Care-Arbeit ist eine Gratwanderung zwischen Zuwendung und Abgrenzung, zwischen Verantwortung und Bevormundung, zwischen Desinteresse und Selbstaufopferung. In asymmetrischen Kontexten sind Care-Beziehungen besonders fragil, und Gewalt bleibt oft unsichtbar. Übergriffe

haben in der Corona-Krise zugenommen, da es schwieriger ist, einander aus dem Weg zu gehen und mit zusätzlichem Stress umzugehen. Wir brauchen weitere Forschung, um zu untersuchen, wie sich Gewaltvorkommen verändert haben, und um die Auswirkungen und den Bedarf an Schutz- und Beratungsangeboten zu ermitteln.

Die Istanbul-Konvention des Europarats (in Kraft seit 1.8.14 in Österreich, 1.2.18 in Deutschland und 1.4.18 in der Schweiz) zielt auf die Wahrung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit, indem sie ein regelmäßiges Monitoring von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die Sicherstellung des Schutzes aller Gewaltopfer, bedarfsgerechte Schutz- und Beratungsangebote, einen wirksamen Schutz der Rechte von Kindern und die Beseitigung von Hindernissen für die Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen fordert.

VIII. Selbst- und Mitbestimmungsrechte von Care-Empfänger*innen ernst nehmen!

Im Zuge der Corona-Maßnahmen wurden freiheitsbeschränkende Entscheidungen in Institutionen, etwa Besuchs- und Ausgangsverbote, ohne die Einbeziehung von kontrollierenden Instanzen getroffen. Es war nicht mehr überall möglich, dass die Zuständigen für Heimaufsicht und gesetzliche Betreuer*innen/Erwachsenenvertreter*innen Besuche machen konnten. In den Krisenstäben waren Care-Empfänger*innen, z.B. Menschen mit Behinderungen, nicht vertreten. Die gesetzliche

Verpflichtung zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel für Inklusion wurde in Frage gestellt. Prinzipien der Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) müssen jedoch auch in der Krise gelten. Gleiches gilt für die Prinzipien der Kinderrechtskonvention. Dies bedeutet, dass Partizipation im Sinne von Mitbestimmung ("Mit uns, nicht über uns") an allen Entscheidungen, die Care-Empfänger*innen betreffen, umfassend verankert und umgesetzt werden muss. Wir brauchen Strukturen und Prozesse, die die Partizipation von Care-Empfänger*innen in Institutionen und in der Sozialplanung unterstützen.

IX. Europäische und internationale Solidarität stärken!

Die Corona-Krise hat gezeigt: Bei Gefahr wurde der Nationalstaat gestärkt und vor allem in diesem Rahmen Solidarität gezeigt. Europa steht aber für internationalen Zusammenhalt, grundsätzlich und gerade in Krisenzeiten. Es braucht deshalb Katastrophenschutzpläne, die länderübergreifend gelten, sowie unbürokratische Kooperationen, die gegenseitige Hilfe bei Care-Bedarfen ermöglichen. Zudem müssen Grundrechte wie Asyl und Recht auf reproduktive Selbstbestimmung garantiert bleiben.

Dies ist bei weitem keine erschöpfende Liste von Arbeitspaketen. Für die Umsetzung braucht es neue Allianzen zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen.

Kontakt

www.care-macht-mehr.com
Prof. Dr. Barbara Thiessen, Am Lurzenhof 1,
D-84036 Landshut.

FÜR EINEN MASSIVEN AUSBAU DES GESUNDHEITSWESENS STATT AUTORITÄREN MASSNAHMEN

Kollektiv feministischer Lookdown

Vor einem Jahr haben wir uns am 8. März noch frech die Straße genommen und mit dem Schwung des Frauenstreiks/feministischen Streiks vom 14.06.2019 Schweiz weit einen großartigen, kämpferischen Tag begangen. Wir standen am Anfang der Pandemie, und viele Menschen klatschten auf ihren Balkonen für das Gesundheitspersonal. Es schien plötzlich allen klar, dass Care-Arbeit systemrelevant ist. Ein Jahr später sehen wir, dass genau das Gegenteil des Erhofften eingetreten ist. Statt Aufwertung gab es Abwertung bis zur Lächerlichkeit, was sich z.B. an den „Boni für geleistete Arbeit“ zeigt, die aus 1x Gratisessen in der Kantine für 6 Euro oder einem Kinogutschein bestehen. Und statt dass sich die Einsicht durchgesetzt hätte, dass das Gesundheitswesen sofort ausgebaut werden muss, um für Zeiten mit vermehrten Krankheiten gerüstet zu sein, wird auf politischer Ebene weiter abgebaut.

Uns als linken Feministinnen war es von Anfang an wichtig, den patriarchalen, kapitalistischen Stimmen zu misstrauen, die sich plötzlich so um unser Wohlergehen zu sorgen schienen.

Wider autoritäres Regieren: Gesundheit als Klassenfrage

Der enge Zusammenhang zwischen Vermögen und Gesundheitszustand wird konsequent ignoriert – das zeigt sich auch im Ausblenden der Schäden, die die Lockdown-Massnahmen verursachen. Statt Angstmache braucht es einen radikalen Ausbau der Ressourcen und gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen

Die WHO-Kommission zu den sozialen Determinanten empfahl 2008 in ihrem Schlussbericht Maßnahmen zu verabschieden, um die Auswirkungen der Ungleichheiten in der Gesundheit innerhalb einer Generation zu beseitigen. Eine ihrer wichtigsten Leitlinien war der „Kampf gegen die ungleiche Verteilung von Macht, Geld und Ressourcen.“ In Spanien wurde die Empfehlung nicht umgesetzt, der neu erschienene nationale Atlas der Sterblichkeitsrate zeigt die brutalen Ungleichheiten in der Gesundheit auf. Und wie ist der Gesundheitszustand nach Klasse in der Schweiz? Wie geht es den gut verdienenden Home-Office-Arbeitenden in ihren Zweitwohnungen im Wallis gesundheitlich im Vergleich zu den schlecht Verdienenden – z.B. in der Pflege, im Detailhandel, in der Landwirtschaft, im Vertrieb und in der Logistik –, die trotz Corona vor Ort arbeiten mussten? Wir wissen es schlichtweg nicht.

Fatale negative Folgen für Care-Arbeiter_innen

Täglich erscheinen mehrere hundert Studien in Zusammenhang mit Covid19, aber keine kann die Wechselbeziehung zwischen sinkenden Ansteckungszahlen und Lockdown-Massnahmen eindeutig nachweisen, wie Ulrike Guérot in der Sendung Streitkultur des Deutschlandrundfunks am 23.1.21 erklärte. Vielmehr wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die Zahl der positiv Getesteten bereits klar am Sinken war, als im März und im Dezember 2020 der Lockdown bzw. wieder härtere Maßnahmen eingeführt wurden. Wir müssen darüber

diskutieren können, wem die Maßnahmen nützen und für wen sie fatale negative Folgen haben. Es ist zwingend notwendig, dass wir über die Zahlen reden, und zwar nicht über die absoluten Zahlen, denn jede tote Person ist eine zu viel, egal woran sie stirbt. Nein, wir müssen die Zahlen in unterschiedliche und aussagekräftige Bezugsrahmen setzen, damit wir wieder auf der Sachebene über Gesundheitspolitik diskutieren können. Angesichts der existierenden sozio-ökonomischen Ungleichheiten in der Gesellschaft ist der heraufbeschworene Gegensatz zwischen der Lebensqualität eines Großteiles der Bevölkerung und dem Funktionieren der Wirtschaft unsinnig, denn schlechte Arbeitsbedingungen und prekäre Wohnsituationen sind miteinander verknüpft und wirken sich auf die Gesundheit aus. Die Gesundheitspolitik ist spätestens seit den 1990er-Jahren und der Einführung der Fallpauschalen 2012 von Wirtschaftsinteressen durchdrungen. Auf dem Buckel der schlecht verdienenden Care-Arbeiter_innen werden in der Gesundheit Profite erwirtschaftet. Was aus linker Perspektive jetzt gefordert werden muss, sind Maßnahmen, die diese Ungleichheiten angehen, z.B. gute Arbeitsbedingungen insbesondere für Menschen, die in personenbezogenen Berufen arbeiten. Tove Soiland formuliert in einem Zeitungsartikel, weshalb es aus der Perspektive der feministischen Ökonomie an erster Stelle eine Verdoppelung der Ressourcen für das medizinische, Pflege- und Reinigungspersonal bräuchte. (ND, 6.2.21, s. Beitrag in diesem Heft)

Angstmache der Regierung

Seit Beginn der Pandemie schürt die Regierung Angst in der Bevölkerung mit Zahlen, die in keinen Zusammenhang gesetzt werden, und beschließt inkohärente Maßnahmen, die nicht immer auf erhärteten Erkenntnissen basieren. Die Philosophin Laura Llevadot und der Neurowissenschaftler David Bueno äußerten sich im Oktober 2020 wie folgt: „Angst ist ein wichtiges Einfallstor für Autoritarismus, für Gehorsam. Denn es erlaubt uns nicht, die Dinge zu durchdenken und zu reflektieren.“

Klassenunterschiede angehen

Immer weitergehende und kleinteiligere Maßnahmenkataloge zur Eindämmung der Pandemie gehen auf Kosten eines Teils der Gesellschaft und sind unsoziale Lösungen. Wir müssen uns von unserer Ablehnung der Klassenunterschiede leiten lassen. Und wir müssen auch darüber reflektieren, was innerhalb der Linken geschehen ist. Warum werden vorbehaltlos unsoziale Maßnahmenpakete unterstützt und dessen fatale Auswirkungen auf die Bevölkerung ignoriert?

Die Sparmaschinerie läuft unvermindert weiter

Es war nie ein Thema, auch nach der ersten Welle nicht, ins Gesundheitswesen zu investieren. Begründet wurde dieses Nichtstun mit Personalmangel. Anstatt eine Offensive für Personalgewinnung oder neue Spitäler mit mehr Betten zu starten, hat man den Sparkurs der letzten zwanzig Jahre beibehalten.

In der Pandemiesituation hätte die Gesundheitsökonomie die Chance gehabt, ihr in den letzten 20 Jahren umgesetztes

Management unter Beweis zu stellen. Ihr Scheitern zeigt der Beinahe-Kollaps in den Spitälern und die hohe Zahl von vorzeitig Verstorbenen in den Altersinstitutionen. Trotzdem wurden mitten in der Pandemie die Sparpakete des Bundesamts für Gesundheit umgesetzt und neue Sparmaßnahmen beschlossen. Diese führen zu mehr Stress in der Pflege und einer Entmündigung der PatientInnen.

Bildet Banden!

Wer wir sind und was unsere Ziele sind

Im März 2020 formierte sich das Kollektiv feministischer Lookdown. Seitdem setzt sich das Frauenkollektiv mit der gesellschaftlichen Situation in der Pandemie, mit den Maßnahmen und ihren Auswirkungen kritisch auseinander. Wir treffen uns regelmäßig, diskutieren, tauschen Artikel aus, verfassen Texte und publizieren Artikel, treten in Radiosendungen auf und produzieren für die feministische Radia (Radio Lora) regelmäßig Podcasts. Körperliche Nähe, gemeinsames Lachen und Essen sind das Fundament für unsere Beziehungen und für unsere kollektive Stimme. Das Verbalisieren, Diskutieren und Festhalten in der Gruppe ermöglichen uns das Weiter der auferlegten Einschränkungen. Die Treffen geben uns Luft für das Durchatmen, für das Kontextualisieren, für das In-Bezug-Setzen der Informationsfluten.

Nach wie vor finden wir es wichtig, linke und feministische Bündnisse zu finden und zu bilden, und zwar solche, die die Maßnahmen in der Pandemie kritisieren und die Krise feministisch definieren wollen.

Auf www.feministischerlookdown.org sammeln und veröffentlichen wir laufend relevante Beiträge für die Erhaltung der Kritikfähigkeit gegen Denkverbote durch Mainstream-Medien und Politik wie auch gegen die autoritarische Herrschaft von Taskforces, die andersdenkende WissenschaftlerInnen und andere Disziplinen als die Naturwissenschaften aus ihrer angeblich wissenschaftlichen Politikberatung ausschließen.



FRAUEN SIND DIE VERLIERERINNEN DER CORONA-KRISE

Femme fiscale fordert „Halbe-halbe“ Konjunkturpaket – für ein gutes Leben für alle

Frauen übernehmen die Krisenlast auch zu Hause und in der Gesellschaft. Diese unbezahlte Arbeit – allen voran sind das Haushalt, Kinderbetreuung, Pflege – wurde schon vor der Krise zu rund zwei Dritteln von Frauen geleistet. Und schon vor der Corona-Krise waren die Auswirkungen dramatisch: Mangelhafte eigenständige Existenzsicherung, Armutsgefährdung trotz Erwerbsarbeit und daraus folgende Altersarmut sowie starke gesundheitliche Belastungen. Frauen erhalten bereits jetzt rund 40 Prozent weniger Pension als Männer, wenn sie überhaupt Pensionsansprüche haben. Die Gründe: Frauen müssen Teilzeit arbeiten, um sich um Kinder und Pflegebedürftige kümmern zu können. In Frauenbranchen werden grundsätzlich niedrige Löhne bezahlt. Zudem werden Frauen auch bei vergleichbarer Tätigkeit noch immer niedriger entlohnt. In der Corona-Pandemie sind Frauen durch zusätzliche unbezahlte Betreuungsarbeit in Haushalten noch stärker belastet.

Frauen fungieren als Puffer

Aber das hat hohe Kosten: Die Notwendigkeit, mehr – niedrig bzw. unbezahlte – Pflegearbeit zu leisten, wird zusätzlich negative Folgen für die Alterssicherung von Frauen haben. Studien aus Deutschland und Österreich zeigen: Es sind vor allem Frauen, die ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren oder sogar ganz aussetzen, um ihre Kinder zu betreuen oder bei der Bewältigung der Schulaufgaben zu unterstützen – und somit weniger verdienen. Viele Mütter mussten während der Corona-Pandemie Urlaub nehmen, um die Kinder zu beaufsichtigen oder zu unterrichten.

Weder die Möglichkeiten noch die Kosten für die Betreuung im Sommer waren flächendeckend abgesichert. Eine Umfrage zeigt, dass Frauen mit Kindern während des Corona-Lockdowns 12,5 Stunden pro Woche (das sind 1,5 Vollzeit-Arbeitstage) mehr als Männer unbezahlt gearbeitet haben. Zusätzlich waren Frauen in Familien in Quarantäne oder mit finanziellen Sorgen während der Corona-Krise verstärkt von häuslicher Gewalt betroffen, wie Zahlen aus Österreich und Studien aus Deutschland belegen.

Die aktuelle Krisenpolitik der Regierung trägt all dem nicht Rechnung. Sie ist im Wesentlichen eine Politik von Männern für Männer, die Geschlechterverhältnisse ignoriert. Dementsprechend gibt es auch keine offiziellen Analysen zu den geschlechterspezifischen Auswirkungen der Maßnahmen. Konjunkturpaket der Regierung: Frauen bekommen um ein Viertel weniger.

Männer profitieren

Berechnungen von Femme Fiscale zeigen, dass Männer von den steuerpolitischen Maßnahmen des Konjunkturpakets in Summe um ein Viertel mehr profitieren als Frauen. Zudem handelt es sich bei jenen Maßnahmen, die das Verteilungsverhältnis für Frauen zumindest etwas verbessern, um Einmalmaßnahmen, die 2021 nicht mehr wirksam sind – darunter die Negativsteuer für Geringverdiener*innen und die Zuzahlungen zur Familienbeihilfe oder für Arbeitslose. Von der über 2020 hinaus gültigen Senkung der Einkommenssteuer werden Männer sogar um rund die Hälfte mehr profitieren als Frauen. Denn das untere Einkommensfünftel (die 20 Prozent mit den

niedrigsten Einkommen) profitiert de facto gar nicht – in dieser Gruppe sind jedoch 70 Prozent Frauen. Die bisherige Corona-Politik der Regierung weist auch bei den Investitionen eine deutliche Schiefelage zulasten von Frauen auf: Obwohl ein Teil der geplanten Investitionen, vor allem in Klimaschutz, wichtig ist, werden vom Ausbau erneuerbarer Energien, des öffentlichen Verkehrs sowie Gebäudesanierungen Großteils männlich dominierte Berufe profitieren. Diese Investitionen haben zudem vergleichsweise geringe Beschäftigungseffekte und geringe gesamtwirtschaftliche Wirkungen.

Aktuelle Krisenpolitik ist blind für Geschlechterverhältnisse: Deutliche Schiefelage zulasten von Frauen

Als Gegenprogramm zur bisherigen Krisenpolitik der Regierung fordert Femme Fiscale zusätzlich ein feministisches Konjunkturpaket

„Mehr für Care!“

Da „Care“-Investitionen wie Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und Gesundheit laut Studien doppelt so viele Arbeitsplätze wie Investitionen in „Beton“ schaffen, würde dies auch die Wirtschaft beleben. Allein die Hälfte des vorgeschlagenen Paketes schafft 165.000 bis 180.000 neue Jobs:

Das Kindergartenpaket von 2 Milliarden Euro würde 30.000 bis 45.000 Jobs schaffen, die Investitionen in Pflege rund 135.000 Arbeitsplätze. Aufgrund des hohen Anteils von Löhnen und Gehältern sind die positiven volkswirtschaftlichen Nachfrage-Effekte dieser Investitionen höher als bei den bisherigen

Maßnahmen der Regierung. Dazu kommen hohe Rückflüsse durch Steuern und Sozialabgaben, die sich auch für das öffentliche Budget rechnen. Zusätzlich verbessern diese Investitionen das Angebot an öffentlichen Leistungen, die alle Menschen nutzen können, und tragen zu einem guten Leben für alle Menschen bei. Und: Diese Jobs sind „grüne Jobs“ mit geringem CO₂-Ausstoß.

Femme Fiscale fordert Investitionen für ein gutes Leben für alle

Das feministische Konjunkturpaket *Mehr für Care!* zeigt den Weg in eine gute Zukunft für alle.

Das Paket im Ausmaß von 12 Milliarden Euro besteht aus 3 Teilen:

- Ein Zukunfts- & Bildungspaket im Ausmaß von 5 Milliarden Euro
 - Ein Pflegepaket im Ausmaß von 4 Milliarden Euro
 - Ein Solidaritäts- & Lebensrettungspaket im Ausmaß von 3 Milliarden Euro
- Investitionen in Kindergärten und Schulen verbessern nicht nur die Zukunftschancen unserer Kinder und die Arbeitsbedingungen vieler Frauen. Sie verbessern auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wovon Frauen und insbesondere Alleinerzieher*innen am stärksten profitieren. Und sie haben ein besonders hohes Potential als Wirtschaftsmotor.

In der Krise wurde einmal mehr deutlich, dass ohne die lebensnotwendigen Leistungen von Frauen – bezahlt und unbezahlt – Wirtschaft und Gesellschaft zusammenbrechen würden.

Deshalb: Mehr für Care! Für ein gutes Leben für alle!



Anmerkung

FEMME FISCALE ist eine Initiative von Gruppen und Netzwerken, die sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt. Mit dabei sind unter anderem Attac, Feminist Attac, Österreichischer Frauenring, Plattform 20000frauen, Katholische Frauenbewegung Österreichs, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, OBRA – One Billion Rising Austria, WIDE.

Das feministische Konjunkturpaket im Detail

finden Sie unter „Feministisches_Konjunkturpaket_final.pdf“ im Internet bei femme fiscale. Es kann heruntergeladen werden.

<https://www.attac.at/gruppen/querschnittsgruppen/feministattac/femme-fiscale>

Unter diesem Link kann auch die Petition unterzeichnet werden, mit der Regierung und Parlament aufgefordert werden, ein feministisches Konjunkturpaket im Ausmaß von 12 Milliarden Euro zu beschließen - für ein gutes Leben für alle!

ALLE RÄDER STEHEN STILL?

Zero Covid vernachlässigt die Erkenntnisse der feministischen Ökonomie sträflich

Tove Soiland

Als Marxistin und Feministin bin ich erstaunt über das, was uns neuerdings als linke „Alternative“ in der Coronapolitik angeboten wird. Der Unmut ist verständlich: Seit Anfang November ist Deutschland in einem Lockdown, der fast wöchentlich mit neuen Maßnahmen verschärft wird – und die Zahlen der positiv Getesteten steigen, davon nur minimal gedämpft, weiter. Grund genug, sich aus einer linken Perspektive nach einem Kurswechsel umzusehen. Doch genau das macht Zero Covid nicht. Es fordert mehr vom selben, nur härter, dafür solidarisch. Was das heißen soll und ob die Solidarität nicht spätestens dort endet, wo die geforderte Strategie nicht länger auf Zustimmung stößt, solche Fragen lässt der Aufruf diskret bei Seite. Irrelevant auch, dass der Einfluss verschärfter Lockdown-Maßnahmen auf das Infektionsgeschehen fraglich ist – was ein Blick auf die europäische Landkarte bestätigt: Diejenigen Länder, die die härtesten und längsten Lockdowns hatten, weisen die höchsten Sterblichkeitsraten auf.

Aber um solche Details kümmert sich der Aufruf nicht. Er möchte stattdessen „entschlossen für die Gesundheit der Beschäftigten“ eintreten und schlägt dafür eine „solidarische Pause von einigen Wochen“ vor. Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen, Schulen sollen geschlossen bleiben und das wäre der entscheidende Unterschied: Sein Lockdown heißt Shutdown, weil er auch die Arbeitspflicht aussetzen will. Spätestens hier stützt die marxistisch geschulte Feministin und fühlt sich in die Zeiten von vor '68 versetzt – wo es noch keine feministische Kritik an der linken Vorstellung von Wirtschaft gab, die feministische Ökonomie noch nicht das

Licht der Welt erblickt hatte und Gewerkschafter bei linker Politik mit Glanz in den Augen an ihre tapferen Arbeiter in den Fabriken dachten. Wo leben die Initiatoren dieses Aufrufs? Vor allem: In welcher Wirtschaft?

In welcher Wirtschaft arbeiten die Stillleger?

Vielleicht wäre es bei einer Krise wie der jetzigen, die offenbar etwas mit dem Care-Sektor zu tun hat, sinnig, sich einmal dem hier angehäuften feministischen Wissen zuzuwenden – auch aus einer linken Perspektive. Und nein, ich meine damit nicht, dass das Ganze mit einer antirassistischen LGBTQ-Rhetorik übergeben werden soll; das geschieht, aber hilft hier nicht weiter. Ich meine folgendes: In Deutschland arbeiten gegenwärtig 5,7 Millionen Beschäftigte in Fabriken. In der Gesundheitswirtschaft sind es 7,5 Millionen, das ist jede sechste Arbeitnehmende. Hinzu kommen die Beschäftigten im Sozialwesen, in der Kleinkindererziehung, in den Schulen und im Einzelhandel. Diese personenbezogenen Dienstleistungen, also Dienstleistungen, die eine physische Präsenz erfordern, umfassen laut verschiedenen Berechnungen der Feministischen Ökonomie rund ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes. Hinzu kommt, dass ein Teil der Industrie Nahrungsmittelproduktion ist, es gibt die Lebensmittelverarbeitung und die Landwirtschaft, die physische Logistik und das Transportwesen (inklusive Müllabfuhr, Post, Taxi und Verkehrswesen). Vermutlich ist es nicht falsch, davon auszugehen, dass damit alles in allem rund **50 Prozent der Beschäftigten in Branchen arbeiten, deren Stillle-**

gung ein Kollaps der Versorgung der Bevölkerung bedeuten würde.

Was heißt angesichts dieser Größenverhältnisse solidarischer Shutdown?

Nicht Industrienation sondern Care-Dienstleistungswirtschaft

Der Weg Richtung Zero Covid kann – abgesehen davon, dass sich ein Virus nicht einfach ausrotten lässt – deshalb nicht funktionieren, weil wir nicht in einer Industrienation, sondern in einer Care-Dienstleistungswirtschaft leben und wir auf diese rund 50 Prozent der Arbeiten nicht verzichten können; es sei denn, der Aufruf verstehe sich als – solidarischer – Aufruf zum mehrwöchigen Fasten und dem Verzicht auf die Inanspruchnahme medizinischer Dienstleistungen auf unbestimmte Zeit.

Frau wird das Gefühl nicht los, dass die Verfechter*innen von Lockdown-Maßnahmen einer bestimmten Schicht angehören: relativ gut abgesicherte Wissensarbeiter*innen mit Lohnfortzahlung in einer mehr oder weniger geräumigen Wohnung, die gewohnt sind, sich und ihre Kinder mehrheitlich an elektronischen Geräten zu beschäftigen. Dass dies ein kleiner Auszug aus der Arbeits- und Lebensrealität ist, und dass hier der Habitus einer ganz bestimmten Schicht generalisiert wird, geht in der Moral des Appells mit seinem Gestus von unten vollständig unter. So formuliert die linke, an der Oxford University forschende Epidemiologin Sunetra Gupta: „Lockdowns sind ein Luxus der Wohlhabenden; etwas, das sich nur die reichen Ländern leisten können – und selbst da nur die bessergestellten Haushalten in diesen Ländern.“

Warum werden die Schäden von Lockdown-Maßnahmen nicht thematisiert: Dass – einmal abgesehen vom Eurozentrismus, über den ausführlicher geschrieben werden müsste – wir eine ganze Generation von Kindern traumatisieren, dass sie Gewalt ausgesetzt sind in Familien mit beengenden Wohnverhältnissen, dass sich diese nicht in Wochen aufheben lassen, dass Jugendliche auf soziale Kontakte angewiesen sind, dass wir die Ältesten mit solchen Maßnahmen, wie immer deutlicher wird, gerade nicht schützen, da diese ihren Lebenswillen brechen. Wissen die Initiatoren, was es heißt, mit kleinen Kindern in engen Wohnungen eingesperrt zu sein? Und warum haben all diese Bevölkerungsteile kein Anrecht auf unsere Solidarität?

Feministischer Lookdown: Care-Notstand

Genau hier setzt das Kollektiv Feministischer Lookdown an, dem die Autorin selbst angehört. Ein Zusammenschluss linker Feministinnen, der sich im März 2020 formierte, um eine links-feministische Kritik an und Alternative zur offiziellen Lockdown-Politik zu formulieren, haben wir von Anfang an die Frage aufgeworfen, ob wir uns nicht, anstatt auf die (vermutlich unmögliche) Eindämmung des Virus, auf den Care-Notstand konzentrieren sollten – und ob nicht genau damit sehr viel mehr Tote zu verhindern wären. In unserer Wahrnehmung ist es der Pflegenotstand, der die meisten Toten verursacht. Führen wir uns vor Augen, dass zwei Drittel aller im Zusammenhang mit Covid19 Verstorbenen auf die Pflegeheime entfallen und vergegenwärtigt man sich

die desaströsen Arbeitsbedingungen sowohl in der Langzeitpflege wie in den Akutspitälern, so ist es unverständlich, warum eine seriöse Politik nicht vorrangig hier ansetzt: Es ist Stress, die permanente Unterversorgung an Personal, der moralischer Druck dem eignen Team gegenüber, trotz Krankheit weiterzuarbeiten, Erschöpfung, die dazu führen, dass die für den Schutz der vulnerablen Personen notwendige Sorgfalt nicht mehr aufrechterhalten werden kann. So zeigt die Stadt Tübingen, dass es auch anders geht. Mit einem gezielten Programm zum Schutze der älteren Bevölkerung (Taxis zu Bustarifen und gratis FFP2-Masken für alle Älteren, Gratis-Schnelltest für die ganze Bevölkerung, Einkaufszeiten für Senioren) ist es der Stadt gelungen, die Infektionen insbesondere in den Langzeiteinrichtungen beeindruckend gering zu halten. Es gab kaum Todesfälle im Zusammenhang mit Covid19. Warum orientiert sich die Linke nicht an diesem Modell?

Um dem permanenten Pflegenotstand in den Krankenhäusern, Langzeiteinrichtungen und in der ambulanten Pflege zu beenden, bräuchte es vermutlich die Verdoppelung der Ressourcen für das gesamte medizinische, Pflege- und Reinigungspersonal. Dies schiene uns der wirksamste Schutz der Bevölkerung, der vermutlich die meisten übrigen Maßnahmen überflüssig werden ließe – womit auch eine weitere Zuspitzung der gesellschaftlichen Polarisierung verhindert werden könnte. Doch vergegenwärtigen wir uns, was dies nationalökonomisch bedeutet, wird verständlich, warum ein solcher Vorschlag kein Gehör findet. Das Gesundheitswesen umfasst heute in den



meisten europäischen Ländern rund 12 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Würden die darin involvierten Ressourcen nicht nur verdoppelt, sondern konsequent der privaten Kapitalverwertung entzogen und gleichzeitig der öffentlichen Finanzierung unterstellt, so käme dies einer radikalen Umwälzung gegenwärtiger kapitalistischer Ökonomien gleich.



Kapitalismus tatsächlich zur Kasse bitten

Ein einfaches Beispiel mag dies verdeutlichen: Obwohl die Schweiz sich in der Finanzierung der bisherigen Lockdown-Schäden als relativ großzügig erweist, bleiben die Beiträge der bisherigen Hilfspakete weit hinter den jährlichen staatlichen und privaten Ausgaben für das

Gesundheitswesen zurück. Ökonomisch gesehen lohnt es sich offenbar für die private Kapitalakkumulation, ab und zu einen Lockdown zu finanzieren, und dafür das öffentliche Gesundheitswesen weiterhin kaputtzusparen. Der nachhaltige Ausbau der Pflegeversorgung wäre viel teurer, da es sich um jährlich wiederkehrende Beträge handelt. Über diese

Größenrelationen und den darin enthaltenen Konflikt – zwischen einer Wirtschaft, die arbeitsintensiv ist, aber dem Wohl der Bevölkerung dient, und einer Wirtschaft, die, wenn auch hochproduktiv, primär der privaten Kapitalakkumulation dient – über das spannungsreiche Verhältnis zwischen diesen beiden Wirtschaftsweisen müssten wir diskutieren. Doch genau von diesem Konflikt lenkt die merkwürdige Debatte rund um Zero Covid ab, merkwürdig deshalb, weil sie jeglicher sachlichen Grundlage entbehrt.

Alles Bullshit? Es geht um den Schutz der Beschäftigten? Hierzu möchte ich folgende Zahlen anfügen: In der Schweiz sind in der Gruppe der unter 60-Jährigen bisher 188 Personen an Covid19 gestorben. 2018 sind an Erkrankungen der Atemwege in der Gruppe der unter 65-Jährigen 321 Menschen verstorben. Auch hier wären Größenrelationen zentral. Von einem Massensterben zu sprechen, ist jedenfalls unseriös. Covid19 ist für Ältere eine gefährliche Krankheit. Diese gezielt zu schützen ist möglich, ohne Lockdown, aber mit Mitteln, die den Kapitalismus tatsächlich zur Kasse bitten.

Anmerkung

Dieser Beitrag ist am 5.2.2021 in der Zeitschrift „Neues Deutschland“ erschienen.

Ich danke meinen Mitstreiterinnen des Kollektiv Feministischer Lookdown, in deren Namen ich diesen Beitrag geschrieben habe. Mehr unter: <https://www.feministischerlookdown.org/>.

Autorin

TOVE SOILAND ist Historikerin und feministische Philosophin. Sie lehrt an Universitäten in der Schweiz, in Österreich und Deutschland und arbeitet einerseits zu Fragen feministischer Theorie und politischer Ökonomie, andererseits zum Verhältnis von Marxismus und Psychoanalyse.

DAS SETZT DEN ZUSTÄNDEN DIE KRONE AUF

Ein kleiner Bericht zur Lage

Birge Krondorfer

„Klarstellung. ... Ich habe nie in Frage gestellt, daß es Maßnahmen geben muß.

Im Gegenteil. ... Es geht um die Art und Weise der Verordnung dieser Maßnahmen und darum, wie diese Art und Weise die Bürgerinnen und Bürger unterschätzt und in ihrer Not und Sorge nicht ernst nimmt. ... Ich möchte einfach demokratisch angesprochen werden, worin dann ja auch der Beweis läge, daß es sich um eine demokratische Regierung handelt.“

Marlene Streeruwitz, 09.01.2021

Dieser Beitrag beginnt mit einem Geständnis. Ich gestehe, dass ich – anfangs im Modus der Empörung auf die Maßregelungen reagierend und inzwischen etwas demütiger geworden – wirklich nicht weiß, ob das Regierungshandeln in Coronazeit in Grundzügen befürwortbar oder abzulehnen ist. Nur eins ist gewiss: Ich möchte nicht in der Haut derjenigen mit Regierungsverantwortung stecken. Denn wie es auch gedreht und gewendet wird, niemand kann da substantiell etwas Gut(es) machen, keine/r kennt das richtige Maß, jeder Maßstab entpuppt sich als falsch. Deshalb ist Skepsis gegenüber eindeutigen Stellungnahmen geboten, auch gegenüber dem eigenen Unbehagen – was die Maßnahmen betrifft und die Selbstschutzhysterie wie umgekehrt die Fremdgefährdungsleichtfertigkeit diverser Zeitgenoss/innen.

Verwirrungen

Ein Unbehagen, das mehr einer verallgemeinerbaren Fassungslosigkeit gleichkommt. Epidemien, das war immer woanders, in Afrika und so. „Man fühlte sich sicher, gefahrlos nahezu, denn der Großteil der Gesellschaft hatte als

nachgeborene Generationen nichts anderes erfahren als das Glück weitgehender Freiheit und Sicherheit. Warum, so dachte man, sollte sich das jemals ändern?“ (Ingruber 2021) Doch jetzt ist das hier – und unsere Gesellschaften sind zutiefst verunsichert.

Eines der Grundprobleme, das viele – auch die Teilnehmer/innen gewaltträchtiger Coronaleugnerdemonstrationen, ob uns das nun gefällt oder nicht – umtreibt, ist die Frage nach dem Komplex Sicherheit versus Freiheit, bzw. Allgemeinschutz versus Demokratie. Ist die Preisgabe demokratischer Grundrechte der Preis für unseren Schutz? Denn pointiert gesagt gilt: sind alle gestorben, ist es egal, in welcher politischen Organisationsform wir leb(t)en. Und selbst dabei tut sich ein Paradox auf, nämlich „die Gewissheit, dass vielleicht die ansteckende Epidemie besiegt werden kann, niemals aber der Tod selbst – als Medium der Gleichheit, der Demokratie, einer Egalität, die alle Unterschiede auslöscht, das vielleicht sogar ein Ideal der Solidarität in Erinnerung ruft: Wir sind alle sterblich.“ (Macho 2020)

Demokratie steht auf dem Prüfstand

Und doch, ja, die Demokratie steht auf dem Prüfstand. Feministisch betrachtet gab es allerdings immer schon die Gegebenheit, dass Frauen bislang weder in Sicherheit noch in Demokratie ‚schwelgen‘. Nun setzt Corona dieser Lage sozusagen wörtlich die Krone auf.* Das Hin und Her, das Auf und Ab der Maßregelungen provozieren eine Destabilisierung von Demokratie und ihrem Rechtssystem: Die Verunsicherung der Leute

verursacht ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Rechtsstaat und das führt subkutan in diktatorische Sphären. Autoritäre Gelüste so mancher Regierungsbeteiligter korrespondieren mit der Sehnsucht vieler Menschen – gerade in Österreich – autoritär gelenkt zu werden. Hinzu kommt die Tendenz zu nekropolitischen Ambitionen, was hierzulande weniger offensichtlich ist wie anderenorts, bspw. in Brasilien: der Regierungschef verlächerlicht die Ansteckung und nimmt den Tod jener Untertanen in Kauf, die ohnehin unliebsam sind: Arme, people of color, Gettobewohner/innen, Alte – also ‚unnütze‘ Teile der Bevölkerung.

Was zu sagen ist

Unsere Gesellschaften müssen – und noch können sie – einen Umgang mit der Pandemie finden, der nicht das gesamte soziale, ökonomische, künstlerische, kulturelle, bildungsmäßige, arbeitsweltliche Leben gefährdet. Der Eindruck irrationaler Reglementierungen – die Kulturblockaden und Bildungsschrumpfungen, die Ausgangssperren für Draußen, das Einsperren in kleine Innenräume, die überfüllten öffentlichen Verkehrsmittel, die Sportverbote im Freien – entspricht der prinzipiellen Desorientierung wie über das ganze reale Schlamassel zu denken sei.

Aktuell ist zur Kenntnis zu nehmen: „In Europa hat die Zahl der Coronavirus-Toten ... die Schwelle von einer Million überschritten ... (und) ist damit die Region mit der höchsten Opferzahl der Pandemie, gefolgt von Lateinamerika und Nordamerika.“ (news orf.at. 12. April 2021) Wobei diese Statistik keine Relation zur jeweiligen Bevölkerungsanzahl

herstellt. Trotzdem, immer noch meinen unsere Regierungsriegen von anderen Weltregionen nichts lernen zu können. Typisch alteuropäische Hybris? Indessen darf das Faktum einer hochansteckenden Krankheit nicht dazu führen, dass Regierungen den permanenten Ausnahmezustand errichten und demokratische Verfahren aussetzen. „Die öffentliche Debatte muss also dafür sorgen, dass sich die handelnden Akteure – vor allem der Nationalrat und die Bundesregierung – an die Grund- und Menschenrechte halten und deren Beschränkungen fortgehend rechtfertigen müssen. ... Natürlich gibt es einen Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum, in dessen Rahmen man die Einschränkungen ganz aufheben, sie aber auch punktuell wieder einführen kann. Aber dieser Spielraum ist nicht unbegrenzt und bleibt etwa in Ansehung der Verhältnismäßigkeit, der Kohärenz und Gleichheitskonformität überprüfbar. ... Die Versammlungsfreiheit ist von essentieller Bedeutung für die Demokratie – gerade in Krisenzeiten. ... ‚Shoppen ja, Demonstrieren nein!‘ ließe sich als einseitige Höhergewichtung von (absolut nachvollziehbaren) volkswirtschaftlichen Interessen nicht begründen.“ (Fremuth 2020) Wir sind aufgefordert höchst aufmerksam zu bleiben, damit sich demokratische Rechte nicht hinterrücks davonschleichen. Das ist unsere demokratische Pflicht. Dazu gehört es auch besonders jene Positionen der Kritik wahrzunehmen, die sich auf das beziehen, was die Umgänge mit der Pandemie an bereits vorhandenen gefährlichen Zuständen und miserablen Verhältnissen forcieren und zu verfestigen drohen.

Diktatur am Horizont

Es wird zunehmend – und zwar von links bis rechts – von einer Herrschaft der Angst gesprochen. Davon, dass die Gefahr zwar reale Gründe hat (so man nicht verschwörungsbeseesen ist), aber diese Bedrohung instrumentalisiert wird um das soziale Leben durchzukontrollieren und zu begrenzen. Für links ist das Autoritäre schon im Liberalismus enthalten, für rechts gilt (scheinbar) Ähnliches, wenn in einer Kundgebung gegen die CoV-Maßnahmen in Wien Transparente mit Aufschriften wie „Kurz ist der Weg in die Diktatur“ hochgehalten werden. Der entscheidende Unterschied liegt aber darin, dass es diesen Mitbürger/innen weniger um Demokratie als um persönliche Freiheitseinschränkungen geht. „Man ersehnt ein anderes System, um die eigene Freiheit zurückzugewinnen, und übersieht, dass das neue System, das im Sinne der Querdenker, QAnon- oder anderer Gruppen die Rettung bringen soll, an keinerlei Verfassung und Regeln mehr gebunden ist und dadurch erst recht eine Alleinherrschaft, die Diktatur, bedeuten wird.“ (Ingruber 2021)

Wobei es nicht nur um die Gefährlichkeit einer politischen Diktatur geht, sondern um die Gefahr einer ökonomisch-technologischen, die bereits im Vormarsch ist. „Die fast weltweit gesetzten Maßnahmen gegen die Verbreitung von Covid-19 beschleunigen einen Prozess, der schon seit Jahrzehnten im Gange ist. Es geht um nicht weniger als um die Wende ... in ein kybernetisches Zeitalter. In ihm sind Technologien vorherrschend, die maximale Anpassungsfähigkeit, Selbststeuerung, Kontrollierbarkeit ... sowie

individuellen und situativen Ressourcen- und Energieeinsatz gewährleisten.“ (Hofbauer, Komlosy 2020) Diese Technologien sind extrem kapitalintensiv und führen zu demokratiegefährdenden Zusammenballungen ökonomischer Herrschaft.

Wie immer – nur schlimmer

Diese Dominanz gründet in der westlichen und männlich codierten Fortschrittsideologie, die alle Natur angeeignet, unterworfen und ausgebeutet hat, weshalb vom irreversiblen Zeitalter des Anthropozäns gesprochen wird, eine Erkenntnis, die nicht zuletzt durch die Klimakrise populär geworden ist. „Die anthropozäne Welt beruht auf gigantischen technologischen Infrastrukturen, die sich über den ganzen Planeten erstrecken, von Staudämmen über Raffinerien, Flughäfen, Straßen- und Eisenbahnnetzen bis zu Ölpipelines, Lieferketten zwischen verschiedenen Produktionsstandorten und digitalen Infrastrukturen mit ihren weltumspannenden Kabelnetzwerken und Serversystemen. Diese Infrastrukturen werden mehr und mehr digital miteinander vernetzt und entwickeln sich zu einer eigenen Sphäre, der Technosphäre.“ (Scherer 2020) Die globale Verkabelung garantiert einerseits unseren für selbstverständlich gehaltenen Wohlstand und verursacht andererseits weltweite Abhängigkeiten, was uns durch die Verbreitung des Virus in einer bisher ungekannten Geschwindigkeit erst so richtig klar geworden ist.

Bewusst werden sollte uns auch, dass wir zunehmend von der Technosphäre in Form der Digitalisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche abhängig werden, was durch die Pandemie noch forciert wird.



Dieser längst global eingesetzten Transformation haben sich bislang fraglos alle, auch kritische Geister, unterworfen. Die Kommunikation über die sogenannten sozialen Medien reduziert unsere leibhaftigen Kontakte, konkrete Begegnungen erscheinen als überflüssig, gar als potentiell gefährlich. Am Geld können Krankheitserreger kleben, also besser mit Karte zahlen oder ausbeuterische Online-dienste in Anspruch nehmen. In diese und endlos weitere entfremdete Verhaltensweisen und maschinisierte Verhältnisse sind wir bereits eintrainiert und richten uns danach. Die Pandemie intensiviert dieses Regiertwerden; beim postpandemischen Erwachen wird alles wie immer, nur viel schlimmer geworden sein. Wenn wir nicht aufpassen.

Wir müssen grundlegend umdenken. Es geht nicht nur darum das (welthistorisch betrachtet) Momentum der Demokratie zu erhalten, sondern sich gegen eine Digitalokratie zu wehren. Es geht darum unsere Lebensbedingungen mit all ihren Annehmlichkeiten und Ansprüchen infrage zu stellen. Heute wurde ich geimpft.

Anmerkung

* Das zeigt auch die aktuell entsetzliche Situation der Basisarbeiterinnen (vielfach Migrantinnen) – und aller Mütter mit minderjährigen Kindern. Die vor einem Jahr als Heldinnen des Alltags Beklatschten sind großteils inzwischen die Gewatschten: aggressive Kund/innen, überfüllte Krankenstationen, homeschooling ohne Ende, und ...und Doch ist kaum Hilfe, geschweige denn eine angemessene Bezahlung in Sicht.

Literatur

FREMUTH, Michael Lysander: Ein Interview mit dem Menschenrechtsexperten über Grund- und Bürgerrechte. Online abrufbar.

HOFBAUER, Hannes, KOMLOSY Andrea: Corona-Krise: Anschlag für eine kybernetische Wende. Online abrufbar.

INGRUBER, Daniela: Demokratie als Dystopie. Online abrufbar.

MACHO, Thomas: Ansteckendes Lachen. In Zeiten der Seuche lachten sogar die Toten. Woher kommt die makabre Beziehung zwischen Pest, Corona und Humor? Online abrufbar.

SCHERER, Bernd: Leben im Anthropozän: Die Pandemie ist kein Überfall von Außerirdischen, FAZ 4.5.2020. Online abrufbar.

Autorin

BIRGE KRONDORFER ist politische Philosophin, feministische Aktivistin, Erwachsenenbildnerin, Organisatorin, publiziert in kritischer Perspektive zu Theorien und Praxen der Geschlechterverhältnisse und ist speziell engagiert in der Bildungsstätte Frauenhetz/Wien.



Warum die Pandemie „lebensbedrohlich“ für geflüchtete Frauen ist

UNO-Berichte über Gewalt, Zwangsheirat, Kinderarbeit und Teenager-Schwangerschaften seien „extrem besorgniserregend“. Durch steigende Armut seien Frauen vermehrt Spannungen in ihren Familien ausgesetzt. Zudem steige das Risiko für sexuelle Gewalt und Ausbeutung. Viele Mädchen müssten auch aus wirtschaftlichen Gründen die Schule abbrechen, und würden dann in die Arbeit oder Ehe gedrängt.

(*kurier.at*, 8. März 2021)

Starker Jobverlust auf dem Land – Frauen oft „Randbelegschaft“

Die Frauenarbeitslosigkeit ist in ländlichen Gemeinden durch die Pandemie um zwei Drittel gestiegen. Frauen sind vom Anstieg der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als Männer – und zwar besonders auf dem Land. Das zeigen von OGM und APA ausgewertete Arbeitsmarktdaten. Demnach sind in ländlichen Gemeinden fast 70.000 Frauen auf Jobsuche – um 65% mehr als vor einem Jahr. Bei den Männern beträgt das Plus auf dem Land „nur“ 28%. Als Gründe nennt das AMS Branchenunterschiede, vermutet aber auch, dass Frauen vielfach zur „Randbelegschaft“ gezählt und zuerst gekündigt werden

(*dieStandard.at*, 8. März 2021)

Sexarbeit: Die prekäre Lage spitzt sich zu

Sexarbeiter*innen fehlen in der Pandemie Verdienstmöglichkeiten – auch die Stigmatisierung hat drastische Folgen. Die Pandemie setzt Branchen, die von prekären Beschäftigungsverhältnissen geprägt sind, ganz besonders zu – so auch der Sexarbeit. Ein Jahr lang konnten Sexarbeiter*innen in Österreich kaum legal ihre Dienste anbieten, mit der aktuellen Covid-19-Verordnung sind nun auch Hausbesuche bei den Kund*innen bis auf weiteres verboten. Abseits der prekären ökonomischen Lage hätten Sexarbeiter*innen zunehmend mit Isolation zu kämpfen. Soziale Kontakte über die Arbeit fehlen, auch der Zugang zu Informationen sei so erschwert.

(*dieStandard.at*, 4. April 2021)

Corona-Situation führt zu Anstieg bei Kinderehen

Soziale Isolation und steigende Armut werden laut Unicef bis Ende des Jahrzehnts zu zehn Millionen zusätzlichen Kinderehen führen. Am Internationalen Frauentag warnt Unicef, dass eine Errungenschaft des letzten Jahrzehnts – die Verhinderung von 25 Millionen Kinderehen – durch Corona ernsthaft bedroht sei. Zehn Millionen zusätzliche Kinderehen könnten bis zum Ende des Jahrzehnts geschlossen werden, so eine Analyse, die Unicef laut Aussendung am Montag veröffentlicht. In Österreich sind laut Regierung jährlich 200 Kinder von Zwangsehe betroffen. Pandemiebedingte Reisebeschränkungen und räumliche Distanz erschwerten Mädchen den Zugang zu medizinischer Versorgung, sozialen Dienstleistungen und gemeinschaftlicher Unterstützung, die sie vor Kinderehen, ungewollter Schwangerschaft und geschlechtsspezifischer Gewalt schützen. Da die Schulen geschlossen bleiben, sei es wahrscheinlicher, dass Mädchen ihre Ausbildung abbrechen und nicht zum Unterricht zurückkehren werden. Arbeitsplatzverluste und erhöhte wirtschaftliche Unsicherheit könnten Familien auch dazu zwingen, ihre Töchter zu verheiraten, um die finanzielle Belastung zu verringern.

(*dieStandard.at*, 8. März 2021)

Sondersitzung zum Frauentag – Für Rendi-Wagner hat es sich „ausgeklatscht“

„Frauen fühlen sich von Regierung im Stich gelassen“, so leitete die SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner die Sondersitzung am Internationalen Frauentag im Parlament ein.

Der Frauentag sei kein Tag der Partys und Feierlichkeiten, sondern ein Tag des Kampfes und des Protests für mehr Gerechtigkeit und weniger Ungleichheit, erklärte Rendi-Wagner. Die Ungleichbehandlung von Frauen setze sich in der Krise fort und verschärfe sich sogar. Auf unterschiedlichsten Ebenen sei anzusetzen: „Das Wichtigste ist, dass rasch und konsequent gehandelt wird.“ Die Situation der Frauen am Arbeitsmarkt habe sich in diesen letzten zwölf Monaten gravierend verschlechtert: „Ja, es hat sich ausgeklatscht für all diese Frauen, die davon betroffen sind.“

(*kurier.at*, 8. März 2021)

WORTRAUM

Annemarie Regensburger

Pandemie

Wieder triffts
die Weiberleit
wieder wearn
viel Weiberleit
ihr Arbet verliern
und schaugn miaßn
wie se durchkemen –
wieder weards hoabn:
d' Weiberleit
sellen derhuem bleibm
oarndlig
die Kinder derziehchn
und noch die Altn pflegn –
wenn decht
dia Weiberleit
endlich wieder tatn
wie ma alm toun

Donnerstag 21. Jänner 2021

Equal Pay Day

Ab heute
arbeiten Frauen
bis zum Jahresende
umsonst
Versorgungstätigkeit
sowieso unbezahlt
Alleinerzieherinnen
alte Frauen
die ihr Leben lang dienten
haben auch keinen Grund
übermütig zu werden -
Frauenarmut
hat System

Montag, 12. Oktober 2020

Viren

Der Tod
eines Afroamerikaners
löst eine Welle
der Empörung aus
Rassismus
das älteste Virus
läßt Menschen
mit unterschiedlichen
Hautfarben
und Religionen
dagegen protestieren –
für kurze Zeit
rückt jetzt
neues Virus
in den Hintergrund –
Viren sind
schwer auszurotten

Sonntag, 24. Mai 2020

Muttertag

In heroischen Zeiten
wieder ein Mutterbild
aus der Mottenkiste
hervorholen
das in nationalsozialisti-
scher Zeit
mit dem Mutterkreuz
belohnt wurde
und hinter
mottenzerfressener Maske
ja und amen dazu sagen –
anstatt
die Mottenkiste
samt Motten
gleich wieder
zu verschließen

Sonntag, 10. Mai 2020



ANNEMARIE REGENSBURGER

geb. 1948 in Sams, lebt in Imst, gelernte Köchin, verheiratet, drei erwachsene Kinder, arbeitet als Literatin, Erwachsenenbildnerin, Hausfrau. Schreibt seit 1980 Lyrik/Kurzprosa im Dialekt und in Schriftsprache. Aus einer sprachlosen Kindheit die Sprache erkämpft, den Blick geschärft auf Missstände, auf mögliche Antworten, die das Leben schreibt, gerichtet. Sie ist mit ihrer offenen sozialkritischen Literaturpräsenz in Dialekt und in Standardsprache weit über Tirol hinaus anerkannt.

[www. annemarieregensburger.at](http://www.annemarieregensburger.at) – hier sind auch all ihre Publikationen zu finden.

Ankunft

Zweihundertzweiunddreißig
rumänische und bulgarische Frauen
schreiten die Gangway hinunter
dieses Mal kommen sie nicht
in klapprigen Bussen
begrüßt mit Applaus
plötzlich Alltagsheldinnen
zwei Wochen Quarantäne
im besten Hotel
in edlem Damast
geschlafen noch nie
jetzt
verkehrt sich Manches

Montag, 30. März 2020

Unbehaust

Im Haus
Stille
Zeit
im Wirrwar
der Meinungen
eigenen Gedanken
nachzuhängen
Zeitung vollgefüllt
mit neuen Regeln –
für Unbehauste
in Österreich
noch immer
kein Platz

Montag, 21. September 2020

BARBARA HUNDEGGER ERHÄLT LITERATURPREIS

Der AEP gratuliert herzlichst

Im Rahmen der Österreichischen Literaturpreise erhält Barbara Hundegger den Kunstpreis 2021. Nach dem Landespreis für Kunst im Herbst 2020 folgt nun der Österreichische Kunstpreis für Literatur der Republik. Dieser wird für das literarische Gesamtwerk einer österreichischen Autorin* bzw. eines österreichischen Autors vergeben und ist mit 15.000 Euro dotiert.

„Barbara Hundegger setzt in ihrer sprachmächtigen Arbeit die Poesie als Instrument ein, um einen offenen, klaren Blick auf die Realität zu werfen und diese gleichzeitig, oft mit feinem Humor, zu hinterfragen“, so die Jury in ihrer Begründung: „Sie ist bestens vertraut mit den lyrischen Traditionen, die sie aufgreift, umdenkt und weitertreibt. Herrschaftsverhältnisse stehen dabei genauso im Mittelpunkt ihres literarischen



© aep

Spiels wie die Phrasenhaftigkeit der Sprache des Alltags. Aber das Spiel mit und um Sprache ist keinem Selbstzweck geschuldet, sondern stellt ein probates

Mittel der Analyse und Erkenntnis dar, auch vor einem (gesellschafts)politischen und feministisch geprägten Hintergrund.“ *Quelle: orf.at. Sy.A*



© haymonverlag.at

ANRUFEN – AUSHANDELN – ANTWORTEN

Verletzbarkeit & Institutionen

Tagung vom 28. – 29. September 2021 an der Universität Innsbruck

In Zeiten der Krise treten verschiedene Dimensionen von Verletzbarkeit deutlich zutage, da grundsätzlich alle Menschen verwundbar sind. Die Art und Intensität der Verletzbarkeiten konstruiert und reproduziert sich jedoch erst in gesellschaftlichen Strukturen, habituierten Praktiken und institutionalisierten Zusammenhängen. Darüber hinaus ist die Ungleichverteilung verschiedener

Verletzbarkeiten innerhalb einer Gesellschaft weder zufällig noch beliebig, sondern wird fortwährend erzeugt und ist gar konstitutiv für die Gesellschaftsordnungen der kolonialen Moderne. Bei Verletzbarkeit handelt es sich also um einen ambivalenten Begriff.

Im Fokus dieser Konferenz stehen die Fragen, wie Dimensionen der Verletzbarkeit durch Anrufung und soziale, kulturelle, politische Praktiken (doing vulnerability) institutionell hergestellt und perpetuiert werden.

Veranstaltet wird diese Tagung vom Institut für Zeitgeschichte, Institut für Philosophie und Institut für Geschichtswissenschaft und Europäische Ethnologie der Universität Innsbruck in Kooperation mit der Abteilung Kulturwissenschaft der Kunstuniversität Linz und dem DK Dynamiken von Ungleichheit und Differenz im Zeitalter der Globalisierung der Universität Innsbruck.

<https://www.hsozkult.de/event/id/event-97199>

Türkei: Austritt aus Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen

Die Türkei ist aus der sogenannten Istanbul-Konvention ausgetreten, die Gewalt gegen Frauen verhindern und bekämpfen soll. Eine entsprechendes Dekret des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan wurde in der Nacht zu Samstag im Amtsblatt veröffentlicht. Die Entscheidung stieß auf scharfe Kritik. Erdogan hatte erst Anfang März einen „Aktionsplan für Menschenrechte“ angekündigt, darunter den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen.

Die Istanbul Konvention – eine internationale Vereinbarung – war 2011 vom Europarat ausgearbeitet worden und sollte einen europaweiten Rechtsrahmen schaffen, um Gewalt gegen Frauen zu verhüten und zu bekämpfen. Erdogan selbst hatte die Konvention in Istanbul – dem Ort der finalen Einigung – unterschrieben, damals noch als Ministerpräsident. Später wurde sie in der Türkei zwar auch entsprechend ratifiziert, laut der Organisation „Wir werden Frauenmorde stoppen“ aber nie angewendet.

Das österreichische Außenministerium erklärte auf Twitter: „Wir bedauern zutiefst die Entscheidung der Türkei, sich aus der Istanbul-Konvention zurückzuziehen. Die Verhütung und Bekämpfung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung.“

(wienerzeitung.at, 20. März 2021)

Ein unkämpftes Recht: Wie Frauen weltweit für sichere Abtreibung kämpfen

Auf der ganzen Welt unterbrechen Frauen ihre Schwangerschaften, ob Politik, Kirche oder die konservative Pro-Life-Bewegung es wollen oder nicht. Dort, wo sie es nicht wollen, sind wütende Frauen zu sehen. Sie säumen die Straßen von Buenos Aires, Dublin oder Warschau und rufen Parolen in Richtung Staat, dass ihre Körper ihnen gehören. Ganz klar scheint das nämlich nicht zu sein: Gerade erst hat Polen das Recht auf Abtreibung de facto ausgehebelt, was Polinnen zu Tausenden aufmarschieren ließ; und sie nun in die Nachbarländer treibt, um es ebendort zu tun – in Unsicherheit und Angst.

Zu restriktiven Gesetzen gesellte sich im vergangenen Jahr dann auch noch die Corona-Pandemie. Selbst in Ländern mit liberaler Gesetzgebung war der Zugang plötzlich nicht mehr gesichert: Ausgangsbeschränkungen, Einstellung von Beratungsgesprächen oder Dienstleistungen – all das ließ Ärzte und Ärztinnen rund um den Globus aufschreien. Sie warnten vor einer Zunahme ungewollter Schwangerschaften.

(kurier.at, 8. März 2021)



DAS AUS NACH 32 JAHREN

Überraschende Schließung der Autonomen Frauenhäuser in Salzburg

Birgit Thaler-Haag

Engagierte feministische Frauen haben bereits Anfang der 80er-Jahre, kurz nach der Eröffnung des ersten Frauenhauses in Wien 1978, eine Initiative gegründet, um auch in Salzburg eine geschützte Unterkunft für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder zu eröffnen. Es war geplant, dass es eine autonome Einrichtung entsprechend den Vorbildern in den anderen Bundesländern sein soll. Aber damals war der politische Wille nicht vorhanden, denn es herrschte die Meinung vor, dass häusliche Gewalt in Salzburg nicht stattfindet und wenn überhaupt nur ein geringes Problem darstellt.

Es dauerte noch einige Jahre, bis die politischen Verantwortlichen die Notwendigkeit erkannten und auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt haben, damit ein Haus angemietet und Beraterinnen angestellt werden konnten. Das Frauenhaus Salzburg sperrte dann am 12. Juni 1989 auf und war schnell voll belegt, ja sogar überbelegt. Damals wie heute braucht es Frauenhäuser, die gewaltbetroffenen Frauen und deren Kindern eine geschützte Unterkunft und umfassende Beratung anbieten. Umso unverständlicher war und ist es für uns und auch für viele unserer Kooperationspartner*innen und Unterstützer*innen, dass wir am 30. Juni 2021 nach 32 Jahren qualitätsvoller und engagierter Frauenhausarbeit, in der wir knapp 4.000 Frauen und Kinder im Haus betreuen und in ein selbstbestimmtes Leben begleiten, für immer schließen müssen.

Esgab keine Gespräche im Vorfeld, daher traf es uns, die Frauenhäuser Salzburg und Hallein, völlig unvorbereitet, als

die zuständige Landesrätin Mag.a (FH) Andrea Klambauer von den NEOS am 17. Februar 2020 ihre Entscheidung mitteilte, die Frauenhäuser in Salzburg (ausgenommen Pinzgau) in einer Ausschreibung neu zu vergeben. Zu Beginn begründete sie diesen Schritt damit, dass dies aufgrund des Fördervolumens notwendig sei. Dass dies nicht richtig sein kann, zeigt schon die Tatsache, dass kein Frauenhaus in Österreich bis jetzt ausgeschrieben wurde und dass dies auch von den zuständigen politischen Verantwortlichen in den anderen Bundesländern abgelehnt wird.

Ein Abgehen vom Konzept der Autonomen Frauenhäuser

Die Landesrätin sagte auch immer wieder, dass die Konzepte der Frauenhäuser veraltet seien. Auch mit dieser Meinung steht sie österreichweit alleine da, weil zum Beispiel in Oberösterreich drei neue Frauenhäuser in Planung sind, Tirol ein zweites Frauenhaus im Oberland bekommt und das fünfte Frauenhaus in Wien bereits gebaut wird. Und weil laut Ausschreibungstext nur Schutzunterkünfte ausgeschrieben wurden, ist es offensichtlich, dass in Salzburg, entgegen dem österreichischen Trend, Frauenhausplätze gekürzt werden. Aber Schutz- bzw. Übergangswohnungen können nie ein Ersatz für dringend benötigte Frauenhausplätze sein. Der unrühmliche Spitzenplatz von Österreich bei der Zahl der Frauenmorde zeigt, dass es mehr und nicht weniger Schutzunterkünfte für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder braucht. Das ist auch der Grund, warum wir diese sogenannten Schutzwohnungen als Ersatz für Frauenhausplätze kategorisch ablehnen.

Auch dass Frauenhäuser ihre Adressen allgemein bekanntgeben und sich öffnen sollen, entspricht nicht dem Schutzbedürfnis gewaltbetroffener Frauen und Kinder. Gerne hätten wir unser Angebot auch auf andere Bezirke ausgebaut, aber darüber wurde mit uns im Vorfeld nie gesprochen. Und wenn wir jedes Jahr in unseren Frauenhäusern Beratungsstunden einsparen müssen, weil die gewährten Förderungen für den laufenden Betrieb nicht ausreichen, dann war eine Ausweitung unserer Angebote auf das gesamte Bundesland völlig unrealistisch. Auch das von uns bereits 2018 der Landesrätin vorgelegte Konzept für Übergangswohnungen nach dem Frauenhausaufenthalt, bei denen die Frauen und Kinder noch ein Jahr weiterbetreut werden, aber nicht mehr den hohen Schutz eines Frauenhauses benötigen, wurde von ihr abgelehnt. Am Schlimmsten an der Schließung der beiden Frauenhäuser ist die Tatsache, dass nun jahrzehntelange Expertise von engagierten Frauenhausmitarbeiterinnen verloren geht. Die beiden neuen Träger*innen verfügen über keine Erfahrung in der Frauenhausarbeit, denn österreichweit betreiben autonome Frauenhausvereine die Häuser. Die Arbeit mit gewaltbetroffenen Frauen und Kindern ist eine sehr schwierige und fordernde Aufgabe und braucht neben einem fundierten Fachwissen auch ein hohes Maß an Belastbarkeit. Für eine Beratung und Betreuung der Frauen und Kinder sind umfassende Kenntnisse über die Dynamiken und Auswirkungen von häuslicher Gewalt, Kompetenzen in Krisenintervention und Traumatisierung und auch Fachwissen in verschiedenen

Rechtsbereichen (Familienrecht, Sozialrecht, Fremdenrecht etc.) unbedingt nötig. Daher braucht es für neue Mitarbeiterinnen eine längere Einschulung und fachliche Begleitung durch eine erfahrene Kollegin. Wie soll das nun in Salzburg gewährleistet sein, wenn 30 Mitarbeiterinnen ihren Job, den die meisten über 20 Jahre mit großem Engagement gemacht haben, verlieren?

Ab nun ohne einschlägige Expertise

Der Ausschreibungstext, der das zukünftig gewollte aber nirgendwo erprobte Konzept festschreibt, wurde von Personen erstellt, die nie in einem Frauenhaus gearbeitet haben. Auch in der Expert*innenkommission, die die eingereichten Konzepte bewertet hat, saß keine einzige aktuelle oder ehemalige Frauenhausmitarbeiterin. Ich denke, diese Tatsachen sprechen für sich und zeigen deutlich auf, dass die neue Trägerschaft sicher keine Qualitätssteigerung bedeutet, wie die Landesrätin immer wieder behauptet. Bei Frauen und Kinder, die Gewalt erlebt haben und sich zuhause nicht mehr sicher fühlen – vielleicht auch trotz eines von der Polizei ausgesprochenen Betretungs- und Annäherungsverbotes – muss unbedingt eine eingehende Gefährlichkeitseinschätzung gemacht werden. Diese ist aber nur aussagekräftig, wenn die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses alle Informationen von den Betroffenen haben. Dafür braucht es aber das sichere Umfeld des Frauenhauses und das Vertrauen zur Mitarbeiterin, ihr die ganze erlebte Gewaltgeschichte erzählen zu können. Daher können die Frauen

und Kinder nicht einfach in Wohnungen irgendwo im Bundesland „gesteckt“ werden, ohne dass die Gefährdung ausreichend abgeklärt ist und beobachtet werden kann, wie sich die Situation durch die Trennung verändert. Auch die psychische Stabilität der Frau und der Kinder gilt es zu beurteilen und dies ist sicher nicht mit einer Abklärung nur am Telefon möglich.

Alles in allem wird klar, dass durch die Entscheidung der Landesrätin Klambauer, die Leistungen der Frauenhäuser auszuschreiben und dadurch uns nach 32 Jahren und das Frauenhaus Hallein nach 29 Jahren zur Schließung zu zwingen, qualitätsvolle Frauenhausarbeit und

gewachsene und bewährte Strukturen im Bundesland Salzburg unwiederbringlich zerstört werden. Es ist völlig unverständlich und fatal, dass in Zeiten einer Pandemie mit einer steigenden Zahl an Fällen von häuslicher Gewalt, tragende Säulen des Gewaltschutzes in Salzburg eingerissen werden. Die negativen Auswirkungen davon werden in erster Linie die gewaltbetroffenen Frauen und Kinder zu spüren bekommen.

Autorin

BIRGIT THALER-HAAG ist Leiterin des Frauenhauses Salzburg, Obfrau des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser, Sprecherin des Frauenrates Salzburg sowie Vortragende an Universitäten und Fachhochschulen.



frauenhaus
SALZBURG

DIE MEDIZINISCHE UNIVERSITÄT INNSBRUCK FORDERT MEHR DIVERSITÄT!

Kunstprojekt „Solange“

Sylvia Aßlaber

Seit dem 5. März 2021 schmückt ein pink besticktes Baustellen-Netz das zentrale Lehr- und Lerngebäude der Medizinischen Universität Innsbruck in der Fritz-Pregl-Straße 3. Sechs Monate lang soll es auf mehr Diversität in der Medizin aufmerksam machen.

„SOLANGE DIVERSITÄT IN DER MEDIZIN ERST IN GERINGER DOSIS VORHANDEN IST, BIN ICH FEMINIST:IN“ – diese Version des Kunstprojekts SOLANGE von Katharina Cibulka soll aufzeigen, dass es die medizinischen Angebote nur dann in ihrer bestmöglichen Form geben kann, wenn Diversität ausreichend in der Forschung, Lehre und Patient:innenversorgung berücksichtigt wird. Weitere Informationen zum Kunstprojekt finden sich hier: <http://www.katharina-cibulka.at/solange.html> [Instagram: @solange_theproject]

„Wir müssen auf die Verschiedenheit der Menschen eingehen, wenn wir maßgeschneiderte Medizinangebote und die bestmögliche Behandlung für jede Person anbieten wollen“, erklärt Margarethe Hochleitner, Professorin für Medizin und Diversität an der Medizinischen Universität Innsbruck. Anlässlich des Welt-Frauentages am 8. März wollte die Leiterin der Koordinationsstelle für Gleichstellung, Frauenförderung und Diversität darauf aufmerksam machen, dass die Berücksichtigung von Geschlechtsunterschieden alleine nicht ausreicht. In der Forschung, in der Lehre und damit auch in der Patient:innenversorgung müssen Aspekte wie Alter, Bildung, soziale sowie ethnische Herkunft, sexuelle oder religiöse Orientierung, aber auch chronische Krankheiten oder Beeinträchtigungen mitberücksichtigt werden. „Hier besteht in der Forschung ein großer Nachholbedarf, um die bestmögliche Medizin für alle Menschen anbieten zu können“, attestiert Hochleitner.

„Spitzenmedizin auf höchstem Niveau kann es nur geben, wenn wir Diversität entsprechend berücksichtigen“, ergänzt Rektor Wolfgang Fleischhacker. „Durch die Zusammenarbeit mit Katharina Cibulka wollen wir eine Diskussion dazu anregen. Ziel ist es, die Chancengleichheit von allen Gruppen zu verbessern“. Forscher:innen, Lehrende und Mediziner:innen sollen das Thema Diversität dementsprechend mehr beachten, auch eine stärkere Verankerung in den Lehrplänen gehört zu den angestrebten Maßnahmen. Eine Initiative dazu wurde bereits 2006 gestartet: Die Ringvorlesung zu Gender Medizin. Man kann diese als Medizinstudent:in im Wahlfach



© MedUnilBK/F. Lechner

Gendermedizin und Diversität belegen, sie ist aber darüber hinaus auch für die allgemeine Öffentlichkeit zugänglich. Die Ringvorlesung 2021 startete mit 4. März und findet in 14 Vorträgen bis 1. Juli 2021 online statt. Link zu den Vorträgen: https://www.i-med.ac.at/gendermed/mainstreaming_diversitaet/wahlfaecher-gender-medizin-diversitaet.html#ringvorlesunggendermedizin

Das Diversitätsmanagement der Medizinischen Universität Innsbruck wurde 2020 zum bereits wiederholten Male im Rahmen der „Diversitas“-Ausschreibung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung mit einem Hauptpreis ausgezeichnet. Dies ermöglichte auch die Finanzierung des Aufmerksamkeit erregenden Kunstprojektes.

Quelle: <https://www.i-med.ac.at/mypoint/news/751587.html>

RECHTSKONSERVATISMUS UND GENDERPOLITIK IN ÖSTERREICH

Elisa Fink



Eine intersektionale Perspektive betrachtet Gender nicht als abgeschlossene Analysekategorie, die Diskriminierung und Benachteiligung innerhalb der Gesellschaft sichtbar macht, sondern betrachtet Gender in der Verwobenheit mit anderen Analysekategorien wie u.a. soziale und ethnische Herkunft, Religion, Sexualität und Körper. Rechtskonservative, -extreme und rechtspopulistische Parteien benutzen soziale Kategorien, um ausgrenzende Diskurse zu fördern, welche soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit innerhalb einer Gesellschaft stärken und legitimieren. Diese Diskurse basieren auf der Grundannahme einer homogenen Gemeinschaft, für welche Frauen und Männer¹ in der gemeinsamen Familie für die Aufrechterhaltung der Nation zuständig sind:

„Die Familie als Gemeinschaft von Frau und Mann mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert zusammen mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit.“ (Regierungsprogramm 2017: 9).

Dieses Zitat veranschaulicht die Schnittstelle für alle ausgrenzenden Diskurse: Exklusion und Othering² basieren auf dem ‚traditionellen Frauenbild‘ und der heteronormativen, bürgerlichen Kleinfamilie mit ihren traditionellen Geschlechterrollen und binären Rollenbildern, die mit nationalistischen Identitäten einhergehen (vgl. Haussman et al. 2007: 324). Alle Identitäten, die aufgrund von ihren gesellschaftlichen Differenzlinien nicht in diese Kategorien passen,

werden österreich-, europa- und weltweit von rechten Akteur:innen diskursiv und maßnahmenpolitisch ausgeschlossen, ihre Existenz ist entweder unsichtbar oder die Personengruppen und ihre Anliegen gelten als illegitim. Sie werden diskursiv als Gefahr für die Nation dargestellt, die für den Zerfall von ‚traditionellen Werten‘ verantwortlich sind. Rechtskonservative und rechtspopulistische Charakteristika manifestieren sich in der Konstruktion und Vorstellung von Gender, diese grundlegenden Einstellungen polarisieren weltweit in einem ideologischen Kampf, im Falle der (intersektionalen) Feminist:innen, für soziale Gerechtigkeit, im Falle der rechten Akteur:innen für die Legitimierung von sozialer Ungleichheit aufgrund von einer scheinbar natürlichen Ordnung.

37,5 Prozent der wahlberechtigten Personen in Österreich wählten bei der Nationalratswahl 2019 die ÖVP, die FPÖ hat sich selbst durch die Ibiza-Affäre einen Platz in der Opposition gesichert. Rechtspopulistische und -konservative Inhalte zählen jedoch auch in der Koalition mit den Grünen weiterhin zur diskursiven Normalität und prägen die politische Stimmung sowie die mediale Berichterstattung in Österreich. Die ÖVP diskutierte bereits in der Koalition mit der FPÖ ihre Vorstellung und Förderung einer vertikalen Gesellschaftsordnung, in welcher Menschen aufgrund von gesellschaftlichen Differenzlinien unterschiedliche Chancen und Positionen in der Gesellschaft innehaben. Diese Chancenungleichheit wird als legitim angesehen. Privilegien gelten als wohlverdient. Feministische Akteur:innen hingegen gehen davon aus, dass Ungerechtigkeit sozial kreiert ist.

Türkis-grün: Wandel oder Kontinuum?

Genderpolitische Anliegen wurden im Regierungsprogramm mit der FPÖ (2017 bis 2019) sowie mit den Grünen ausschließlich über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vermeintliche Gleichstellungspolitik, Gewaltschutz sowie Integration geführt. Während genderpolitische Anliegen im alten Regierungsprogramm zweieinhalb Seiten (vgl. Regierungsprogramm 2017: 105-108) von 182 Einnahmen und so gut wie ausschließlich rassistisch instrumentalisiert wurden, sind es im Aktuallem viereinhalb Seiten von 326 (vgl. Regierungsprogramm 2020:

272-275). Beide Koalitionen fördern in ihrem Programm das ‚traditionelle‘ binäre ‚Frauenbild‘ mit der heteronormativen, bürgerlichen Kleinfamilie. Auch wenn die türkis-grüne Regierung genderpolitische Inhalte im Regierungsprogramm smarter verpackt und mit einer rassistischen Rhetorik spart, werden die Positionen der Regierung in der politischen Implementierung ersichtlich: Das ‚Frauenministerium‘ wurde zum Integrationsministerium; die geplante Einführung der Sicherungshaft für potentiell gefährliche Asylwerber:innen zum Schutz der Allgemeinheit (S. 199); die Ausweitung des Kopftuchverbotes für Schüler:innen bis zum 14. Lebensjahr (S. 207); Frauen werden im Regierungsprogramm (vgl. 2020) als Personen ‚zweiter Klasse‘ gesehen, indem bei allen allgemeinen Punkten Frauen noch mal extra angemerkt werden, Frauen wurde demnach nicht einmal auf dem Papier der selbe Stellenwert zugesprochen von LINTA* Personen³ ganz zu schweigen. Auch das Innenministerium sorgt immer wieder für Empörung durch grausame Abschiebungen von als ‚gut integriert‘ proklamierten Jugendlichen sowie zum Teil in Österreich geborenen Kindern und ihre Familien. Es wird zugesehen, wie geflüchtete Personen, die Schutz benötigen, an den europäischen Grenzen sterben. Die Anliegen von Alleinerziehenden und LINTA* Personen finden kaum Berücksichtigung⁴. Generell werden genderspezifische Anliegen ausschließlich symbolpolitisch als Punkte abgehakt, konkrete Verbesserungsmöglichkeiten gibt es keine und die Ursachen der aktuellen genderpolitischen

Situation bleiben unreflektiert. Das bedeutet für die (feministische) Zivilgesellschaft, dass wir uns nach der ÖVP-FPÖ Regierung nicht zurücklehnen können, sondern unsere Kräfte bündeln und gemeinsam in Solidarität mit all jenen, die ausgeschlossen und diskriminiert werden für eine gerechtere Zukunft einstehen müssen.

Quellen

Regierungsprogramm (2017): Zusammen. Für unser Österreich. 2017-2022. Wien: Bundeskanzleramt.

Regierungsprogramm (2020): Aus Verantwortung für Österreich. 2020-2024: Bundeskanzleramt.

Anmerkungen

1 Männer und Frauen gelten in rechtskonservativen Diskursen als homogene, binäre Gruppe.

2 Der Begriff meint die Distanzierung der ‚eigenen‘ konstruierten Gruppe, zu der eine Zugehörigkeit verspürt wird, zu anderen ‚Gruppen‘.

3 Lesben, Inter, Nicht-binäre, Trans und Agender Personen; * steht für jene Personen die sich nicht eine der genannten sexuellen Orientierungen oder Genderidentitäten einordnen.

4 LGBTQ+ Personen werden in einem Punkt im Zusammenhang von LGBTQ+ Guidelines unter dem Punkt ‚Außenpolitik‘ erwähnt (vgl. Regierungsprogramm 2020: 181); Alleinerziehende werden unter dem Punkt ‚Armutgefährdung‘ angesprochen: Lücken im Unterhaltsvorschluss sollen ausbleiben. Das verändert die Situation der in Österreich alleinerziehenden Personen nicht.

Autorin

ELISA FINK studierte Bildungswissenschaft, Konfliktmanagement mit dem Schwerpunkt interkulturelle Mediation und Internationale Entwicklung. Sie beschäftigt sich mit feministischem Aktivismus und Rechtspopulismus in Österreich. Im Juli 2021 erscheint ihr Buch „Gemeinsam gegen Rechts! Feministischer Aktivismus in Wien gegen den Rechtspopulismus ...“ im Marta Press Verlag.

BRANDAKTUELL: DIE NEUN FORDERUNGEN DES FRAUEN*VOLKSBEGEHRENS 2.0

Wir machen weiter! Es ist Zeit für echte Veränderung!

Elisabeth Grabner-Niel



Drei Jahre ist es nun her, dass um Unterstützung für die neun frauenpolitischen Forderungen des F*VB geworben wurde. Die beiden Lesungen im Nationalrat im Frühjahr 2019 gingen ohne weitere Fortschritte vorüber, die Forderungen abgeschmettert von der türkis-blauen Regierung. Die Aktionistas* lassen sich dadurch jedoch nicht entmutigen. Wir bilden Bündnisse und treten feministischen Allianzen bei um den gegenwärtigen Backlash aufzuhalten“. Sowohl im öffentlichen Raum als auch in den Social Media Kanälen geht es immer wieder aktionistisch zu:

- #keinenMillimeter: Keine Rückschritte, wenn es um die reproduktiven Rechte von Frauen* und um das Recht auf den eigenen Körper geht!
- #redmadrüber: Sexualität ist vielfältig wie die Menschen, die sie leben; Wissen und darüber reden nimmt Ängste und stärkt!
- Solidaritätspakt: #demokratielebt – die Demokratie braucht uns!
- Bündnis für eine Steuersenkung auf Menstruationsprodukte
- Gemeinsame Aktionen mit Gewaltschutzorganisationen
- Kooperationen mit der Diakonie und antirassistischen Vereinen: ZARA, der Doku-Stelle für antimuslimischen Rassismus und dem Black-Voices-Volksbegehren

- Aufruf an die Medien zu einer sensiblen Berichterstattung – Männergewalt klar benennen und nicht hinter Bildern wie „Eifersucht / Drama / Tragödie“ verstecken!
- Kampagne mit Diakonie Flüchtlingsdienst: „Wir verstehen die unabhängige Rechtsberatung als Garantin für den Schutz von Frauen*rechten, für ein Leben in Sicherheit und Freiheit!“.

Politische Arbeit braucht Teamarbeit ...

Zur intensiven und energievollen Weiterarbeit ist eine stabile Struktur und Organisation hilfreich. Dies leistet der Verein Frauen*Volksbegehren, der in seiner Generalversammlung Ende März 2021 einen neuen Vorstand wählte: Obfrauen sind Lena Jäger (Wien) und Daniela Diesner (Wien), Stellvertretung durch Ingrid Queteschiner (Linz) und Claire Kardas (Wien), Kassaführung Magalena Baran-Szotytys, Schriftführung Elisabeth Grabner-Niel (Innsbruck).

Lena hatte die bundesweite Projektleitung des F*VB 2017 bis 2019 über und ist seit letztem Jahr in der Kommunikationsabteilung des Gesundheitsministeriums beschäftigt.

Daniela hat Politikwissenschaft studiert und arbeitet aktuell bei Ö1 im Bereich Wirtschaftskooperationen.

Ingrid koordinierte das F*VB in OÖ, engagiert sich nun für feministischen Vernetzungen in ihrem Bundesland und bei den *Omas gegen Rechts*.

Claire ist bei *Fridays for Future* aktiv und jetzt beim Klima-Volksbegehren. Ihr großes Anliegen ist die Intersektionalität.

Magdalena war jahrelang Trainerin für Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache und arbeitet seit 2013 als Kulturwissenschaftlerin an der Uni Wien.

Elisabeth war die Tirol-Koordinatorin des F*VB, baute die Gender Studies an der Universität Innsbruck auf und ist in Innsbrucker feministischen Initiativen – z.B. im AEP – aktiv.

... und Mitwirkung von dir!

Ein Verein lebt neben einem aktiven und tatkräftigen Vorstand auch durch das Engagement und der Stärke seiner Mitglieder. Somit ergeht die herzliche Einladung: Mitglied werden, Newsletter abonnieren, sich einbringen!

Um in den Worten von Johanna Dohnal zu sprechen:

„Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern: Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft‘. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“

Selbst nachsehen und schmökern unter:

Instagram: #frauenvolksbegehren

Facebook: frauenvolksbegehren

www.frauenvolksbegehren.at

Kontakt:

vorstand@frauenvolksbegehren.at

oder auch

tirol@frauenvolksbegehren.at

Volkmer, Michael; Werner, Karin (Hg.). Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft

[transcript] X-Texte zu Kultur und Gesellschaft 2020 Bielefeld, Print-ISBN 978-3-8376-5432-5, 429 S., 24,50 Euro

Der Titel des Buches verweist bereits darauf, wie universal, vielschichtig und komplex sich die Beiträge dieses Sammelbandes dem Pandemie-Geschehen annähern. Die Programmverantwortlichen im transcript Verlag orteten schon bald nach dem Aufbrechen der Epidemie (die sich inzwischen zur Pandemie ausgewachsen hat) im letzten Jahr unter Sozial- und Kulturwissenschaftler*innen einen großen Bedarf, viel Motivation und lebhaftes Interesse diese bedrohliche, unbekannte Situation mit den eigenen wissenschaftlichen Methoden zu begreifen: Es sei aufregend und herausfordernd „die unfreiwillige Zeugenschaft der eigenen gebrochenen Erfahrung durch wissenschaftliche Befassung durch Analyse, Einordnen, Deuten, Verstehen“ zu be- und verarbeiten (12). Dem Aufruf an „ihre Autor*innen“ zu diesem Buchprojekt wurde zu ihrer Überraschung trotz anderweitiger Arbeitsüberlastung und enger Deadline (Juni 2020) von vielen gefolgt. Die vorgegebene Rahmenfrage lautete: „Was kann die Sozial- und Kulturwissenschaft in der Aktualität dieser Pandemie-Krise in Echtzeit leisten?“ (12), fast wie ein Experiment. Die Wege in die jeweilige fachspezifische Analyse mussten z.T. neu gesucht werden, vertraute Theorien auf ein neues Feld und einen unvertrauten Gegenstand angewendet werden. Würden sie sich bewähren oder müssten sie eventuell angepasst, kreativ neu gefasst werden? Bei der endgültigen Auswahl der eingereichten Texte wurden dennoch strenge wissenschaftliche Kriterien angelegt. Der experimentelle Charakter ist in der Gliederung der Beiträge erkennbar, hier „spiegelt sich die Unordnung in der Ordnung der Corona-Gesellschaft wider, die Gleichzeitigkeit sehr

unterschiedlicher De-Normalisierungen der Gesellschaftsordnung vor Corona, die noch unabsehbare Langzeitfolgen haben könnten.“ (13) Die 39 Beiträge werden Kapitelüberschriften zugeordnet, die sich eher in Form von Schlagwörtern aneinanderreihen: Kritik der öffentlichen (Un-) Vernunft, Historische Einordnungen, Körper, Räume, Zeitlichkeiten, Solidaritäten, Gesellschaftsordnung, Staat und Demokratie, Protest, Widerstand und Gewalt, Internationale Politik, Ökonomien, Krisenbewältigung, Konkrete Utopien. Es ist wie eine große Obstschüssel, aus der je nach aktuellem Gusto etwas herausgenommen werden kann.

Ein erster Blick zeigt es zwar nicht gleich, aber geschlechterspezifische und feministische Perspektiven lassen sich darunter auch entdecken. So z.B. befasst sich die Soziologin Sarah Speck mit dem „Zuhause arbeiten. Eine geschlechtersoziologische Betrachtung des ‚Homeoffice‘ im Kontext der Corona-Krise.“ Sie verweist darauf, dass diese Arbeitsform schon lange von Gleichstellungsbeauftragten gefordert wurde, aber bisher als mit „zu vielen Komplikationen“ behaftet gesehen und damit nicht akzeptiert wurde. Nun plötzlich ist sie machbar, birgt jedoch aus der Geschlechterperspektive ihre Tücken: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit einer permanenten Tendenz zu Entgrenzung sind damit verbunden, die Vereinzelung der heutigen Arbeitsverhältnisse wird verstärkt, Möglichkeiten der informellen Verständigung und des Zusammenschlusses werden stark beschnitten. Weitere feministisch gespeiste Überlegungen bietet der Beitrag „In-Sorge-Bleiben“ der Kulturtheoretikerin und Kunstpädagogin Elke Krasny oder auch jener der Sozialwissenschaftlerin



und Mitbegründerin des Netzwerkes Care Revolution Gabriele Winker, die den „Aufbau einer solidarischen und nachhaltigen Care-Ökonomie als Plädoyer in Zeiten von Corona“ fordert.

Dieser Band kann bereits Auszeichnungen vorweisen: Im zarten Alter von etwas mehr als einem Monat fand er sich im September 2020 auf der Sachbuchbestenliste von Deutschlandfunk Kultur, ZDF und der ZEIT. Im Monat darauf stand er auf der Sachbuchbestenliste von Die Welt, WDR 5, der Neue Zürcher Zeitung und ORF-Radio Ö1.

Es ist ein Buch für's Nachtkästchen (wirklich nicht negativ gemeint, ich schwöre!): Die Beiträge sind flüssig geschrieben, die mentale Triebkraft, dieses unfassbare Geschehen rund um uns zu verstehen und wissenschaftlich fundiert so zu sagen „auf die Reihe zu bekommen“ ist deutlich spürbar und stimmt zuweilen sogar etwas optimistisch. Die Länge der einzelnen Beiträge ist gerade richtig, um vor dem Einschlafen gut zu einem Ende kommen zu können.

Elisabeth Grabner-Niel

eklat_ms. Mobilisierbare Deutsche. Eine politische Einordnung der Corona Rebellen

edition assemblage Münster 2021, ISBN: 978-3-96042-106-12-973, 72 S., 6 Euro

Wer hat sie nicht schon gesehen, diese Anti-Corona-Demos! Da haben sich Menschen zusammengefunden, die gegen Impfwang, die gegen Diktatur, die für Freiheit, demonstrieren. Was kann da Schlechtes dabei sein? Die allgemein gehaltenen Parolen sprechen viele Menschen an und werden zunächst oft positiv, als Ausdruck gehaltvoller Diskussionen, verstanden.

Diese Broschüre liefert eine Reflexion der Ideologien, die hinter der Mobilisierung für die sogenannten „Corona-Rebellen“ liegen, erklärt den großen Anklang, den diese Demonstrationen finden und was dahintersteckt. Die Broschüre bezieht sich nur auf Deutschland, die Denkanstöße und Reflexionen können aber genauso auch für die Österreichszene verwendet werden.

Die Herausgeber*innen und Autor*innen kommen aus eklat_ms. Das ist eine antifaschistische Gruppe aus Münster (D), die sich 2018 gegründet hat, um sich der zunehmenden autoritären Formierung der Gesellschaft mit einer linksradikalen Kritik und Praxis entgegenzustellen.

Vielfach entfaltete sich Unmut angesichts der Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung von Covid-19, welche direkt als Einschränkungen und Belastungen auf persönlicher Ebene wahrgenommen, als Ausdruck einer neuen Diktatur gewertet wurden, die den uneingeschränkten Zugriff auf Leib und Leben anstrebe.

Die Autor*innen erklären, wie sich der Inhalt dieser Demos bei möglicherweise ursprünglich guten Intentionen über mehr oder weniger verbreitete Theoriefetzen, schnell in Richtung alternativer Welterklärungen entwickelte und zu klassischen Verschwörungstheorien führte. Die Ohnmächtigen und Enttäuschten erklären die Welt in Form

von Verschwörungserzählungen auf alternative Weise, die ihre Ressentiments begleiten und befriedigen soll. Da gäbe es eine Art übermächtige Gruppe, die sich gegen bestimmte Menschen, bestimmte Gruppen oder gar die gesamte Menschheit verschworen habe. Deren Handeln sei besonders komplex und hinterhältig. Der sich als ohnmächtig erfahrende Mensch fühlt sich endlich handlungsfähig und findet Verbündete. Die Verschwörungserzählungen kommen dabei nie ohne Antisemitismus und Rassismus aus. Es werden Aggressionen freigelassen gegen solche, die als Differente und Nicht-Integrierbare gelten und die konformen Kategorien zu bedrohen scheinen.

Zusätzlich weisen die Corona-Demonstrationen antidemokratische Züge auf. So kritisieren viele Demonstrierende eine angebliche Diktatur. Bei dieser Rebellion gegen eine imaginierte Unterdrückung inszenieren sich die Teilnehmenden selbst als Opfer. Hinter dem selbsternannten Einstehen für Grundrechte und Meinungsfreiheit werden völkische, faschistoide Inhalte verteidigt. Endlich muss die Macht dem Volke gegeben werden, ohne Vermittlung von Verfahren und Repräsentant*innen, ohne den lästigen Schutz von Minderheiten. Demokratie gilt als ineffektiv und korrupt. Dabei befürworten sie eigentlich selbst eine Diktatur, die ihren Bedürfnissen gerecht wird. Dadurch wird erklärbar, warum auch unverdächtige Akteur*innen über eine Eigendynamik in die Nähe zu extrem Rechten gelangen konnten – eine tieferliegende Affinität wird offenbart.

Esoterik, Spiritualität und alternative Heilkunden sind weiterführende Ankerpunkte der Demonstrierenden. Alles soll durchdrungen werden von „Liebe“,



„positiver Energie“ etc. mit merkwürdigen und gefährlichen Gesundheitsvorstellungen, der sich auch immer wieder bedient wird, um die Impfungen zu kritisieren. Nicht selten wird dabei von der Kraft des Immunsystems gesprochen, das sich gegen das Virus selbstständig wehren könne. Allerdings beschränkt sich die Nutzung des Esoterikarguments nicht nur auf das Körperliche. Zur Reinheit gehöre auch das Befreien von allem Negativen. Dazu zählen auch Menschen, die sich der Bewegung nicht freiwillig anschließen. eklat_ms zeigt sich auch offen für eine Kritik der aktuellen Lage. Allerdings sei der Ansatz der Corona-Rebell*innen der falsche. Dennoch müssen sich alle Menschen die Frage stellen, wie die aktuellen Probleme zu lösen seien. Es gelte einzusehen, dass gesundheitliche Maßnahmen – auch wenn sie im Bestehenden staatlich verordnet sind – notwendig sind. Die Virusbekämpfung ist aber sowohl im Interesse von Gesellschaft und Menschen als auch autoritär von Staat und Kapital verordnet, weil es der Aufrechterhaltung der Produktion dient, so

eklat_ms. Das Bedürfnis, weiterhin Kapital zu akkumulieren, wiege stärker als das Leben zu schützen. Darin sehen zumindest die Autor*innen die Gründe für die noch geöffneten Büros und Produktionsstätten.

Eine gute Kritik jedoch würde zeigen, dass in diesem gesellschaftlichen Zusammenhang – nämlich der kapitalistisch strukturierten Gesellschaft – immer eine Abwägung zwischen Interessen der Menschen und Zwang zum Profit

getroffen werden muss, auch dort, wo es um Gesundheit und gar Überleben geht. Bei dieser Abwägung werden Kultur, Bildung, Selbstbestimmung, Körperlichkeit, psychische Gesundheit nicht als etwas betrachtet, was in sich kostbar ist, das also auch in einer Pandemie geschützt und gefördert werden muss, sondern als das Erste, das geopfert werden kann. Die Broschüre betont, wie sehr soziale Berufe und Gesundheitsberufe keine adäquate Anerkennung bekommen.

Auch wer sich der radikalen Kapitalismuskritik nicht unbedingt anschließen will, muss sich doch fragen, warum „Systemrelevanz“, Kultur und Bildung (insbes. die der Schuljugend), Care/Sorgearbeit bei der Abwägung so weit hinter Wirtschaftsförderung und Konsum zurückstehen müssen. Die ausführliche Reflexion über die Ideologien und die Weltsicht der Anti-Corona-Demos gibt den Leser*innen viele neue Denkanstöße.

Monika Jarosch

Thomas, Tanja; Wischermann, Ulla (Hg.) Feministische Theorie und kritische Medienanalyse. Ausgangspunkte und Perspektiven

[transcript] Verlag Bielefeld Buchreihe Critical Studies in Media and Communication Band 19, 2020, ISBN: 978-3-8376-4084-7, 563 S., 39 Euro

Ziel dieses umfangreichen (in der Selbstbeschreibung „aufwändige[n]“) Buches ist es aufzuzeigen, wie die durch die feministischen Theorien gewonnen Erkenntnisse für kritische Medienkulturforschung fruchtbar gemacht werden können. Die beiden Herausgeberinnen Tanja Thomas (Medienwissenschaft mit Schwerpunkt Transformationen der Medienkultur, Kritische Medien-, Kommunikations- und Kulturtheorien, Feministische Medien- und Kommunikationswissenschaft) und Ulla Wischermann (Soziologie, langjährige Direktorin am Cornelia Goethe Centrum für Frauenstudien in Frankfurt/M., feministische Theorie, Medien und Geschlecht, Soziale Bewegungsforschung) haben damit ein wahrlich gewichtiges Buch vorgelegt.

Einleitend arbeiten sie die Überschneidung der beiden Theoriefelder – feministische Theorie und kritische Medienwissenschaft – anschaulich heraus: Beide sprechen Machtverhältnisse an, sind somit stark politisch. Für die feministische Theorie und Wissensproduktion konstatieren sie als zentrale

Dimension ein „emanzipativ-politisches Selbstverständnis des Feminismus“ (11). Als weiteres Merkmal führen sie die innovative Wirkkraft aus der Inter- und Transdisziplinarität an. Auch die Kommunikationswissenschaft verstehen sie als vielschichtig, da sie vom Grundverständnis ausgehen, dass Medienkultur im Sozialen konstituiert wird. Ihre Kernaussage lautet: „Eine kritische Medienkulturforschung verstehen wir [...] in Anschluss an feministische und postkoloniale wissenschaftstheoretische Überlegungen als eine, die einen Standpunkt einnimmt, von dem aus eine kritische Praxis für eine Medienkulturtheorie und -analyse entfaltet wird.“ (12)

Ein zentrales Vorhaben liegt für die Herausgeberinnen in der Tradierung wesentlicher feministischer Wissensbestände, es soll quasi ein kollektives Gedächtnis über feministische Gesellschaftstheorien geschaffen werden. Die einzelnen Themenfelder werden von Fachexpertinnen ausgeleuchtet und anhand ausgewählter Quellentexten veranschaulicht. Deren Auswahl



erfolgte im Dialog der Herausgeberinnen mit den Autorinnen mit dem Ziel, längere aussagekräftige charakteristische Passagen aus diesen Quellen zu übernehmen. Diese sind jedoch nicht als kanonische Schlüsseltexte zu verstehen, sondern vielmehr als Frageperspektiven, womit auf die Zeitlichkeit von Theorieproduktion verwiesen werden soll. Dieser Absicht dienen auch die Ausblicke, die am Ende jedes Abschnittes formuliert werden.

Die inhaltliche Struktur wird in den vier Kapitelüberschriften sichtbar: Zunächst werden „Ausgangspunkte feministischen Denkens: Theorie und Aktivismus“ behandelt, dann folgen „Feministische Kontroversen: Öffentlichkeit und Privatheit“ sowie „Feministische Entwürfe: Erfahrung und Subjektivität“. Abschließend geht es um „Feministische Politiken: Kritik, Handlungsfähigkeit und Widerständigkeit“.

An Quellen begegnen uns zahlreiche Texte z.B. von Silvia Federici und Maria Mies mit feministisch-materialistische Herrschafts- und Gesellschaftskritik; Audre Lourde und bell hooks zum Thema der Allgegenwart von Rassismus, Sexismus und Klassismus; Ursula Scheu, Gudrun-Axeli Knapp, Judith Butler, sowie Adrienne

Rich, Karin Hausen, Kate Millet, Helke Sanders, Marielouise Janssen-Jurreit, Donna Haraway und Sadie Planet bis zu #aufschrei und #metoo, deren Denken die Diskussion über Internet und digitale Medien mitgeprägt haben.

Im Abschnitt „Feministische Entwürfe: Erfahrung und Subjektivität“ treffen wir auf das Denken von Frigga Haug, Judith Butler, Susan Bordo sowie Rosi Braidotti und es tauchen Denkfiguren wie jene der Nomadin, des Cyborgs, der New Mestiza als Grenzgänger*innen auf. Im Kapitel „Feministische Politiken: Kritik, Handlungsfähigkeit und Widerständigkeit“ greift Hanna Hacker feministische Manifeste seit den 1960er Jahren auf und wir lesen Analysen der dort propagierten Politikentwürfe; wir erfahren über Gegenöffentlichkeiten,

Allianzbildungen und auch Popfeminismus, wo Theorie, Medienkritik, künstlerische Praxis und Aktion miteinander verwoben werden. Es werden feministische Netzpolitik und Netzaktivismus als „Methodologie der Unterdrückten“ vorgestellt.

Dieses Buch ist eine ausgesprochene Fachliteratur, kleine Schrift und viel Text auf einer Seite könnten etwas erschrecken. Es ist ein sehr voraussetzungsvoller und theorie-zentrierter Lesestoff. Beim Hineinlesen und Hängenbleiben bei einzelnen Überschriften oder bekannten Namen entwickelt sich jedoch ein wachsendes Interesse, zunehmend eröffnet sich auf diese Weise die konkrete Relevanz für politisches feministisches Handeln in der Gegenwart.

Elisabeth Grabner-Niel

Peukert, Almut; Teschlade, Julia; Wimbauer, Christine; Motakef, Mona; Holzleitner, Elisabeth (Hrsg. innen). Elternschaft und Familie jenseits von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit

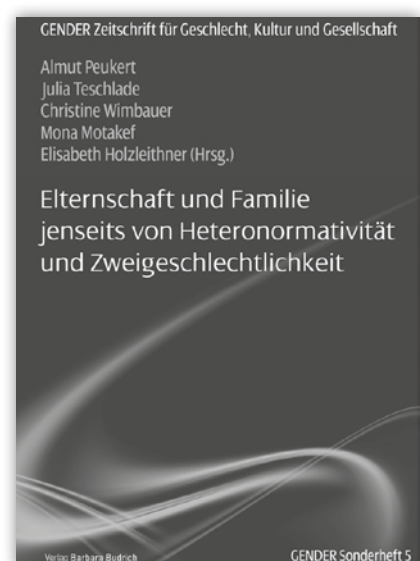
Gender Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Gender Sonderheft 5, Budrich Journals 2020 Leverkusen 2020, ISBN: 978-3-8474-2431-4, 205 S., 29,90 Euro

Familie ist ein schillernder Begriff. Wir alle haben Ideen und Bilder von Familie in unseren Köpfen, die vor allem im deutschsprachigen Raum noch sehr patriarchal und heterosexuell geprägt sind. Das alltagsweltliche Verständnis ist Vater, Mutter, Kind(er) in einem sicheren Raum von Geborgenheit und gegenseitigem Wohlwollen. Für mich war es immer schon sehr erstaunlich, wie sehr sich die Vorstellung in unseren Köpfen von den tatsächlichen Gegebenheiten unterscheidet.

Diese Untersuchung zum Thema Elternschaft und Familie jenseits von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit liefert in 11 Beiträgen einen ersten Blick auf wichtige Fragen. Die Autor*innen gehen auf empirische Spurensuche und untersuchen Bereiche, wie biologi-

sches und/oder soziales Elternwerden und das Ringen darum, wie biologische Abstammung dann doch einen erstaunlich hohen Stellenwert hat. Auch im Beitrag über Co Elternschaft wird sichtbar, wie Co Eltern normative Vorstellungen zu Familienbildern, Geschlecht und Paarbeziehungen adressieren.

Im Beitrag „Richtige Mütter und Schattengestalten“ beschreiben Almut Peukert und andere, wie ein lesbisches Paar die ROPA Methode nützt, um dann zu erleben, dass Familiengründung nicht ausschließlich im privaten Raum stattfindet, sondern auch eine öffentliche und politische Angelegenheit ist, der sie sich nicht entziehen können. Die ROPA Methode ermöglicht es, lesbischen Paaren sich den genetischen und austragenden Beitrag



einer biogenetischen Mutterschaft zu teilen: Eine Frau trägt den Embryo aus, der per in-vitro Fertilisation aus der Eizelle

ihrer Partnerin und einer Samenspende entstanden ist. Diese Methode ist in Spanien erlaubt – in Österreich und Deutschland hingegen nicht.

Zwei weitere Beiträge erforschen die Situation von lesbischen Paaren als Eltern und es werden ähnliche Phänomene beschrieben.

Sehr interessant ist auch der Beitrag „Mama-Papa-Kind“, also ich glaube nicht, dass das genug ist für ein Kind – Bezie-

hungskonstellationen, Begründungsmuster und heteronormative Hürden für freundschaftszentrierte Lebensweisen mit Kindern“. Drei unterschiedliche Beziehungskonstellationen wurden untersucht. Die Autor*in kommt zum Ergebnis, dass freundschaftszentrierte Lebensweisen aus der Sicht der Interviewten immer bewusst gewählte Lebensformen sind und kein Ersatz für fehlende Paar- und Kleinfamilienbeziehung sein sollen.

Ich kann dieses Buch allen empfehlen, die sich für die Themen „Regenbogenfamilie“, „Inseminationsfamilie“ oder „Mehrelternfamilie“ interessieren. Es wird deutlich, wie sehr alle jenseits von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit gelebten Elternschaften und Familien sich an den herrschenden Rollenbildern und politischen Normen orientieren.

Christine Baur

Bauer, Gero; Kechaja, Maria; Engelmann, Sebastian; Haug, Lean (Hg.). Diskriminierung und Antidiskriminierung. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis.

[transcript] Verlag Bielefeld 2021, ISBN: 978-3-8376-5081-5, 282 S., 35 Euro

Diskriminierung ist ein fester Bestandteil unseres Alltags. Als gesellschaftliches Phänomen ist Diskriminierung allgegenwärtig – sei es hinsichtlich religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, aufgrund des Alters oder zahlreichen anderen kategorischen Markern. Im ursprünglichen etymologischen Sinne bedeutet das Wort Diskriminierung lediglich „unterscheiden“. Mittlerweile wohnt dem Begriff allerdings eine politische Komponente inne, welche hierarchische Elemente und gesellschaftliche Benachteiligungen anprangert.

Dabei sind alle Menschen an Diskriminierung beteiligt. Sei es nun bewusst oder auch unbewusst. Wenn Personen andere Personen aufgrund von sozialen Kategorien diskriminieren spielt nicht nur die Handlungsebene eine bedeutende Rolle, sondern auch die strukturelle Ebene, beispielsweise in Form von Gesetzestexten oder der architektonischen Gestaltung im öffentlichen Raum. Zudem sind die Lebenswelten der einzelnen Akteur*innen in dem gesellschaftlichen Gefüge ein weiterer mitzudenkender Faktor, der von wesentlicher Bedeutung ist. „Um Welt

und Gesellschaft genuin anders praktizieren zu können braucht es viele verschiedene Perspektiven und Ansatzpunkte. Beratung, diskriminierungskritische Öffnung, Empowerment, politische Aktion und Qualifizierung sind hierbei genauso wichtig wie Alternativen zum Status quo überhaupt erst denken zu lernen“ (13).

Allein anhand dieser kurzen Annäherung an das Themenfeld rund um Diskriminierung zeigt sich, dass es viele verschiedene Herangehensweisen und Gesichtspunkte benötigt, um die Mechanismen hinter diesem Phänomen verstehen zu lernen. Das Buch „Diskriminierung und Antidiskriminierung. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis“ kann dafür ein willkommenes Hilfsmittel sein. Die enthaltenen Texte stammen von Autor*innen aus den unterschiedlichsten Disziplinen. So lassen sich literaturwissenschaftliche, erziehungswissenschaftliche, soziologische, kulturanthropologische, philosophische, rechtswissenschaftliche und politikwissenschaftliche Ansätze finden, welche sich mit Fragen beschäftigen, wie „was wird unter ‚Diskriminierung‘ verstanden (und wer bestimmt dies), was



sind ihre Ursachen und wie wirkt sie in Gesellschaft? Und wie können ein wissenschaftliches beziehungsweise theoretisches Verständnis sowie Formen praktischer Wirksamkeit von Antidiskriminierung aussehen“ (15)?

Der Aufbau ist gut strukturiert. Im ersten Abschnitt werden die Grundlagen der (Anti-)Diskriminierung erarbeitet. Neben möglichen Definitionen, Arbeits-hypothesen oder der gesellschaftlichen

Funktion von Diskriminierung, zeigt ein Beispiel aus der Praxis eine subjektive Erfahrung. Der zweite Bereich widmet sich den Räumen der (Anti-)Diskriminierung. Es werden konkrete Räume vorgestellt, in denen Diskriminierung auf der strukturellen Ebene wirksam wird, welche anhand von Beispielen aus der Kirche, dem Wissenschaftssystem und der Künstlichen Intelligenz illustriert werden. Abschließend finden sich noch die Dimensionen der (Anti-)Diskriminierung. Es wird wiederum mit expliziten Beispielen gearbeitet. Dazu zählt unter anderem ein Einblick in die beratende Arbeit für trans* Personen oder Diskriminierungserfahrungen aufgrund von Behinderung

in einem Beitrag von Petra Flieger, die diesen Band wärmstens empfohlen hat, und Volker Schönwiese.

„Aktuelle politische und gesellschaftliche Debatten [...] sind einerseits oft geprägt von Positionen, die gleiche Rechte und eine Vermeidung von (geschlechtlicher, religiöser, sexueller, ...) Diskriminierung einfordern. Andererseits werden auch immer wieder Stimmen laut, die ein diversifiziertes Nachdenken und Diskutieren über systemische, sprachliche und institutionelle Alltagsdiskriminierungen als angeblich übertriebene ‚Political Correctness‘ abtun und die Forderung nach einem bedachten, diskriminierungsfreien Umgang selbst als

‚Diskriminierung‘ bezeichnen“ (7). Es ist deshalb wichtig zu verstehen, dass Diskriminierung und Antidiskriminierung weder als eine rein praxisnahe noch als eine rein theoretische Problematiken zu sehen sind. Beide greifen ineinander und um dieses komplexe Phänomen begreifen zu können, ist ein Dialog zwischen den Positionen unabdingbar. Dieser Band bietet durch seine vielfältigen Aufsätze einen guten Anhaltspunkt dafür. Natürlich wäre es utopisch zu behaupten, dass alle enthaltenen Texte denselben Mehrwert mit sich bringen, aber im Großen und Ganzen ist den Autor*innen ein stimmiges Werk gelungen.

Verena Huber

Schmidt, Francesca. **Netzpolitik. Eine feministische Einführung**

Verlag Barbara Budrich 2020, ISBN 978-3-8474-2216-7, 188 S., 18,90 Euro

Mit diesem Buch entwirft Francesca Schmidt, Referentin für Feministische Netzpolitik im Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, einen neuen Gesellschaftsvertrag des Digitalen. Das Buch gliedert sich in zwei Teile mit insgesamt sechs Unterpunkten.

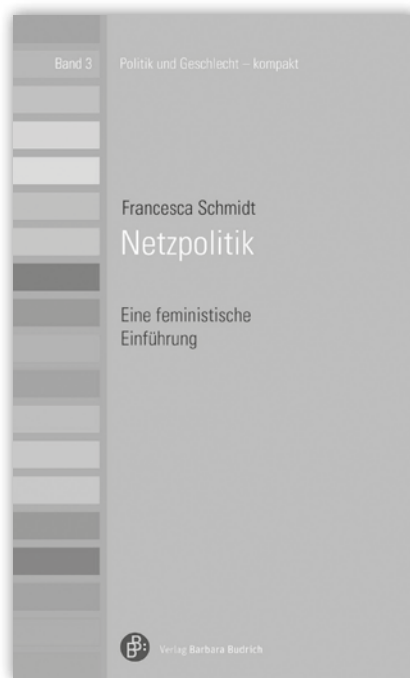
Der erste Teil erläutert Konzepte und Geschichten und nähert sich dem Feld feministischer Netzpolitik in konzeptueller und historischer Form. Die Einführung führt zur Thematik hin und erklärt das Ziel dieser Publikation. Erste Begrifflichkeiten werden geklärt und Fragen zum Status Quo feministischer Netzpolitik werden aufgeworfen.

Das Politikfeld der Netzpolitik umfasst das „Zusammenspiel von Internet Governance und Internet Policy, also einerseits um (internationale) Regeln und Rahmenbedingungen sowie andererseits um die Gesetzgebung, die spezifisch geschaffen wurde bzw. an die digitale Umgebung angepasst werden musste.“ (9)

Netzpolitik verlangt eine intersektionale, feministische Perspektive, eine Blickrichtung, die die Verschränkung von Diskriminierungsformen aufgrund von Geschlecht, sozialer und ethnischer Herkunft im Zusammenhang mit neuen Technologien und digitalen Kulturen analysiert und kritisch verfolgt.

Digitale Gewalt nimmt Einfluss auf die Teilhabe an demokratischer Öffentlichkeit und kann zu Ausschlüssen führen. In Reaktion auf die Ausschlüsse, aber auch bereits seit Beginn der Digitalisierung nutzen Netzfeminist*innen das Potenzial des Netzes, indem sie feministische Angelegenheiten genau dort diskutieren und politisieren. Im ersten Teil des Buches wird die Geschichte des Cyberfeminismus erläutert und schließlich wird feministische Netzpolitik als Weiterentwicklung von Cyber- und Netzfeminismus gesehen.

Es werden fünf Bereiche der Netzpolitik unter Berücksichtigung einer intersektion-



nal-feministischen Perspektive genannt: Zugang zu Internet, Zugang zu Inhalten, Urheber- und Eigentumsrecht, Datenschutz und digitale Öffentlichkeit. Weiters wird auch die Regulierungs- und Technikgeschichte des Internets behandelt. Im zweiten Teil des Buches wird feministische Netzpolitik im Einsatz

betrachtet und im Besonderen die beiden Anwendungsfelder digitale Gewalt und Überwachung unter die Lupe genommen.

Begrifflichkeiten wie Hatespeech, Cyberstalking, Cybermobbing, Cyberbullying, Cybersexismus werden als Bezeichnungen digitaler Gewalt differenziert und erklärt. Wer ist von digitaler Gewalt betroffen? Und wer „hasst“ wen? Wie kann man digitale Gewalt regulieren? Welche staatlichen/gesetzlichen Regulierungen bestehen bereits? Soziale Medien als neue Formen der Überwachung, Algorithmen: Diskriminierung und Überwachung, lateral surveillance – gegenseitige Überwachung; Wie sieht die Zukunft der Überwachung aus? Stichwort: AI – Künstliche Intelligenz. Die Autorin zeigt an beiden Beispielen: Eine feministische Perspektive

im Bereich der Netzpolitik kann und sollte fruchtbar gemacht werden.

Das letzte Kapitel fasst noch einmal zusammen und gibt Ausblick: Politik für das Netz braucht feministische Perspektiven. „Schlussendlich muss eine feministische Netzpolitik dafür eintreten, das Internet und die entsprechenden Technologien zu einem gleichberechtigten Ermöglichungsraum für alle zu machen. Diskriminierung, Ausschluss, Überwachung und digitale Gewalt dürfen nicht für einige die Default-Einstellung und damit der Standard sein. Feministische Netzpolitik hat hier Lösungsansätze anzubieten.“ (154)

Das Buch möchte einen Beitrag zum Forschungs- und Aktivismusbereich der feministischen Netzpolitik aus intersektionaler Perspektive leisten – und das schafft es definitiv! Ein weiteres Ziel der Autorin

ist es, geschlechterbasierte Benachteiligungs- und Diskriminierungsstrukturen ausfindig zu machen. Dem noch im Entstehen begriffenen Politikfeld fehlen bislang tiefergehende feministische Analysen für diesen Wandlungsprozess. Dieses einführende Buch stellt einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke dar. Bisherige Entwicklungslinien, Erkenntnisse und Standpunkte werden zusammengeführt, und daraus entsprechende Visionen und Perspektiven entwickelt. Das Buch hat mir persönlich viele neue und spannende Erkenntnisse gebracht und wenn man bedenkt, wie viel man sich heutzutage im Internet bewegt, sollte man an diesem Thema definitiv nicht vorbeikommen. Eine Empfehlung für alle, die sich noch nicht genauer mit (feministischer) Netzpolitik beschäftigen haben.

Sylvia Aßlauer

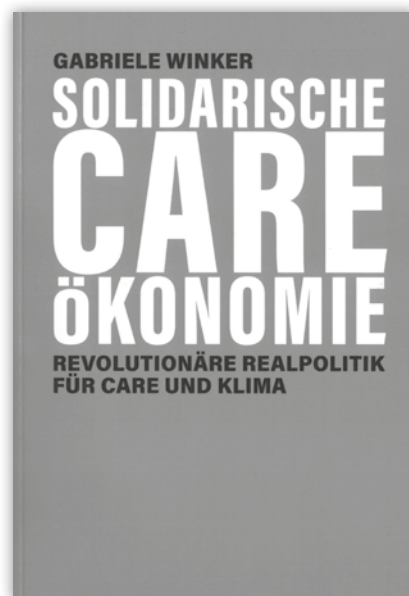
Winker, Gabriele. Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

Transcript Verlag Bielefeld 2021, ISBN: 978-3-8376-5463-9, 216 S., 15 Euro

Nach ihrem wegweisenden Buch „Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft“ hat die unermüdliche Aktivistin und Sozialwissenschaftlerin Gabriele Winker ein neues Buch geschrieben. Darin geht es nochmals um die Sorgearbeit, die ein lebensnotwendiges Fundament der Gesellschaft ist. Aber ebenso wie die Menschen – und es sind in der Mehrzahl Frauen, die diese Arbeit übernehmen, belastet und überbeansprucht werden, wird auch unser Ökosystem überbeansprucht, ja zerstört. Was braucht es um diese Überbeanspruchung zu bewältigen, was ist die Ursache? Diesen grundlegenden Fragen geht sie in diesem Buch nach.

Das Problem ist: Der Zweck der beinahe weltweit herrschenden kapitalistischen Systeme besteht in der

Kapitalverwertung, und für diese ist ein permanentes Wirtschaftswachstum notwendig. Deshalb lassen sich in diesem Rahmen trotz des Ausbaus erneuerbarer Energien und trotz steigender Energieeffizienz die Treibhausgas-Emissionen nicht im erforderlichen Maß reduzieren. Zudem benötigt die kapitalistische Gesellschaftsordnung für dieses Wachstum immer mehr Arbeitskräfte, die möglichst umfassend zur Verfügung stehen sollen. Deutlich gesagt, Kapitalverwertung heißt Profit machen. Profit wird gemacht durch die Ausbeutung aller Ressourcen – menschlicher und nicht-menschlicher – sowie durch Niedrighaltung der Kosten hierfür. Zur Begrenzung dieser Kosten wird die Unterstützung für die lebensnotwendige Sorgearbeit für sich



selbst, für andere in Familien oder in Care-Berufen viel zu gering gehalten. Winker zeigt ausführlich in diesem Buch,

warum Menschen mit umfangreichen Sorgearbeiten häufig überlastet sind. Das stelle aber kein individuelles Problem dar, sondern habe gesellschaftliche Ursachen. Im neoliberalen Kapitalismus hätten sich die Arbeitsanforderungen deutlich verschärft. Familien-, Pflege-, Gesundheits-, und Sozialpolitik unterstützen nicht die primär Sorgearbeitenden, sondern seien vielmehr Teil einer Wirtschaftspolitik, die kostengünstig möglichst viele Arbeitskräfte möglichst umfassend verfügbar machen will, wie sie in Kapitel 2 schreibt. Zudem habe sich die ökologische Situation inzwischen so dramatisch zugespitzt, dass ohne ein zügiges politisches Eingreifen die Lebensgrundlagen der jüngeren und zukünftigen Generationen zerstört werden. Dies wird ausführlich und begründet in Kapitel 3 ausgeführt.

Gabriele Winkers These ist, dass die bestehende Gesellschaftsordnung nicht das Potential hat, der Zerstörung der Ökosysteme effektiv entgegenzutreten. Unternehmen und politisch Verantwortliche werden weiterhin Sorgebedürfnisse missachten und soziale Beziehungen gefährden. So wird sich die übermäßige Belastung Sorgearbeitender und die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen fortsetzen, solange wir uns in einer kapitalistischen Gesellschaft befinden. (12)

Diese Analyse mache zunächst hilflos, meint die Autorin. Wir stünden vor der riesigen Aufgabe, profitorientiertes Wirtschaften zunächst einzuschränken und letztlich zu überwinden, um tatsächlich solidarisch und mit Rücksicht auf die planetaren Grenzen leben zu können. Zudem seien diese grundlegenden Veränderungen innerhalb kurzer Zeit notwendig, um den Kollaps der Ökosystem zu verhindern.

Was ihr und vielen anderen aber Mut macht ist, dass sich dennoch zahlreiche

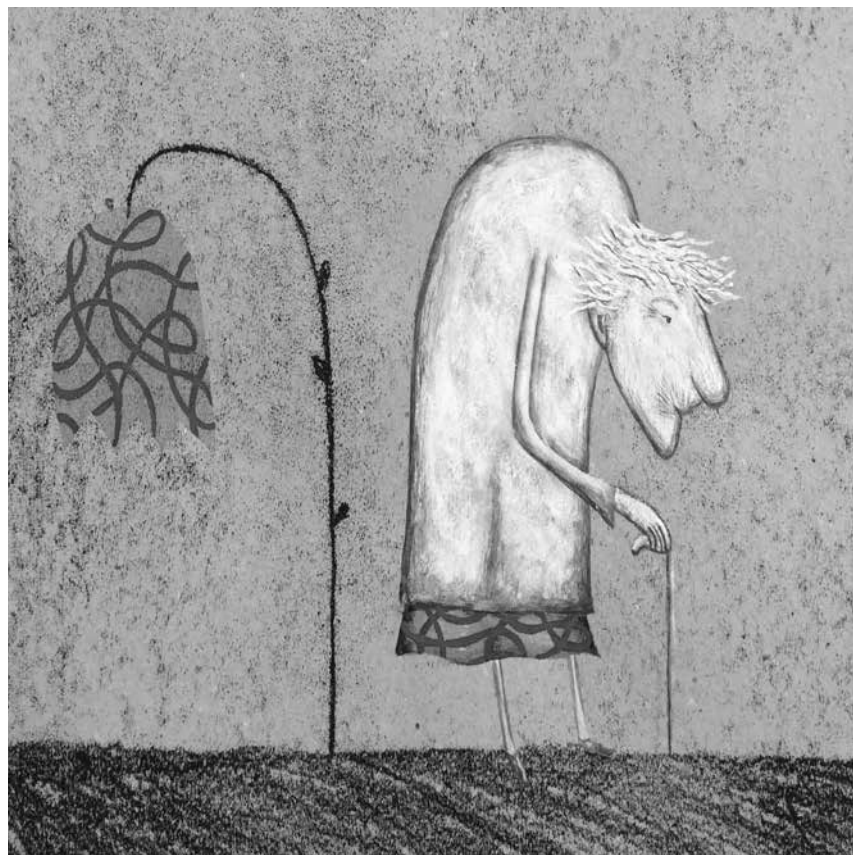
Menschen für Bedingungen einsetzen, unter denen für alle ein gutes Leben realisierbar ist. Es sind Aktivist*innen in sozialen Bewegungen und in Bewegungen gegen die Klimakatastrophe, die nicht aufgeben, sondern handeln. Die Autorin stellt Überlegungen an, wie diese Handlungsbereitschaft gestärkt und politisiert werden kann. Sie weist auf die Transformationsstrategie der Care Revolution hin, wie sie von der Bewegung „Care Revolution“ vertreten wird. Das Konzept von Care Revolution eröffnet den Weg in eine Gesellschaft, die von Sorge und Solidarität statt von Konkurrenz und Ausgrenzung geprägt ist.

Es braucht einen grundlegenden Perspektivenwechsel, der von menschlichen Bedürfnissen ausgeht und die nicht menschlichen Ressourcen respektiert. Und nicht von Profit und Wachstum. Es gibt vier Ansätze der Transformationsstrategie, für die es sich lohnt zu

kämpfen: dramatische Verkürzung der allgemeinen Erwerbsarbeit, Aufbau einer solidarischen Unterstützungsstruktur, Entwicklung demokratischer Strukturen vor Ort sowie schließlich Unterstützung vielfältiger Lebensentwürfe.

Um mit guten Gründen am Traum von einem guten Leben festhalten zu können, steht also das Ringen um einen gesellschaftlichen Rahmen auf der Tagesordnung, der die Sorge füreinander sowie solidarisches Handeln vor Ort und global unterstützt und der zugleich ein freudvolles Leben mit geringerer Belastung der Ökosysteme ermöglicht. Eine Utopie, die nicht mehr Lebensqualität mit Wachstum koppelt, unterstützt Leenseisen, die ein gutes Leben im Einklang mit den vorhandenen Ressourcen ermöglichen. Warum machen wir uns nicht auf den Weg zu dieser Utopie? Es braucht Mut!

Monika Jarosch



Amirpur, Katajun (Hrsg.). MuslimInnen auf neuen Wegen. Interdisziplinäre Gender Perspektiven auf Diversität

Ergon Würzburg 2020, ISBN: 978-3-95659-709-0, 211 S., 39 Euro

„Gibt es so etwas wie einen „islamischen“ Feminismus? Was bedeuten Geschlecht und Geschlechtergerechtigkeit im Islam? Geschlecht, Geschlechtergerechtigkeit, Geschlechterrollen sind auch im Islam Konzepte, die heftig diskutiert und umstritten sind. In diesem Band zeigt eine Reihe von IslamwissenschaftlerInnen und TheologInnen die Vielfalt der Diskussion und der methodischen Ansätze. Da diese Fragen so oft im Mittelpunkt der Debatte über den Islam stehen, macht das Buch neugierig. Die wissbegierige, neugierige und – wie sie sich eingestehen muss – auch vorurteilsbehaftete Leserin macht sich ans Lesen und bekommt ein neues, differenziertes Bild vom Islam und den Frauen, die sich zum Islam bekennen. Die Herausgeberin Katajun Amirpur ist Professorin für Islamwissenschaft an der Universität Köln. Ihr Buch „Reformislam. Der Kampf für Demokratie, Freiheit und Frauenrechte“ ist 2018 in Neuauflage erschienen. In ihrer Einleitung beschreibt sie die Vielfältigkeit der Ansätze und Perspektiven, die Musliminnen selbst zu den Fragen und Themen der Geschlechterrollen und Geschlechtergerechtigkeit beschäftigen. Dass der Islam geschlechtergerecht und feministisch gedeutet werden könnte, erscheint hierzulande fast unvorstellbar und wird von IslamkritikerInnen oft geäußert. Dennoch gibt es viele Frauen, die ihr Streben nach Gleichberechtigung gerade mit dem Koran begründen. Für sie ist nicht der Koran frauenfeindlich, sondern Männer, die den Koran Jahrhunderte hinweg zu ihren eigenen Gunsten gedeutet haben. Dieses Deutungsmonopol wird den Männern nun streitig gemacht. Ein Zitat zeigt dies auf (Margot Baldran S. 11): „Das grundlegende Argument des Islamischen

Feminismus ist, dass der Koran das Prinzip der Gleichheit aller menschlichen Geschöpfe bekräftigt, aber dass die Praxis der Gleichheit von Mann und Frau durch patriarchalische Ideen und Praktiken behindert und unterdrückt werde.“ Der islamische Feminismus hat sich als theoretische Richtung etabliert, nicht als einheitliche Theorie, sondern in vielfältigen Verzweigungen und Ansichten – progressiv, liberal, konservativ, wie immer man es nennen mag – doch alle Richtungen beziehen sich auf den Koran, und darin ist das Prinzip der Gleichheit von Mann und Frau verankert, so ihre Meinung. Die bei uns wohl bekannte Menschenrechtsaktivistin Schirin Ebadi (sie erhielt 2003 als erste muslimische Frau den Friedensnobelpreis) meinte, alles hinge davon ab, wie man den Islam interpretiere. Die Frauen müssten wissen, dass nicht etwa die Religion gegen sie sei, sondern die patriarchalische Gesellschaft. Diese übe Druck aus und benutze die Religion gegen die Frauen. Die Frauen müssten den Koran selbst auslegen und selbst festlegen, was wirklich islamisch sei und was nicht. (16) So kam eine immer größer werdende Zahl von Frauen darauf, keinen Zusammenhang zu sehen zwischen den islamischen Idealen und dem Patriarchat und keinen Widerspruch zu sehen zwischen dem islamischen Glauben und dem Feminismus. Es gibt sie, die feministischen Frauen im Islam. (16) Doch dieses Buch behandelt nicht nur den islamischen Feminismus, sondern die Beiträge zeigen, ganz verallgemeinernd gesagt, das Spannungsverhältnis zwischen Lebensrealität und dem, was die Frauen möchten und glauben, gibt es doch eine Vielfalt weiblicher muslimischer Lebensentwürfe. Es sind vielerlei



Beiträge, die den Neugierigen, den Vorurteilsbehafteten, den Wissbegierigen ein neues Bild zeichnen. Stereotype werden analysiert. Fremdbilder und Selbstbilder werden einander gegenübergestellt, viele neue Lebensformen von Musliminnen beschrieben, die Diskurse von muslimischen Frauenrechtlerinnen vorgestellt, Handlungssphären und Zielsetzungen aufgezeigt. Es ist der Band 1 einer Reihe ‚Islam & Gender‘, herausgegeben von Katajun Amirpur und Dina El Omari. So ist wohl beabsichtigt, diesem Band weitere Bände folgen zu lassen mit Themen, die in diesem Buch noch nicht behandelt wurden. Das Thema Islam und Gender bekommt in der öffentlichen Debatte sehr viel Aufmerksamkeit, ist aber noch erstaunlich untererforscht. Da das Buch deutschlandzentriert ist, stellte sich der Leserin die Frage, wie es denn in Österreich sei. Gibt es da auch feministische islamische Frauen und Gruppen? Da ist hinzuweisen auf die Gruppe der ‚Jungen Musliminnen Österreich‘ (www.jmoe.at): Sie beschreiben

sich selbst als „mutig und selbstbewusst, kritisch und feministisch, muslimisch und europäisch, unabhängig und vielfältig.“ „Unser Ziel als Junge Musliminnen ist die Gleichstellung und Chancengleichheit der

Geschlechter. Das wollen wir mit unserer Arbeit gemeinsam mit anderen Frauenorganisationen erreichen.“ Insgesamt ist das Buch eine wunderbare Ressource für Studierende, Wissen-

schaftlerInnen und Neugierige, die sich für islamischen Feminismus, muslimische Frauen, Geschlechtergerechtigkeit und Islam interessieren.

Monika Jarosch

Amesberger, Helga; Auer Katrin; Halbmayr, Brigitte. Sexualisierte Gewalt. Weibliche Erfahrungen in NS-Konzentrationslagern

Mandelbaum Verlag Wien 2016, ISBN: 978-3-85476525-7, 420 S., 19,90 Euro

Die Autorinnen Helga Amesberger, Katrin Auer und Brigitte Halbmayr sind Sozialwissenschaftlerinnen und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Institut für Konfliktforschung in Wien. Das Buch ist erstmals 2004 erschienen, 2016 in fünfter Auflage. Es ist zu wünschen, dass es weiterhin erscheint und gelesen wird, denn es hat nichts von seiner Aktualität verloren. Ist es doch eines der wichtigsten Bücher zu sexualisierter Gewalt im Allgemeinen und zu sexualisierter Gewalt in NS-Konzentrationslagern.

Wie Erika Thurners Vorwort zu entnehmen ist, war es 2004 keine einfache und leichtfertige Entscheidung, sich dieses Themas anzunehmen. Die Autorinnen haben großen Mut bewiesen. Und ich kann ihr nur zustimmen, wenn sie sagt, dass ein eindrucksvolles Ergebnis vorliegt, eine umfassende Studie über die im nationalsozialistischen Verfolgungs- und Konzentrationssystem mögliche, erlebte und erlittene sexualisierte Gewalt.

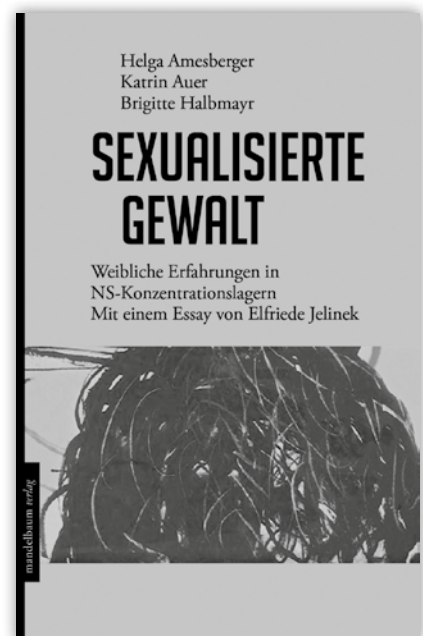
Das Anliegen der Autorinnen den Lebens- und Leidensgeschichten der Frauen mit diesem Buch gerecht zu werden und Verbrechen, die an ihnen begangen wurden, aufzuzeigen sowie die Tabuisierung von sexualisierten Gewaltverbrechen aufzubrechen, ist ihnen voll gelungen. Ebenso das Anliegen den Stigmatisierungen und dem Unverständnis entgegenzuarbeiten, wie erlittene Gewalt nicht geglaubt, abgewertet und verharmlost wird oder

den Opfern gar selbst die Schuld daran zugewiesen wurde.

Im Zentrum der Analyse stehen lebensgeschichtliche und problemorientierte Interviews mit 43 weiblichen KZ-Überlebenden. Da kommen Frauen zu Wort, denen im KZ sexualisierte Gewalt angetan wurde, und Frauen, die aufgrund der nach wie vor existierenden gesellschaftlichen Stigmatisierung von Prostituierten noch sehr wenig über die Form der Zwangsarbeit von Frauen im KZ, nämlich Sexzwangsarbeit, gesprochen haben.

Sexualisierte Gewalt wurde nicht erst und nicht nur im KZ gegen Frauen ausgeübt. Außerdem betonen die Autorinnen, dass sie nicht unterschiedslos alle Frauen ausschließlich als Opfer des Nationalsozialismus sehen. Ohne die aktive und passive Mitwirkung von Frauen hätte dieses System nicht in diesem Ausmaß funktionieren können. Frauen waren auch Zuschauerinnen, Mittäterinnen und Täterinnen. Und es ist auch ein historisches Faktum, dass Männer und Knaben während der NS-Verfolgung ebenfalls Opfer sexualisierter Gewalt waren. (28)

Die Autorinnen setzen sich in einer feministischen und gendersensiblen Analyse mit dem Begriff sexualisierter Gewalt auseinander: Es geht nicht nur um direkte, körperliche Gewalt gegenüber Frauen (und auch Männern) bezogen auf ihre Sexualität, sondern auch um darüber hinausgehende „Grenzüberschreitungen“,



wie Verletzung des Schamgefühls, verbale Erniedrigung oder psychische Nötigung zu sexuellen Handlungen. Ferner gibt es noch viele weitere Formen sexualisierter Gewalt eingesetzt zur Einschüchterung, Erniedrigung, Demütigung. (36, 44) Unter sexualisierte Gewalt fallen Vergewaltigungen, sexuelle Belästigungen, sexualisierte Erniedrigungen und Demütigungen, sexualisierte Folter, medizinische Zwangseingriffe in die Reproduktionsfähigkeit (Zwangsabtreibungen, Zwangssterilisationen) und Sexzwangsarbeit. Sexualisierte Gewalt ist aufgrund ihrer Funktion ‚weibliches‘ Leiden in ‚männliche‘ Macht umzuwandeln immer eine „politische Tat“. Deshalb gehört sie zum

Grundinstrumentarium von Repression, Verfolgung und Terrorisierung.

Ein besonders abscheuliches Kapitel der sexuellen Ausbeutung von Frauen in KZs war die Sexzwangsarbeit. Es wurden KZ-Häftlingsbordelle errichtet mit rechtlichen Bestimmungen hinsichtlich Organisation, Benützung bzw. Zugangsberechtigungen, Verwaltung etc. Sexuelle Ausbeutung und Nutzbarmachung weiblicher Körper für männliche Bedürfnisse hatten im KZ sowohl offiziell als auch inoffiziell System. Die Einrichtung von Lagerbordellen wurde von höchster Stelle befohlen und die Sexzwangsarbeit wurde in den Konzentrationslagern für Häftlinge und SS institutionalisiert und organisiert. Daneben gab es die inoffizielle sexuelle Ausbeutung von Häftlingsfrauen in Form von alltäglichen gewaltsamen Übergriffen im Lager und sexuellen Beziehungen. (401) Zentral waren hierbei jedoch die

Gründe für deren Installierung sowie die Art und Weise der Rekrutierung zu Sexzwangsarbeit. Der NS-geführte Staat maßte sich nicht nur an, die Sexualität der Bevölkerung zu kontrollieren, er fungierte auch als der große Zuhälter. (396) Bezeichnend für den Diskurs über Sexzwangsarbeit ist der Mythos der „Freiwilligkeit“ zu dieser Tätigkeit. Unter den Bedingungen des allgegenwärtigen Terrors eines KZs und dem ständigen Überlebenskampf ist die Kategorie „Freiwilligkeit“ jedoch mehr als fragwürdig. Es wurde von den Opfern als Überlebenschance gesehen, da (nicht erfüllte) Versprechungen zur Verbesserung gegeben wurden. In der Sexzwangsarbeit äußert sich eine der schwersten Formen sexualisiert-frauenfeindlicher Gewalt, welche massiv in die Verfügungsgewalt über den eigenen Körper eingreift bzw. diese vollständig ignoriert. (396)

Der Unterschied der sexualisierten Gewalt während des Nationalsozialismus zu jener in unserer Gesellschaft liegt in erster Linie im Ausmaß der Gewaltakte, in ihrer Radikalität, in den Formen und Zielsetzungen. Vor allem ist die systematische Vernichtungsabsicht heute nicht mehr gegeben. Gleichwohl sind Vergewaltigungen, sexuelle Belästigungen etc. nach wie vor rassistisch, antisemitisch, heterosexistisch, eugenisch motiviert.

Der Essay von Elfriede Jelinek wurde von Auflage zu Auflage weiter übernommen, drückt er doch in dichterischer Sprache das aus, was viele nach dem Lesen empfinden: Grauen über Grauen. Nicht alle möchten sich diesem Grauen aussetzen, jedoch ist das Buch sehr zu empfehlen; es darf nicht vergessen werden, welche Verbrechen Menschen an Menschen im Nationalsozialismus verübt haben.

Monika Jarosch

Appell Sexarbeit-ist-Arbeit.ch. Ich bin Sexarbeiterin. Porträts und Texte

Limmat Verlag Zürich 2020, ISBN: 978-3-03926-006-5, 160 S., 29 Euro

Endlich gibt es in der AEP-Frauenbibliothek wieder ein neues Buch, das die realen Lebenswelten von Sexarbeiter*innen realistisch portraitiert und sie selbst zu Wort kommen lässt. Es ist leicht lesbar geschrieben und interessant, da Sexarbeiter*innen von ihrer Arbeit erzählen und wie sie dazu kamen. Das kleine Buch enthält auch viele Bilder.

Interessant ist auch, dass sich zwischen den persönlichen Portraits immer wieder andere Texte befinden, etwa ein Artikel, der sich mit dem Dschungel an Gesetzen zu Sexarbeit in der Schweiz auseinandersetzt.

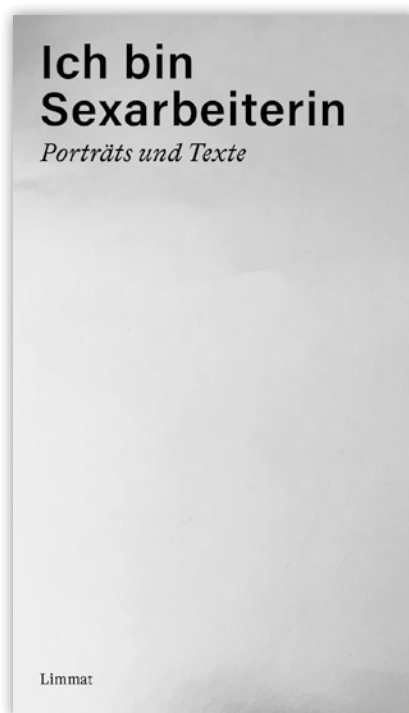
Weiters gibt es eine Transkription und Übersetzung des großartigen TEDx Talks von Juno Mac aus dem Jahr 2016, den man auch auf Youtube im englischen Original anschauen kann. Sie ist selbst

Sexarbeiterin und bespricht die verschiedenen gesetzlichen Modelle, die Sexarbeit regulieren, und plädiert am Ende des Vortrags für eine Entkriminalisierung, die sich alle Sexarbeiter*innen überall auf der Welt wünschen würden, so Mac. (Übrigens möchten wir hier nochmal das großartige Buch „Revolting Prostitutes“ empfehlen, das Juno Mac mitgeschrieben hat.)

Außerdem befindet sich auch ein Artikel von Harriet Langanke im Büchlein, in welchem sie beschreibt, welche Art von Menschen Freier sind und was sie dazu motiviert, für Sex zu bezahlen.

Nicht zuletzt gibt es ein interessantes Interview über Sexarbeit und Rassismus. Alles in allem ein aufschlussreiches und interessantes Buch.

Stefanie Knoll



Verdorfer, Martha. Die Frauen für Frieden. Gegen Aufrüstung und Krieg. Südtirol 1980–1986

Edizioni alphabeta Verlag 2020 Meran, ISBN: 978-88-7223-364-1, 229 S., 15 Euro

Die Zeithistorikerin Martha Verdorfer greift in der vorliegenden Publikation ein bisher weitgehend unbekanntes Kapitel der Frauengeschichte in Südtirol auf. Als Grundlage diente ihr vor allem ein Bestand, den ehemalige Akteurinnen dieser Frauenfriedensgruppe im Sommer 2017 dem Frauenarchiv Bozen mit dem Auftrag, „daraus etwas zu machen“ (7), überließen.

Mit einem handschriftlich verfassten Brief, den sie an der Kopiermaschine am Bozner Bahnhof vervielfältigte und an potentiell interessierte Frauen versandte, soll die mit 39 Jahren bereits pensionierte Lehrerin Irmtraud Mair Anfang des Jahres 1980 die Südtiroler „Frauen für Frieden“ gegründet haben. Historischer Hintergrund für die Entstehung dieser Frauenfriedensgruppe war, wie in anderen Teilen der westlichen Welt auch, der NATO-Doppelbeschluss und der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan; beides im Dezember 1979.

In Natz-Schabs bei Brixen gab es einen NATO-Stützpunkt, in dem seit den 1960er Jahren atomare Lance-Raketen gelagert wurden. Mit dem NATO-Doppelbeschluss kam die Angst auf, dass hier nun auch die besonders gefährlichen Cruise-Missiles-Marschflugkörper gelagert werden könnten. Der kleine Ort Natz-Schabs und der Kohlererberg bei Bozen, zu dem es Spekulationen über die Planung eines Landeplatzes für Militärflugzeuge gab, waren die zentralsten Protestorte dieser regionalen Frauenfriedensbewegung.

Die Südtiroler Frauen für Frieden waren, wie für die damalige Friedensbewegung charakteristisch, sehr gut „über die Grenzen hinaus“ vernetzt. Sie pflegten gute Kontakte und Austausch zu anderen Frauenfriedensgruppen, vor allem mit Gruppen aus anderen italienischen Pro-

vinzen sowie aus Österreich und der Bundesrepublik Deutschland, und nahmen an großen Friedenskundgebungen im In- und Ausland teil. Als letzte große Protestaktion der Südtiroler Frauen für Frieden gilt eine grenzüberschreitende Großkundgebung auf der Europabrücke 1984. Unmittelbar nach dieser zog die Gründerin und Schlüsselfigur der Bewegung Irmtraud Mair in die Schweiz. Obwohl es bis 1987 noch Aktionen gab, sieht Verdorfer die Protestaktion auf der Europabrücke als „Höhepunkt und Zäsur“ für die Frauenfriedensgruppe an.

Versehen mit zahlreichen Bildern und Kurzbiographien der Akteur*innen gibt die vorliegende Publikation spannende und lebendige Eindrücke in die bisher weitgehend unbekannt Geschichte der



Frauenfriedensbewegung in der mehrsprachigen Grenzregion Südtirol.

Andrea Urthaler



Schachinger, Marlen (Hrsg.in). Fragmente. Die Zeit danach

Promedia Verlag 2020, ISBN: 978-3-85371-480-5, 248 S., 22 Euro

„krise – die
substantiv – feminin

herkunft
älter crisis – krisis – stammt vom griechischen wort krisis ab: entscheidung – meinung – urteil – verurteilung, entscheidende wendung, trennung – ähnlich dem griechischen verb krínein: trennen (unter)scheiden – (ver)urteilen – in der allgemeinen bedeutung: beeinflusst von französisch crise

bedeutungen
(1) schwierige lage – situation – zeit (die den höhe- und wendepunkt einer gefährlichen entwicklung darstellt); schwierigkeit – kritische situation; zeit der gefährdung – des gefährdetsein
(2) kritischer wendepunkt bei einem krankheitsverlauf: krisis“ (43)

In dieser Sammlung von Gedichten, Erzählungen, Dramen und Graphic Stories werfen zwanzig Schriftstellerinnen einen Blick in die Zukunft. Auf eine Zeit nach einer Krise, die nicht immer etwas mit unserer aktuellen Covid-19-Situation zu tun haben muss. Dabei behandeln die Schriftstellerinnen, auf ganz unterschiedliche Weise, die verschiedensten individuellen Schicksale und Tragödien ihrer Protagonist*innen. Der Inhalt dieser Anthologie ist sehr breit gefächert und beinhaltet Geschichten, wie die vom Tod einer Tante und den folgenden familiären Veränderungen (Krisenfeuerwehr von Renate Welsh); den Hindernissen und Vorurteilen von Bergsteigerinnen in einer von Männern dominierten Branche (A Women’s Place Is on Top, Too von Marlen Schachinger);

der versuchte Ausbruch eines jungen Mannes aus einer verblendeten und realitätsfernen Sekte (Wo wir landen von Julia D. Kramer); die Loslösung einer ruhigen Deutschlehrerin aus einer toxischen Liebesbeziehung (Die Metamorphose der Ernestine M. von Melamar); das einseitige, schwere und undankbare Arbeiten einer asiatischen Näherin, die wegen ihres Chamäleons ihren Job, und damit auch die Lebensgrundlage ihrer Familie, verliert (In der Wunschfabrik von Andrea Grill) oder die Erzählung einer Regisseurin, die am liebsten ihre eigene Lebensgeschichte verfilmen möchte (Fliehkraft von Corinna Antemann). Diese Krisen umfassen folglich alle möglichen Bereiche des Lebens, von der herrschenden Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern bis hin zu den kleineren individuellen Beziehungen von Personen und den stetigen Veränderungen im Leben eines jeden Menschen. Deswegen ist es hierbei nicht so einfach eine allumfassende Inhaltsangabe zu schreiben, die alle einzelnen Erzählungen und Gedichte abdeckt. Dies ist aber auch gleichzeitig eine Stärke dieser Anthologie: Die Vielfältigkeit, Unterschiedlichkeiten und Fülle an Texten, wobei jeder auf seine eigene Art und Weise erzählt wird. Durch die unterschiedlichen Erzählweisen, vielseitigen Figurenkonstellationen und Handlungsstränge der Schriftstellerinnen erhalten die Leser*innen einen breiten Einblick in das Schreiben dieser zwanzig Frauen und in verschiedene „Strategien“ der Krisenbewältigung. Des Weiteren kommen die Leser*innen aber leider nicht umhin, einige Geschichten mit mehr Freude, Spannung und Neu-



gier zu lesen, andere nur schnell zu überfliegen und wieder zu vergessen. Zum Abschluss ist hier festzuhalten, dass diese Anthologie allen Leser*innen empfohlen werden kann, die sich mit abwechslungsreicher Literatur und mit vielen unterschiedlichen Protagonist*innen, Erzählperspektiven und Textformen beschäftigen wollen. Des Weiteren auch für Leser*innen, die sich mit den unterschiedlichsten Thematiken einer Krise auseinandersetzen und dabei zusätzlich noch auf die Zeit nach einer überwundenen Krise blicken möchten. „Erinnerungsfetzen. Bruchstücke. Geschichte, die rekonstruiert werden will. Fragmente. Rückblende. Bilder tauchen auf. [...] Normal ist nicht mehr normal. Die Welt hat sich verändert. Die Welt zerfällt in Fragment. [...] Fragmente sind das Einzige, was bleibt. Scherben. In ihnen bricht sich das Licht. Regenbogenperspektive. [...] Fragmente bilden ein Mosaik, neuer Boden unter ihren Füßen.“ (109ff.)

Lisa Warger

Bernadette J. Brooten. Liebe zwischen Frauen.

Weibliche Homoerotik in hellenistisch-römischer Zeit und im frühen Christentum

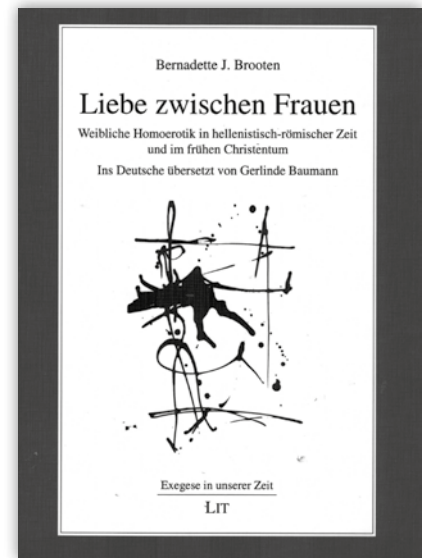
Reihe: Exegese in unserer Zeit. Kontextuelle Bibelinterpretationen Bd. 28. Ins Deutsche übersetzt von Gerlinde Baumann
LIT Verlag Münster 2020, ISBN: 978-3-643-14071-5, 384 S., 39,90 Euro

Dieses Buch zeigt erstmalig anhand von antiken Quellen, dass sich bereits in früherer Zeit Menschen durchaus bewusst waren, dass Frauen einander begehren konnten und dies auch taten. Es untersucht biblische Quellen, griechische Satiren, lateinische Dichtungen und rhetorische Kontroversen, griechische Traumdeutungen, Zaubertafeln, medizinische Handbücher und rabbinisches Schrifttum nach kulturellen Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit sowie dem, was dazwischen liegt, und geht den Forderungen von Dominanz und Passivität nach. In einem ausführlichen

Kommentar zu Römer 1,16-32 wird dargestellt, wie der Apostel Paulus weibliche homoerotische Erfahrungen mit Begriffen und Gender-Vorstellungen seiner Zeit beurteilte. Frühchristliche Apokalypsen und patristische Schriften bestätigen den zeitgenössischen Charakter dieser paulinischen Auslegungen.

Das Buch erhielt im englischen Original drei renommierte Auszeichnungen.

Bernadette J. Brooten, Ph. D. (Harvard), Dr. theol. h. c. (Bern) ist Robert and Myra Kraft and Jacob Hiatt Professorin Emerita an der Brandeis Universität in Waltham, MA, USA.



Bücher zu Corona in der AEP-Frauenbibliothek

Eine kleine Auswahl

Allein im VIB (Verzeichnis lieferbarer Bücher) werden Hunderte von Büchern zum Thema Corona aufgeführt.

Streeruwitz, Marlene. So ist die Welt geworden. Roman

Betty Andover ist die Heldin und zugleich immer wieder das Alter Ego der österreichischen Autorin Marlene Streeruwitz. In mehr als 30 Episoden offenbart Streeruwitz die verschiedenen Stadien der emotionalen und physischen Krisen in einer Welt im Stillstand. Sie analysiert dabei die Auswirkungen des Ausnahmezustands des Lockdown auf Gesellschaft, Kunst und Politik. *Sehr lesenswert!*

Emcke, Carolin. „Journal“ Tagebuch in Zeiten der Pandemie

Friedenspreis-Trägerin Carolin Emcke denkt in diesem persönlich-politischen Journal über das Ausnahme-Jahr 2020 nach. Es sind subjektive, philosophische Notizen, die dieser historischen Zäsur nachspüren. *Sehr lesenswert!*

Lunde, Maja. Als die Welt stehen blieb. Vom Leben im Ausnahmezustand. Roman

Maja Lunde führt uns zurück in jene Märztag, als die ganze Welt stehen blieb. Tage, die uns erschüttert haben und noch immer erschüttern. Sie zeigt uns, was im Leben wirklich wichtig ist: die kleinen Dinge im menschlichen Miteinander. Von nun an werden sie zu Hause sein. Alle zusammen. Jeden Tag. Die Autorin ist daran gewöhnt. Sie ist das Home-Office gewöhnt. Aber nicht das Home-Schooling. Doch jetzt ist die Pandemie da und die Familie muss eine neue Lebensweise finden. *Wie geht so etwas?*

Fröhlich, Laura. Die Frau fürs Leben ist nicht das Mädchen für alles. Essay

Corona offenbarte, wie es um die Gleichberechtigung steht: Die Krise schickte manche Frauen zurück in die 50er Jahre und zeigte, dass es meist die Mütter sind, die sich in der Familien-Organisation aufreiben. Es wird emotional und nahbar geschildert, warum es sich lohnt, gemeinsam mit dem Partner nach fairen Lösungen zu suchen. Mit klugen Analysen, smarten Strategien und schnell umsetzbaren Tipps bringt sie Partnerschaften wieder auf Augenhöhe!

Bodrožić, Marica. Pantherzeit. Vom Innenmaß der Dinge. Essay

Eine Reflexion über die Anfänge der Corona-Pandemie; über die Kraft der Grenze und des Schweigens, über Nähe und Liebe, eine Anrufung und Feier der Langsamkeit und Genauigkeit.



Ettenauer, Clemens (Hg.). „Virale Cartoons“. Das Buch zur Pandemie! Mit Bildern von Daniel Jokesch, Greser & Lenz, Katharina Greve, Martin Zak, Miriam Wurster, Uwe Krumbiegel und vielen mehr

Lachen sorgt für Leichtigkeit, wenn die Last des Lebens wieder mal erdrückend wird. Durch die Lektüre dieser exquisiten Cartoonsammlung gelangst du zurück in einen schwebenden Daseinsmodus sorgloser Heiterkeit. *Recht witzig.*

Volkmer, Michael; Werner, Karin (Hrsg.). Die Corona Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft

Die Corona-Pandemie hat die Gesellschaft abrupt verändert – und ihre Folgen werden lange nachwirken. Sozial- und kulturwissenschaftliche Sichtweisen auf die Pandemie sind unverzichtbar. Die Beiträge vermessen die Situation inmitten der „Corona-Gesellschaft“ und zeigen Perspektiven für die Zeit nach der Krise auf. *Siehe die Rezension in dieser Ausgabe.*

eklat ms. Mobilisierbare Deutsche. Eine politische Einordnung der Corona Rebellen

Die Broschüre liefert eine Reflexion der ideologischen Grundaspekte dieser Mobilisierung. Sie zeigt auf, inwiefern das entfaltete Narrativ den üblichen Mustern von regressiver Gesellschaftskritik und Verschwörungsmythen entspricht. Dadurch wird erklärbar, warum auch unverdächtige Akteur*innen über eine Eigendynamik in die Nähe zu extrem Rechten gelangen konnten, eine tieferliegende Affinität wird offenbart. *Siehe die Rezension in dieser Ausgabe.*

Hofbauer, Hannes; Kraft, Stefan (Hg.). Lockdown 2020. Wie ein Virus benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern

Das Jahr 2020 bringt die heftigsten gesellschaftlichen Einschnitte seit dem Zweiten Weltkrieg. Ohne offene Debatte setzte man Notverordnungen durch, wurden Grundrechte beiseite geschoben, geriet der Ausnahmezustand zur neuen Normalität. Dabei wird u.a. der Frage nachgegangen, ob die scharfen Einschnitte im öffentlichen Leben medizinisch gerechtfertigt waren. Zur Sprache kommt auch die Verknüpfung von Stress, Umweltverschmutzung und Massentierhaltung, die eine Verbreitung von Viren begünstigt. *Kritische Analyse.*

Hussl, Elisabeth, Martin Haslwanter, Horst Schreiber (Hg.). Ohne Maske. Gaismair-Jahrbuch 2021

Ein zentrales Thema des Gaismair-Jahrbuchs 2021 ist das Corona-Virus: die Reaktion der Tiroler Politik und die Folgen für Frauen, Asylsuchende und Armutsgefährdete.

Schrupp, Antje. Zivilisationssprung Feminismus – Lektionen aus der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen dagegen haben deutlich gemacht, wie recht Feministinnen mit ihren schon seit Jahrzehnten unternommenen Analysen über Defizite im Care-Sektor, den Wert der unbezahlten Arbeit und der Bedeutung von Beziehungen haben. Auch jetzt waren es wieder vor allem Frauen, die als Pflegekräfte oder als Mütter und Arbeitnehmerinnen mit Homeoffice und Homeschooling die Herausforderungen stemmten. *Lesenswert!*

Smith, Zadie. Betrachtungen. Corona-Essays

Entstanden in den ersten Monaten des Lockdowns, geht „Betrachtungen“ Fragen und Gedanken auf den Grund, die durch diese bisher nie dagewesene Situation ausgelöst wurden. Was bedeutet es, sich in eine neue Realität zu fügen – oder sich ihr zu widersetzen? Gibt es eine Hierarchie von Leiden, und wer legt sie fest? Wie stehen Zeit und Arbeit in Beziehung? Was bedeuten uns in der Isolation andere Menschen? Wie denken wir an sie? Und wenn gerade eine unbekannte neue Welt entsteht, was verrät sie über die Welt davor?

Ein E-book



Fast alle allergischen Covid-Impfreaktionen treffen Frauen

Geschlechterspezifische Unterschiede bei den Corona-Impfungen seien nicht ausreichend untersucht, so Expertinnen. Zum Beispiel sollten niedrigere Dosen bei Frauen getestet werden. Fieber, Kopfweh oder Allergien – diese Impfreaktionen stehen seit Wochen im Mittelpunkt, wenn über die Corona-Impfung diskutiert wird. Ein Aspekt, der sich bei der Datenauswertung regelrecht aufdrängt, bleibt jedoch meist unerwähnt: Frauen reagieren deutlich häufiger und heftiger auf diese Impfungen als Männer.

(*kurier.at*, 17. März 2021)

Diskriminierung?

Empörung nach Frauen-Training als Strafe

Der ehemalige Sturm-Graz-Trainer Heiko Vogel muss als „Strafe“ eine Frauen- oder Mädchenmannschaft trainieren. Nach einer unbedachten Aussage des ehemaligen Sturm-Graz-Trainers Heiko Vogel samt folgender Bestrafung regt sich Unmut in Deutschlands Frauenfußball-Szene. Vogel, der nun Mönchengladbachs U23-Team coacht, äußerte sich zunächst unsportlich gegenüber zwei Schiedsrichter-Assistentinnen. Er wurde daraufhin gesperrt und außerdem auch dazu verordnet, sechs Trainingseinheiten einer Frauen- oder Mädchenmannschaft zu leiten. Für die Fußballerinnen war dies ein Affront.

Darauffolgend veröffentlichten Spielerinnen der Bundesliga und 2. Bundesliga einen Offenen Brief an den Deutschen Fußball-Bund (DFB), in dem sie sich über Vogels verbales Fehlverhalten ebenso wie gegen die entsprechende Strafe beschwerten. „Dieses Urteil diskriminiert alle Frauen im Sport und speziell im Fußball“.

(*kurier.at*, 20. März 2021)

Frauenhass im Netz – genug ist genug

Mit Angriffen auf Weiblichkeit und Intimsphäre wollen Hassposter eigene Schwächen überspielen und Frauen zum Schweigen bringen. Das Spektrum der Grausamkeiten gegen Frauen in der On- wie Offlinewelt ist generell groß. Hetze im Netz soll vor allem exponierte und meinungsstarke Frauen mundtot machen. Sie werden gestalkt, bedroht oder bloßgestellt. In Partnerschaften werden Männer gegen Frauen handgreiflich und kontrollieren sie, digitale und analoge Gewalt gehören nicht selten zusammen.

(*kurier.at*, 7. März 2021)

Neues Gleichbehandlungsreferat für muslimische Frauen

Im wichtigsten Gremium der Islamischen Glaubensgemeinschaft mussten Männer ihre Sitze für Frauen räumen. Die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) ist punkto Frauenanteil an wichtigen Schlüsselpositionen ein Abbild der Gesamtgesellschaft: In ihren politischen Gremien sind Frauen immer noch unterrepräsentiert. Dazu kam im vergangenen Sommer der Rücktritt der IGGÖ-Frauensprecherin, die als einzige Frau im Obersten Rat gesessen hatte. Als Folge davon wurden nun drei Sitze im wichtigsten Entscheidungsgremium der IGGÖ mit jungen Frauen besetzt. Sie sollen das „Referat für Gleichbehandlung und Frauenförderung“ aufbauen, das sich der Auseinandersetzung mit genderspezifischen Aspekten innerhalb der IGGÖ, in der muslimischen Community und in der Gesamtgesellschaft widmen wird.

(*kurier.at*, 9. März 2021)

Kampagne gegen toxische Männlichkeit: „Schluss mit den Ausreden“

Die Autonomen Österreichischen Frauenhäuser (AÖF) präsentierten eine Bewusstseinskampagne, die Gewalt an Frauen als Männerproblem in den Mittelpunkt stellt.

Der Spot, der im Auftrag des Vereins produziert und vom Hekate Film Collective umgesetzt wurde, wird zunächst über die Upload-Plattform YouTube verbreitet. AÖF-Geschäftsführerin Maria Rösslhuber wäre es aber ein Anliegen, dass der Film auch kostenfrei auf TV-Stationen laufen würde. In mehr als einer Minute werden die Männer in den Mittelpunkt gestellt, indem die Protagonisten Gewalt an Frauen deutlich als Männerproblem bezeichnen und sich für eine gewaltfreie Männlichkeit stark machen. „Solange es kein Umdenken oder ein verändertes Bewusstsein bei Männern gibt, solange es auch keine klare Konsequenzen gegen Gewalttaten gibt, wird sich nichts am Ausmaß ändern“, sagte Rösslhuber. „Solange sich Männer nicht an diesem Problem beteiligen, wird sich auch an der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen nichts ändern.“ Die Verantwortung liege aber auch bei den Behörden und den Regierenden. Wenn diese die Gewalt verharmlosen, Opfern die Verantwortung zuschieben und sie nicht ernst nehmen, verstärken und zementieren sie diese patriarchalen Strukturen. Österreich habe seit 2014 einen Auftrag zum Thema Opferschutz. Da wurde die Istanbul-Konvention ratifiziert. Österreich habe sich damit verpflichtet, Gewalt an Frauen auf allen Ebenen zu reduzieren.

(*dieStandard.at*, 9. Februar 2021)



Europarat fordert legale Möglichkeiten für Abtreibung in Polen

Der Europarat hat Polen aufgefordert, legale Möglichkeiten für Schwangerschaftsabbrüche zu schaffen. Für Frauen müsse es „effektive und legale Verfahren“ geben, um ihnen „Zugang zu einer legalen Abtreibung“ zu ermöglichen. Es müsse insbesondere sichergestellt werden, dass Krankenhäuser keine „unnötigen Anforderungen“ an schwangere Frauen stellen, die eine legale Abtreibung vornehmen lassen wollen.

Polen hatte seine bereits restriktiven Abtreibungsgesetze im Jänner infolge eines Urteils des Obersten Gerichts nochmals verschärft. Schwangerschaftsabbrüche sind damit in fast allen Fällen verboten. Abtreibungen sind in Polen jetzt nur noch infolge von Inzest oder Vergewaltigung oder bei Lebensgefahr für die Mutter erlaubt. Bisher wurden in Polen jährlich weniger als 2000 Schwangerschaften legal abgebrochen.

(*dieStandard.at*, 15. März 2021)

WHO: Jede dritte Frau erlebt Gewalt in Partnerschaft oder Nötigung

Die Studie bezieht sich auf Daten vor der Pandemie. Demnach erlebten bereits 736 Millionen Frauen weltweit Gewalt durch einen Partner oder Übergriffe außerhalb der Beziehung.

Gewalt gegen Frauen ist laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation allgegenwärtig und beginnt für viele Frauen schon in sehr jungen Jahren. Jede Dritte zwischen 15 und 49 Jahren – etwa 736 Millionen Frauen weltweit – erlebe irgendwann in ihrem Leben Gewalt durch einen Partner oder sexuelle Übergriffe außerhalb der Beziehung, konstatiert ein Bericht der WHO, der am Dienstag veröffentlicht wurde. Die große Mehrheit, 641 Millionen Frauen, erlebe Gewalt in der Ehe oder Partnerschaft.

(*dieStandard.at*, 10. März 2021)

US-Senat bestätigt erstmals Transfrau für hohes Regierungsamt

Rachel Levine wurde als Staatssekretärin im Gesundheitsministerium bestätigt. Die ausgebildete Kinderärztin will sich besonders für Transjugendliche einsetzen. 52 Senatorinnen und Senatoren stimmten für Levine, 48 gegen sie. Susan Collins und Lisa Murkowski gaben als einzige Republikanerinnen grünes Licht für die Nominierung. Die ausgebildete Kinderärztin war bisher Gesundheitsministerin im US-Bundesstaat Pennsylvania.

(*dieStandard.at*, 25. März 2021)

Männer unter Männern über Männer: Sexismus auf Wikipedia

Ein Wikipedia-Eintrag der Podcasterin und Autorin Beatrice Frasl wurde gelöscht. Ein Erfahrungsbericht mit Sexismus auf Wikipedia. „Anfang Februar wurde ich in einem Tweet markiert, über den ich über einen Löschvorschlag meines Wikipedia-Artikels erfuhr. Der Löschantrag wurde von einem Mann in einem herablassenden Ton formuliert. In der darauffolgenden Diskussion zur Löschung gab es weitere Abwertungen. Es wurde öffentlich (und für immer im Internet archiviert) meine „mangelnde Relevanz“ diskutiert.

Es ist bemerkenswert, dass es in Enzyklopädien auch Einträge über Adolf Hitler und Serienkiller gibt, deren Verhalten sie offenbar nicht für Wikipedia disqualifiziert. Kurz: Es war sehr unangenehm. Ich bin auch nicht die Einzige mit einer solchen Erfahrung. Auf Social Media meldeten sich zahlreiche Frauen bei mir, denen Ähnliches widerfahren ist.“

(*dieStandard.at*, 23. Februar 2021)

Ein sichtbares Zeichen gegen die Gewalt an Frauen

Die Aktion zweier Künstlerinnen soll im öffentlichen Raum Bewusstsein schaffen. „Hellwach bei Gewalt an Frauen – we observe you“ (Wir beobachten euch) steht in leuchtenden Lettern auf der großen Tafel, für die Angela Zwertler, Künstlerin und Kunsttherapeutin, derzeit nach so einem neuen Platz in der Öffentlichkeit sucht. Gemeinsam mit der Künstlerin Carla Knapp betreibt Zwertler seit 2006 unter dem Namen „Hellwach“ kunstpolitische Interventionen im öffentlichen Raum. Das Thema Gewalt an Frauen und Kindern liegt ihr besonders auf dem Herzen. „In Österreich passieren so viele Femizide wie in keinem anderen Land. Unsere Leuchttafel soll das Thema aus der Verschwiegenheit holen und den Frauen klar machen, dass sie niemals daran schuld sind. Wird eine Frau getötet, ist das kein Beziehungsdrama, sondern Mord. Es ist ein gesellschaftspolitisches Problem, das uns alle angeht.“

(*kurier.at*, 31. März 2021)



„Stadtplanung ist nie geschlechtsneutral“

Vom Wohnbau über die Parkgestaltung bis hin zu Straßennamen – die Städte der Welt richteten sich lange Zeit nach den Bedürfnissen von Männern. Wien macht es seit den 90ern anders und gilt seither als Vorreiterin in puncto geschlechtergerechte Stadtplanung. Ob Barbara-Prammer-Allee, Simone-de-Beauvoir-Platz oder Hannah-Arendt-Park: In der Seestadt Aspern, einem der größten Stadtentwicklungsgebiete Europas, tragen alle Straßen, Plätze und Parks Namen bekannter Frauen. Und das nicht ohne Grund: „Das ist ein Signal, um zu zeigen, dass es viele Frauen gibt, die Großartiges geleistet haben“, sagt Ute Schaller von der städtischen Projektleitung Seestadt gegenüber ORF.at. Denn nach wie vor sind ein Großteil der Verkehrsflächen in Wien nach Männern benannt: Von über 6.700 erinnern über 4.000 an Männer, knapp 500 an Frauen. Der Rest ist nicht personenbezogen. Bei der geschlechtergerechten Stadtplanung – auch „Gender-Planning“ genannt – geht es aber um mehr als nur Symbolik. Frauen gehen mehr zu Fuß, Männer fahren mehr Auto – das zeigte auch eine Umfrage des VCÖ aus dem Jahr 2017. Demnach fahren Männer doppelt so viele Kilometer mit dem Auto wie Frauen. Frauen legten hingegen um 40 % mehr Kilometer zu Fuß zurück. Und: Gerade während der Pandemie gaben Frauen im Zuge einer weiteren VCÖ-Befragung jüngst an, noch mehr zu Fuß zu gehen. Fakt ist: Werden Interessen der Zufußgehenden berücksichtigt, dann profitieren davon Frauen im besonderen Maße.

(orf online, 12. März 2021)

Meritokratie:

Die Leistungsgesellschaft ist ein Mythos

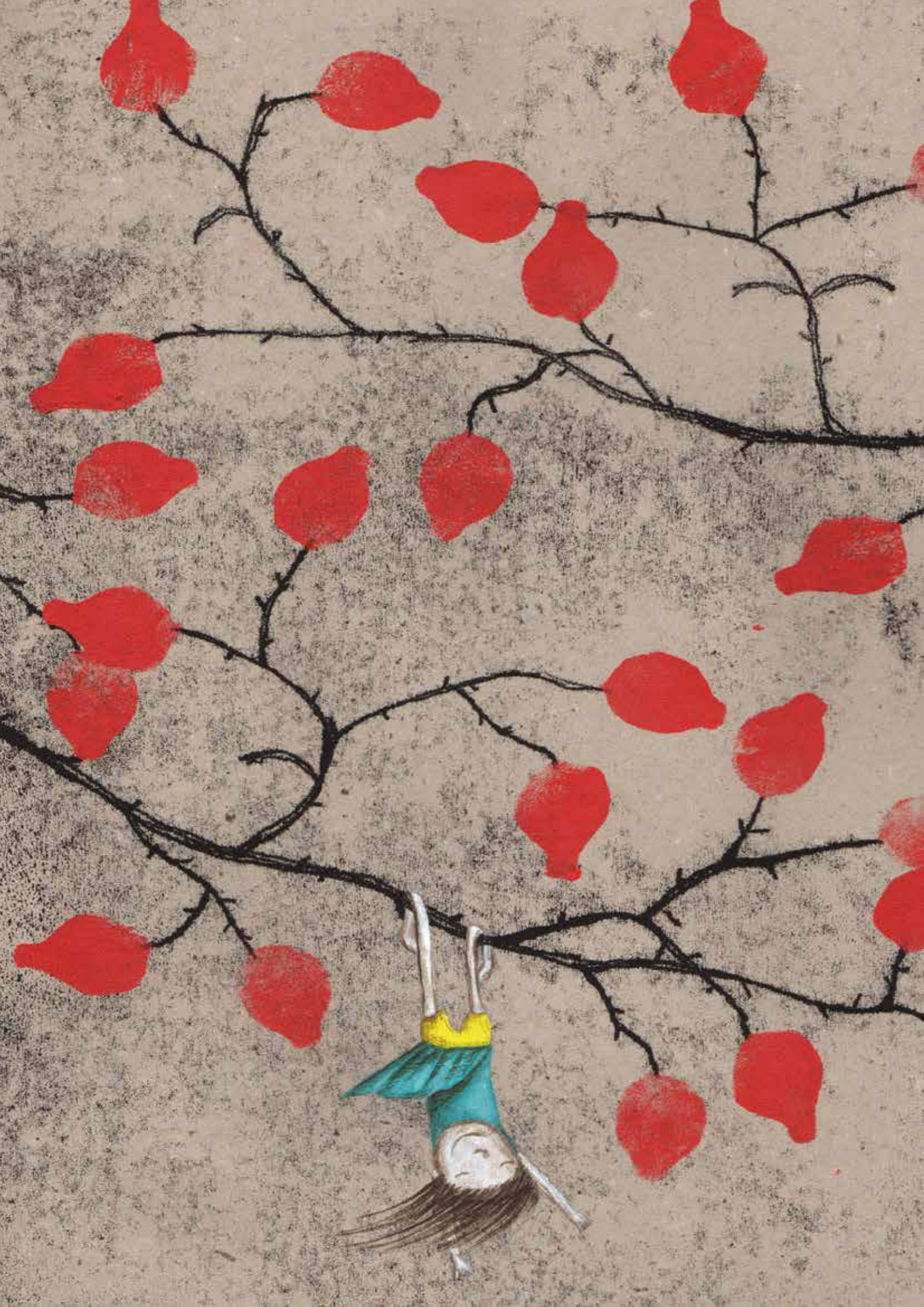
Mit der CoV-Pandemie wurden bestimmte Berufe als systemrelevant definiert. Dazu zählen vor allem schlecht bezahlte „Frauenberufe“, die sowohl körperlich als auch psychisch belastend sind. Sie stehen zwar im Fokus, die Anerkennung bleibt aber meist symbolisch. Das zeigt laut Soziologen, dass sich Leistung in unserer Gesellschaft nicht immer und für alle lohnt.

Wer sich anstrengt und Leistung erbringt, der wird anerkannt und schafft es nach oben. So lautet das Versprechen unserer Leistungsgesellschaft. Was als Leistung definiert wird, bleibt jedoch diffus. Warum „leistet“ eine Pflegekraft, die Verantwortung für das Leben anderer übernimmt, weniger als jemand, der als Key Account Manager Verantwortung für ein Unternehmen trägt? Oder leistet die Pflegekraft sogar mehr, nur werden diese Leistungen nicht monetär anerkannt? Auffallend ist: Von den elf als systemrelevant definierten Berufen verdienen jene fünf, in denen der Frauenanteil am höchsten ist, weniger als der Durchschnittslohn in Österreich. Wenig Lohn für ein hohes Maß an Leistung, denn systemrelevante Berufe gehen meist mit körperlichen und psychischen Belastungen einher. „Körperliche Belastungen sind bei den Berufsfahrern, bei den Pflegekräften und in der öffentlichen Sicherheit weit verbreitet, während die psychosozialen Belastungen in den sozialen Berufen hoch sind.“, sagt Studienautorin Martina Zandonella.

(orf online, 4. April 2021)

„Sie ist so wie du!“ Sagt sie zu ihr. Ihre Tochter und meine Schülerin.
„Zur Hausübung haben wir auf zu träumen.“ Während ich weiter von Frieden träume.
Mit der Welt. Mit anderen. Mit mir. Während sie weiter von einem Frieden erzählt. Mit sich.
Mit anderen. Mit der Welt. In Bildern von Frauen, die träumen.
So träumen wir von einem Frieden mit der Welt. Mit anderen. Mit uns. Märchenhaftes. In dieser Zeit.
Diesmal erzählen die Illustrationen von Monika Maslowska davon.
Auch anderes bringt sie uns zum Träumen nah: Tassen, aus denen wir trinken. Schmuck, den wir tragen.
Bücher, die wir ausmalen. Träume, die wir schenken (können). Danke.
Judith Klemenc

monikamaslowska.com





P.b.b.
Verlagspostamt 6020 Innsbruck

Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft
Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck
office@aep.at, bibliothek@aep.at
informationen@aep.at
familienberatung@aep.at
Tel. 0512/583698, Fax 0512/583698
www.aep.at

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Unterstützen Sie den **aep** und werden Sie Mitglied in einem der ältesten Frauenvereine Österreichs.

Für 28 Euro pro Jahr sind Sie ordentliches Mitglied des **aep** und können unser umfassendes Angebot nutzen: Seit 1974 betreibt der **aep** eine **Frauen- und Familienberatung** und gibt die **Zeitschrift aep informationen**, feministische zeitschrift für politik und gesellschaft heraus, die Sie mit einer Mitgliedschaft gratis beziehen (4x im Jahr).

Sie erhalten in Abständen einen **Newsletter**, der Sie über feministische Neuigkeiten und Veranstaltungen informiert, und Sie können das **Angebot feministischer Bildungsveranstaltungen** im **aep** nutzen.

Überdies betreiben wir seit 1979 eine **Bibliothek**, in der Sie als Mitglied kostenlos Bücher aus dem umfassenden Bestand an Belletristik, Frauen und Politik, Feministische Wissenschaft, Beruf und Familie, Biographien etc. ausleihen können.

Die **aep informationen** – feministische zeitschrift für politik und gesellschaft gibt es in folgenden Buchhandlungen:

Buchhandlung Alex, Hauptplatz 21, A-4020 Linz · Fachbuchhandlung ÖGB, Rathausstraße 21, A-1010 Wien,

Buchhandlung ChickLit-Verein zur Förderung feministischer Projekte, Kleeblattgasse 7, 1010 Wien,

Liber Wiederin, Erlersstraße 6, A-6020 Innsbruck · Tyrolia Buchhandlung, Maria-Theresienstr. 15, A-6020 Innsbruck

AEP FAMILIENBERATUNG INNSBRUCK

WIR BERATEN SIE: in allen sozialen und rechtlichen Fragen des Mutterschutzes, in Fragen zu Familienplanung, Empfängnisverhütung und Kinderwunsch, bei Schwangerschaftskonflikten und ungewollten Schwangerschaften, bei Partnerschaftskonflikten und Sexualproblemen.

PSYCHOLOGISCHE BERATUNG UND PAARBERATUNG: Drei Psychologinnen helfen Ihnen, Ehekrisen und Partnerschaftskonflikte anzugehen und zu bearbeiten; ebenso allgemeine Lebenskrisen, Neuorientierung nach einem einschneidenden Erlebnis oder Ablösungsprozesse kreativ zu bewältigen.

RECHTSBERATUNG: Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, unverbindlich und kostenlos mit einer Juristin über Ihre rechtlichen Angelegenheiten wie Scheidung, Unterhaltsfragen, Rechte der Frau in der Ehe, Sorgerecht für die Kinder, Besuchsregelung usw. zu sprechen.

DAS BERATUNGSTEAM: • eine Sozialarbeiterin • drei Psychologinnen • eine Juristin • eine Gynäkologin

BERATUNGSZEITEN: Mo 16.00–19.00 Uhr, Di 17.00–19.00 Uhr, Do und Fr 9.00–12.00 Uhr; Telefon: 0512/57 37 98 – Fax: 0512/57 37 98

ÖFFENTLICHE FRAUENBIBLIOTHEK AEP

Feministische Literatur, Bücher zu Partnerschaft, Berufswelt, Erziehung, Geschlechterverhältnisse, Belletristik, etc.

ÖFFNUNGSZEITEN: Mo 16.30–19.30 Uhr, Do 16.30–19.30 Uhr und Fr 10.00–13.00 Uhr, Telefon: 0512/58 36 98 – Fax: 0512/58 36 98

Ich möchte mitarbeiten und ersuche um nähere Auskünfte

Ich bestelle die AEP-Informationen

(jährlich € 24,00 / Ausland € 28,00)

Ich möchte dem AEP beitreten:

als ordentliches Mitglied (€ 28,00 / Jahr)

als unterstützendes Mitglied (Beitragshöhe freigestellt)

Konto: Tiroler Sparkasse 0200-101061 BLZ 20503

IBAN: AT 592050300200101061, BIC: SPIHAT22HF

An: AEP, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck

Name:

Adresse:

Telefon:

Datum: Unterschrift: